

PRAXIS

Tagungsbericht

Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES AND ARTS
Fachbereich Sozialpädagogik



Wege zur Sozialen Stadt

Michael Rothschuh

sowie Dirk Begemann, Dorte Carls, Alexander Hornburg (Hrsg.)

IMPRESSUM	2
EINLEITUNG	4
THOMAS TIETJE: NACHBARSCHAFT ALS MEDIUM DER SOZIALEN STADT	9
MICHAEL ROTHSCHUH: DIALOG, LERNEN, ERMUTIGUNG	10
JOHANNES KOLB: KOMPETENZEN DER BETROFFENEN	11
HEINRICH KLEINE ARNDT: BEGRÜSSUNG	13
TEIL 1: ZIELE UND WEGE	15
KONRAD DEUFEL: HILDESHEIM AUF DEM WEG ZUR SOZIALEN STADT	16
STEFAN GEISS: WEGE ZUR SOZIALEN STADT	22
INGO KOLLIBAY: WIE DIE ENTSTEHUNG VON PROBLEMEN IN WOHNGBIETEN MIT IHRER GRÖÖE UND HOMOGENITÄT ZUSAMMENHÄNGT	30
MICHAEL ROTHSCHUH: POTENZIALE IN NACHBARSCHAFTEN UND STADTTILEN ENTWICKELN	33
TEIL 2: BEISPIELE FÜR (HOFFENTLICH) GELINGENDE PRAXIS	40
HEINZ-BERND BLUHM: STADTTILE FÜR DIE ZUKUNFT ENTWICKELN: BREMEN	41
GISELA MATTERN: BÜRGERBETEILIGUNG BEI DER STADTENTWICKLUNG: HANNOVER	48
MANFRED JOPPKE: ANWALTSPLANUNG IM NEUBAUGEBIET: HANNOVER KRONSBURG	58
KLAUS HABERMANN-NIEBE: EIN STADTTIL IM AUFWIND - HILDESHEIM-DRISPENSTEDT	65
TEIL 3: WERKSTATT ZUR ENTWICKLUNG VON NACHBARSCHAFTEN	77
ANDREAS BUNGE: ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT UND GEMEINWESENARBEIT	78
LUTZ FINKELDEY: JUGENDLICHE IM STADTTIL AKTIVIEREN	82
THOMAS BEHRENDT, MIETER BEI DER ALTBAUSANIERUNG BETEILIGEN	88
DORTHE CARLS: GEDANKEN UND FRAGEN ZUR TAGUNG	92
NADINE VENNEKOHL: WEGE	95
ALEXANDER HORNBURG: WIDERSPRUCH ZUM SCHULTERKLOPFEN	97
MARIA KLUG: WAS BÜRGERINNEN BRAUCHEN, UM SELBST ZU BESTIMMEN	99
ANHANG: DAS PROGRAMM "SOZIALE STADT"	102
REFERENTINNEN	104

IMPRESSUM

DIE TAGUNG „WEGE ZUR SOZIALEN STADT“

Fachhochschule Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen, Fachbereich
Sozialpädagogik,

und

Gemeinnützige Baugesellschaft zu Hildesheim AG gbg

Leitung:

Michael Rothschuh, Fachhochschule

Thomas Tietje, gbg

Planung, Organisation und Moderation:

zusammen mit Jürgen Ebert, Lutz Finkeldey, Dirk Begemann, Dorthe
Carls, Alexander Hornburg

Rahmengestaltung:

Leokadia Vollmer (Blumen), Siegfried Jakob (Medien), Hannelore Krämer,
Frau Abraham (Sekretariate)

Studentencafe Brühlchen

stadt.wand.bild der Kulturfabrik

Brot-für-die-Welt-Fahnen Hildesheimer Kinder

Berward Scharfenberg: Bilder aus der Geschichte Hildesheim-
Drispenstedts

Bürgerinitiative für eine lebenswerte Marienburger Höhe: Fotos von
Aktionen im Stadtteil

Ort und Zeit:

Hildesheim, 9.10. November 2000

Hohnsen 1, Großer Hörsaal

DER BERICHT „WEGE ZUR SOZIALEN STADT“

Herausgeber:

Michael Rothschuh

sowie Dirk Begemann, Dorthe Carls, Alexander Hornburg

Bilder:

empirica

Druckfassung ohne Bilder

Internet pdf-Datei mit Bildern: in www.fh-hhg.de

© Michael Rothschuh, FH Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen, 2001

Donnerstag, 9.11.2000 10 Uhr	Jürgen Ebert	Eröffnung
	Michael Rothschuh	Ziele der Fachhochschule
	Jürgen Tietje	Ziele der gbg
	Heinrich Kleine Arndt	Begrüßung für den Verband der Wohnungswirtschaft
	Johannes Kolb	Begrüßung für das Präsidium der Fachhochschule
11 Uhr	Konrad Deufel	Eine Stadt auf dem Weg zu einer „Sozialen Stadt“
	Stefan Geiss	Wege zur Sozialen Stadt
	Bernd Bluhm	Wohnen in Nachbarschaften- ein Praxisbeispiel: Bremen
14 Uhr		Werkstätten zur Entwicklung von Nachbarschaften
A	Andreas Bunge und Ingo Kollibay	Neubausiedlungen Zusammenarbeit von Wohnungsbaugesellschaft und Sozialer Arbeit
B	Lutz Finkeldey mit Sandra Donat, Jenny Reulecke und Uwe Voslamber	Jugendliche im Stadtteil aktivieren
C	Thomas Behrendt	Mieter bei der Sanierung beteiligen Mit Übungen zur Beteiligung
19.30 Uhr	Lutz Finkeldey	„Hildesheimer Abend“
	Michael Rothschuh	Das Programm „Soziale Stadt“
	Klaus Habermann-Nieße	Ein „Stadtteil im Aufwind“- Untersuchungen zu Hildesheim- Drispensedt mit Frank Tiedt, Agenda 21
	BürgerInnentisch	Maria Klug, Bürgerinitiative Marienburger Höhe Dr. Meinka und B. Scharfenberg, Drispensedt, Alexander Hornburg, Student
	ExpertInnentisch	mit Thomas Kulenkampff, Stadtbaurat Carolin Reulecke und Peter Steffens, Sozialamt, Thomas Tietje, gbg Magda Zerrath, Volkshochschule
Freitag, 10.11.2000 9 Uhr	Michael Rothschuh	Potenziale entfalten
9.45 Uhr	Gisela Mattern	Hannovers Weg zur Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung
	Manfred Joppke	Stadtentwicklung mit den BürgerInnen am Beispiel Hannover-Kronsberg
	Jürgen Ebert	Verabschiedung

Ausgangspunkt für die Gemeinschaftstagung „Wege zur sozialen Stadt“ war 1988 ein Hochschul- Projekt unter Leitung der Diplom-Sozialarbeiterin/ Sozialpädagogin Birgit Wendt, in dem die Studierenden BürgerInnen in dem Hildesheimer Stadtteil Drispfenstedt befragten und miteinander in Kontakt brachten, dem Stadtteil, in dem ab 2001 auch ein Vorhaben des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf- die Soziale Stadt“ durchgeführt werden soll. Der Geschäftsführer der Gemeinnützigen Baugesellschaft zu Hildesheim gbg Baugesellschaft Dipl.-Kaufmann Thomas Tietje und Prof. Michael Rothschuh von der Fachhochschule in Hildesheim, Fachbereich Sozialpädagogik verabredeten, mehr Wissen über konkrete Veränderungsmöglichkeiten in einem benachteiligten Stadtteil nach Hildesheim zu holen und dafür eine gemeinsame Tagung zu veranstalten.

Die gbg begann in diesem Stadtteil, in dem sich zunehmend Vermietungsprobleme zeigten, neue Wege der Dezentralisierung und Mieterbeteiligung, an der Fachhochschule entwickelten sich Projekte zur Gemeinwesenarbeit und Bürgerbeteiligung. In der Stadt gab es erste Überlegungen zur Sozialplanung und sozialraumbezogenen Sozialpolitik, SozialarbeiterInnen hatten zusammen mit der Fachhochschule einen ersten kleinen Armutsbericht vorgelegt (Böning/Rothschuh 1996, Facetten der Armut in Hildesheim, FH Eigendruck, Hildesheim).

Damals gab es in verschiedenen Bundesländern Programme zur sozialen Stadtteilentwicklung, aber noch nicht das 1999 ins Leben gerufene Programm „Soziale Stadt“ (vgl. dazu www.sozialestadt.de). In einer beschaulichen Stadt wie Hildesheim schienen die Abgrenzungen und Zuständigkeiten noch klar zu sein: Bau ist Sache von Bauausschuss und Stadtbaurat, Wohnungsbauunternehmen und den Hochschulausbildungen des Bauwesens, Wirtschaft Sache der Wirtschaftsförderung, der Handelskammer und der Betriebswirtschaft, Soziales gehört zum Sozialamt, den SozialarbeiterInnen, der freien Wohlfahrtspflege und dem Fachbereichs Sozialpädagogik.

Das Zusammentreffen von Fachhochschule und gbg verdeutlichte den Nutzen einer kreativ- innovativen Zusammenarbeit zwischen Wohnungswirtschaft und Sozialer Arbeit im Hinblick auf die Verwirklichung gemeinsamer Ziele im Rahmen der Idee der „Sozialen Stadt“.

Ein Treffen von Akteuren unterschiedlicher Fachrichtungen, aus verschiedenen Städten und mit divergierenden Erfahrungshintergründen im Kontext einer Fachtagung erschien als sinnvoll, um Vorstellungen und Zielsetzungen zu klären und in synergetische Beziehungen umzuwandeln. Wichtig war dabei vor allem, die Rolle der StadtteilbewohnerInnen bei der Entwicklung von Stadtteilen und Nachbarschaften zu diskutieren und ihre Kompetenzen als Experten des eigenen Lebensumfelds wahrzunehmen.

Jedoch sollte die Denkrichtung nicht beschränkt sein durch die isoliert symptomatische Wahrnehmung einzelner Quartiere und deren spezifischer Problemlagen, sondern sich auf die Zusammenhänge und

sozialen Abhängigkeiten verschiedener Ebenen und Gruppen im System Stadt erweitern.

Städte sind geprägt durch ihre Vielfalt und die Unterschiede zwischen den Menschen und ihren Interessen und zugleich durch das, was sie zusammenhält: Wirtschaft, Kultur, Bildung und ihre je eigene Geschichte. Der Zusammenhalt wird schwierig, wenn Gegensätze von Armut und Reichtum überhand nehmen, wenn Stadtteile auseinander driften.

Wenn Quartiere nicht mehr als „sozial“ bezeichnet werden können und Nachbarschaften überfordert sind, müssen neue Impulse gesetzt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Potentiale wieder entdecken und ihr Zusammenleben entwickeln können.

DIE TAGUNG

Die Tagung fand, gemeinsam getragen von der gbg und der Fachhochschule, vom 9.-10. November 2000 in den Räumen der Fachhochschule in Hildesheim statt.

Geleitet wurde sie von Michael Roths Schuh und Thomas Tietje, geplant und organisiert zusammen mit Jürgen Ebert, Diplom- Sozialarbeiter und Dozent an der Fachhochschule, und den Studierenden Dirk Begemann, Dorte Carls und Alexander Hornburg.

Sie zeigte Möglichkeiten der Nachbarschaftsentwicklung auf und setzte dabei einen Schwerpunkt auf die Kooperation von Wohnungswirtschaft und Sozialer Arbeit.

Tagungsteilnehmer waren etwa 75 Fachkräfte und Studierende aus den Bereichen Wohnungswirtschaft, Stadtplanung, Verwaltung und Soziale Arbeit, sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Durch die Vorträge der einzelnen Referenten bot sich allen Beteiligten die Möglichkeit, neue Impulse für ihr professionelles Handeln und Denken zu gewinnen.

Die vorgestellten Modellprojekte aus verschiedenen Städten und Bundesländern gaben Anlaß zu angeregten Diskussionen.

Die Tagungsteilnehmer konnten in Werkstätten zu verschiedenen Tätigkeitsfeldern in der GWA den Praxisbezug des zuvor Gehörten erarbeiten.

Ein „Hildesheimer Abend“ unter Leitung von Lutz Finkeldey, Prof. an der Fachhochschule, versuchte, die lokalen Akteure bei der Stadtteilentwicklung zusammenzubringen, und mit den Gedanken der Tagung zu konfrontieren. In diesem Rahmen hatten auch Hildesheimer Bürger Gelegenheit ihre Wünsche an und ihre Vorstellungen von einer sozialen Stadt einzubringen und auch einzufordern. Der Hildesheimer Abend wird in diesem Bericht nicht näher dokumentiert.

ZU DEN BEITRÄGEN

Mit diesem Tagungsbericht wollen wir die wesentlichen Beiträge veröffentlichen und zur Diskussion stellen.

Wir folgen dabei nicht in jedem Fall dem zeitlichen Ablauf der Tagung und bemühen uns um eine Fassung, die auch für Interessierte, die nicht an der Tagung teilgenommen haben, zu verstehen ist.

Nach den Grußworten stellen wir im ersten Teil vier Beiträge vor, in denen es um Ziele und Grundsätze geht:

Konrad Deufel definiert aus seiner Sicht als Oberstadtdirektor von Hildesheim die „Soziale Stadt“ so, dass sie alle Lebensbereiche umfaßt und wendet die so gefundenen Kriterien auf Hildesheim an. „Soziale Stadt“ ist danach mehr als ein kompensatorisches Programm für einzelne benachteiligte Stadtteile und auch mehr als nur kommunale Sozialpolitik.

Stefan Geiss diskutiert anhand der Studien von des Forschungsinstituts „empirica“, das für die Wohnungswirtschaft grundlegende Studien zu den „überforderten Nachbarschaften“(GdW 1998) erarbeitet hat; Er stellt Kriterien und eine Fülle von konkreten Vorhaben vor, wie Situationen in Stadtteilen durch bauliche und soziale Projekte verbessert werden können.

Michael Roths Schuh fordert aus der Sicht der Profession Soziale Arbeit eine Abkehr einer bloßen Mängelsicht zu der gezielten Suche und Verbindung der unterschiedlichen in den Stadtteilen vorhandenen Potenziale mit dem Ziel der Entwicklung von Stadtteilen und Nachbarschaften „von innen nach außen“. Der Modus der Entwicklung ist der Aufbau und die Stärkung von sozialen Beziehungen.

Ingo Kollibay analysiert als Architekt die Gründe für Segregationstendenzen in Stadtteilen und fordert eine Nachhaltigkeit von Stadtentwicklung durch Verzicht auf Monostrukturen und die Errichtung von städtebaulichen „Mischwäldern“.

Im zweiten Teil wird der Schwerpunkt auf praktische Erfahrungen und Modelle gelegt:

Senatsrat Heinz-Bernd Bluhm beschreibt am Beispiel Bremens konkrete Möglichkeiten einer Großstadtverwaltung, BürgerInnen in die Planung und Realisierung einer „Bürgerstadt“ einzubeziehen. Deutlich wird, wie Verwaltung sich lernend weiter entwickelt durch Kooperation der verschiedenen Fachrichtungen, insbesondere aber durch das erfahrungsgestützte Vertrauen in die Kompetenz von BürgerInnen, in ihren eigenen Angelegenheiten Verantwortung bis hin zur Bestimmung über Finanzen zu übernehmen.

Die Professorin des Fachbereichs Architektur der Fachhochschule und frühere Stadtplanerin Gisela Mattern verdeutlicht am Beispiel von zwei Hannoverschen Stadtteilen den 30jährigen Prozess, in dem sich Bürgerbeteiligung im Wechselspiel von Stadtverwaltung, Stadtplanung, Politik und kritischen BürgerInnen zu einem unverzichtbaren Element von Stadtteilplanung und -gestaltung entwickelt hat.

Manfred Joppke arbeitet als Anwaltsplaner im Stadtteil Hannover-Kronsberg, dem EXPO- Stadtteil, wo Bürgerbeteiligung begonnen wurde, bevor überhaupt die ersten BewohnerInnen eingezogen sind. Er stellt heraus, welche Bedingungen geschaffen werden, um langfristig eine Subjektrolle der BürgerInnen in ihrem Stadtteil zu sichern.

Einen Ausschnitt aus den vorbereitenden Untersuchungen zu dem Hildesheimer Stadtteil Drispensedt, das Programmgebiet für die „Soziale

Stadt“ werden soll, stellt Klaus Habermann-Nieße von der Planerwerkstatt Hannover vor. Probleme werden benannt, aber die Richtung wird aus der Überschrift deutlich: „Ein Stadtteil im Aufwind“.

WERKSTÄTTEN

Im dritten Teil werden die „Werkstätten zur Nachbarschaftsentwicklung“ zusammengefasst, in denen die TagungsteilnehmerInnen in kleineren Gruppen aktiver an Diskussionen und Übungen teilhaben konnten als in dem Plenum.

In der Werkstatt von Andreas Bunge geht es vorrangig um die Zusammenarbeit zwischen einer Wohnungsbaugesellschaft und der mit ihr in Vertragsbeziehungen stehender Gemeinwesenarbeit eines Wohlfahrtsverbandes.

Lutz Finkeldey thematisiert zusammen mit einer Studierendengruppe die Lebenslage von Jugendlichen und erprobt mit den Teilnehmern die Möglichkeiten, ihre Interessen und Beteiligungsmöglichkeiten zu erforschen.

Thomas Behrendt gibt in seiner Werkstatt den Teilnehmenden Möglichkeiten, erste Schritte zur Bürgerbeteiligung selbst zu erfahren und erläutert die Anwendung in der Mieterberatung

RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Im Kapitel Rückblick und Ausblick haben wir einige nachträgliche Gedanken zu der Tagung in den Bericht eingearbeitet, von den Studierenden Dorthe Carls, Nadine Vennekohl und Alexander Hornburg sowie der Vertreterin einer Bürgerinitiative Maria Klug.

Weitere Beiträge können in neuen Internet-Auflagen hinzugefügt werden.

Deshalb sind die LeserInnen eingeladen, Beiträge an michael.rothschuh@fh-hildesheim.de zu senden.

WEGE FINDEN- UND LOSGEHEN!

Das Programm „Soziale Stadt“ hat bundesweit eine Dynamik gewonnen, die die relativ bescheidenen zusätzlichen Finanzmittel für das Programm selbst weit übertrifft. Das Programm hat seine Anstoßfunktion bereits erfüllt, in dem es zusätzliche Mittel aus anderen „Töpfen“ mobilisiert hat und vor allem Diskussionen und neue Sichtweisen angestoßen hat. Die Verknüpfung von „Baulichem“, „Sozialem“ und „Ökonomischem“ dürfte vielen sichtbar geworden sein.

In den einzelnen Projekten, in den Stadtteilen, geht es um mehr als den Anstoß. Hier gilt es, Wege zu suchen, zu finden; nicht alle werden die gleichen Wege gehen. Es wird Sackgassen geben, wo man allein auf die durch das Programm bereit stehenden Mittel sieht, es wird Irrwege geben, wo man an den Betroffenen vorbei geht; oft ist der Weg selbst, nämlich dass frau und man gemeinsam an der Entwicklung eines Stadtteils arbeitet, schon das Ziel.

Die Wege zur Sozialen Stadt müssen die Menschen in den Stadtteilen vor allem selber gehen, Junge und Alte, MieterInnen und Wohnungsinhaber, GeschäftsinhaberInnen und UnternehmerInnen, Vereine, Institutionen,

Kirchen, Schulen, informelle Gruppen, Menschen mit und ohne Geld, mit und ohne Arbeit, mit und ohne deutschem Paß, mit und ohne Wohnung.

Professionelle, StadtplanerInnen, SozialarbeiterInnen, Wohnungsgesellschaften, Verwaltungen können die Wege ebnen oder sie den Menschen schwer machen.

Dieser Band soll Wege beschreiben und untersuchen; vielleicht der einen oder dem anderen einen noch unbekanntes Pfad zeigen und vor allem ermutigen, loszugehen.

Michael Rothschuh, Dorthe Carls, Alexander Hornburg, Dirk Begemann

THOMAS TIETJE: NACHBARSCHAFT ALS MEDIUM DER SOZIALEN STADT

Mit dem Tagungsthema "Wege zur sozialen Stadt" hat die Fachhochschule Hildesheim / Holzminden / Göttingen ein ebenso lang diskutiertes, wie hoch aktuelles Thema aufgegriffen. Bundesweit treten in Wohngebieten der 50er, 60er und 70er Jahre - den Kerngebieten des sozialen Wohnungsbaus - soziale und wirtschaftliche Probleme mit weitreichenden gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen auf. In den neuen Bundesländern ist das Problem, verbunden mit dem Leerstand ganzer Wohnblöcke, derart eklatant, dass die Bundesregierung jetzt finanzielle Hilfen zugesagt hat, um ganze Stadtteile vor der Verödung zu retten.

Und auch in Niedersachsen ist der Startschuss für ein Förderprogramm bereits gefallen. Geldmittel von mehr als 2 Millionen Mark fließen in Zusammenhang mit dem Programm "Soziale Stadt" auch nach Hildesheim. 1,5 Millionen Mark Fördermittel wird der Stadtteil Drispensedt von Bund, Land und Stadt im Jahr 2001 erhalten. Mit dem Geld sollen Maßnahmen finanziert werden, die helfen werden, die Lebens- und Wohnqualität im Stadtteil zu verbessern.

ANSÄTZE DER GEMEINNÜTZIGEN BAUGESELLSCHAFT IN HILDESHEIM-DRISPENSTEDT

Trotz der komplexen Problemstrukturen im Stadtteil gibt es verschiedene Ansätze, um eine Trendwende herbei zu führen. In Drispensedt, einem Stadtteil mit mehr als 6000 Einwohnern, setzt die gbg seit einiger Zeit erfolgreich Instrumente der "Sozialen Stadt" ein. Im Mai des Jahres 2000 hat die gbg beispielsweise ein Stadtteilbüro eröffnet, in dem auch ein Kontaktbeamter der Hildesheimer Polizei ein Büro gefunden hat. Zeitgleich wurde mit der Modernisierung des Einkaufszentrums die Infrastruktur des Stadtteils den heutigen Standards angepasst und das stadteigene Hallenbad in die Obhut eines Sportvereins gegeben und mit neuem Leben erfüllt. Aktuelle Projekte sind die Einrichtung eines Stadtteiltreffs, das ein bestehendes Mietercafé als Versammlungsraum und Treffpunkt aller Bewohner des Stadtteils ergänzt. Durch eine Tochtergesellschaft der Volkshochschule konnten außerdem Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose angeschoben werden.

Mit Hilfe eines derartigen Maßnahmenbündels können die Strukturen der "Nachbarschaften" nach und nach verbessert werden. Denn nur durch moderne Stadt- und Regionalplanung, also durch städtebauliche und sozial-integrative Maßnahmen, läßt sich die Nachbarschaft als Medium für Entscheidungsprozesse in öffentlichen Angelegenheiten reaktivieren. Wege dorthin will die Fachtagung der FH zeigen.

MICHAEL ROTHSCHUH:
DIALOG, LERNEN,
ERMUTIGUNG

Sozialarbeit als Beruf ist entstanden mit den Nöten und Problemen in den Städten in der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, der Armut, der Lage der Arbeitenden in den Betrieben, den Wohnungsproblemen und den damit zusammenhängenden Notlagen von Kindern, Jugendlichen, Familien.

Soziale Arbeit war immer ein Seismograph für die sozialen Entwicklungen und Probleme in der Stadt. Und: sie kam meistens als Nachhut der Politiker, Ökonomen und Stadtplaner. Sozusagen, um die Scherben nach dem Fest aufzusammeln und die Wunden zu verbinden.

In der Wende zum 21. Jahrhundert wird die drohende Spaltung der Städte in anderer Weise als ein Jahrhundert zuvor und doch zugleich weltweit wahrgenommen und gerät erneut in den Focus der Politik.

Und es gibt neue Verbindungslinien zwischen Ökonomischem , Politischem, Städtebaulichem und Sozialem in der Stadt.

Hier auf der Tagung ist das Neue: Ein Fachbereich der Sozialarbeit und eine Wohnungsbaugesellschaft planen zum ersten Mal eine gemeinsame Veranstaltung und laden Menschen aus verschiedenen Berufsgruppen als Vortragende wie als Teilnehmer dazu ein.

Diese Tagung soll eine Gelegenheit zum **Dialog** sein.

Hildesheim ist eine Großstadt, aber für eine Großstadt ist Hildesheim ziemlich klein. Manche Themen werden hier etwas später virulent als anderswo- das macht vielleicht auch den Charme dieser Stadt aus- manche Lösungen werden später diskutiert. Deshalb wollen wir uns mit dieser Tagung Erfahrungen und Kompetenz von außen nach Hildesheim holen und wir freuen uns, dass viele dieser Einladung gefolgt sind.

Diese Tagung soll eine Gelegenheit zum **Lernen** voneinander sein.

Städte entwickeln sich durch ihre Bewohner. Demokratie in der Stadt lebt davon, dass die Menschen ihre Vorstellungen, Interessen und Ideen wahrnehmen und zusammenfügen, um lebendige Nachbarschaften, lebendige Stadtteile und eine lebendige Stadt zu schaffen. Dies passiert nicht immer von selbst und braucht Impulse, um die es hier gehen soll.

Diese Tagung soll eine Gelegenheit zur **Ermutigung** sein.

JOHANNES KOLB:
KOMPETENZEN DER BETROFFENEN

Verehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu dieser grenzüberschreitenden Veranstaltung.

Ich freue mich dass Sie sich darauf eingelassen haben, Probleme und Lösungsmöglichkeiten gemeinsam mit Angehörigen sehr unterschiedlicher Institutionen und Fachgebiete zu bearbeiten.

Wir alle wissen, dass dies der richtigere Ansatz ist. Aber natürlich ist es viel einfacher, sich immer nur im gewohnten eigenen Umfeld zu bewegen.

Und wir wissen ja ebenso, dass es meist wirkungsvoller ist, Probleme durch die Betroffenen bearbeiten zu lassen, anstatt Lösungen von Oben überzustülpen. Aber auch in dieser Hinsicht stehen unsere Gewohnheiten der Umsetzung dieser Erkenntnis entgegen.

In unterschiedlichen Bereichen musste ich immer wieder die Beobachtung machen, dass viele Institutionen dazu neigen, zweitbeste Lösungen flächendeckend einheitlich zu exekutieren. Denn die besseren Lösungen hätten eine größere Vielfalt und einen gewissen Grad an Unkontrollierbarkeit bedeutet.

Und diese Offenheit nehmen wir oft eher als Risiko und weniger als Chance wahr. In dieser Hinsicht unterscheiden sich nach meiner Erfahrung Kommunalverwaltungen, Ministerien oder Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige GmbHS und große Vereine nicht grundsätzlich voneinander.

Am Beispiel unserer Hochschule möchte ich jedoch aufzeigen, dass es anders besser geht.

Seit den frühen 90er Jahren hat das Land Niedersachsen schrittweise immer mehr Kompetenzen auf die Hochschulen übertragen, die bis dahin bei Regierung und Parlament lagen.

Parallel dazu haben wir innerhalb der Hochschule immer mehr Ressourcen auf die Fachbereiche und anderen Organisationseinheiten verlagert, um eine möglichst weitgehende Identität herzustellen zwischen denen, die Entscheidungen treffen, und denen, die von diesen Entscheidungen betroffen werden.

Ergänzend haben wir mehr Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten gesichert, indem die früher üblichen Einzelfallentscheidungen über die Zuteilung von Stellen oder Geld durch längerfristig gültige Richtlinien ersetzt und die Rechte von Minderheiten in den Gremien gestärkt wurden.

Ich möchte nicht die vielen Einzelheiten erläutern, die sehr sorgfältig ausgestaltet werden müssen, wenn ein solches dezentrales System funktionieren soll. Stattdessen beschränke ich mich darauf, einige besonders augenfällig Ergebnisse zu skizzieren:

- Mit gleichem Finanzaufwand bieten wir mehr Studienplätze an als jede andere Hochschule in Niedersachsen.

- Mit der gleichen Zahl von Studienplätzen erreichen wir mehr Studieninteressenten als andere Hochschulen.
- Gleichzeitig konnten wir den an Fachhochschulen traditionell recht niedrigen Studentinnenanteil spürbar steigern. An unserer Hochschule sind fast 45% der Studierenden Frauen, während der Studentinnenanteil bei anderen Fachhochschulen meist unter 30% liegt.
- Angehörige unserer Hochschule gewinnen seit Jahren immer wieder hohe Auszeichnungen bei Wettbewerben in unterschiedlichen Bereichen.

Diese Aufzählung ließe sich lange fortsetzen.

Denn nichts kann die Lern- und Leistungsfähigkeit einer Einrichtung so sehr steigern wie das Engagement der Betroffenen.

Wir dürfen sie nur nicht daran hindern, ihre Kompetenzen zur Geltung zu bringen.

In diesem Sinne wünschen ich Ihnen viel Erfolg für die heute beginnende Veranstaltung und für die Umsetzung der vielen Anregungen in Ihren jeweiligen Praxisfeldern.

HEINRICH KLEINE ARNDT

Herzlichen Dank dass ich die Gelegenheit bekomme für den vdw - Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen Bremen- Grußworte zu überbringen;

Ganz besonders freue ich mich, Ihnen die persönlichen Grüße von Verbandsdirektor Meyer überbringen zu dürfen, der leider heute verhindert ist. Er bedauert nicht selbst hier und heute bei Ihnen sein zu können

Insbesondere weil ihre Veranstaltung eine Premiere ist.

„Wege zur sozialen Stadt“ lautet der Titel ihrer gemeinsamen Tagung

Und: neue Wege werden schon beschritten mit der Zusammenarbeit der beiden Veranstalter Hochschule und Wohnungsunternehmen durch die gemeinsame Tagung, das ist eine Premiere.

Lange Zeit waren Sozialarbeiter in Wohnungsunternehmen Exoten; dies hat sich geändert. Intensivierte Mieterbetreuung und Kundenbetreuung haben zu neuen Arbeitsgebieten für Sozialarbeiter geführt. Der vdw hat jetzt auch einen eigenen Arbeitskreis für Sozialarbeiter in Wohnungsunternehmen.

Herr Tietje war so freundlich mir Geschäftsbericht und Zeitungsartikel der gbg zur Verfügung zu stellen, die mir einen kleine Eindruck von den Wegen geben die in Hildesheim beschritten werden. Der Geschäftsbericht ist mit seinen Beispielen fast so etwas wie ein Lehrbuch des sozialen Managements.

Sie zeigen dort Wege zur sozialen Stadt werden auf, z.B. wird angestrebt

- die flexible Belegung der Wohnungen mit Menschen aus unterschiedlichen Schichten,
- die Aussetzung der B- Schein- Bindung und der Tausch von Belegungsrechten;
- es ist ein Stadtteilbüro als Anlaufstelle für Mieter eingerichtet, womit Kundennähe verwirklicht wird;
- die Infrastruktur ist mit der Wiederinbetriebnahme des Hallenbades und der Modernisierung des Einkaufszentrums verbessert, was zu einer besseren Vermietbarkeit der Wohnungen beitragen kann;
- die Schuldnerberatung wird bei Ihnen verbessert.

Die Zeitungsartikel zeigen diese Aktivitäten, zeigen aber auch, dass die Wege nicht immer einfach zu beschreiten sind.

Maßnahmen zur Aufwertung von Stadtteilen kosten Geld; deshalb hat die Stadt auch einen Antrag auf die Teilnahme am Programm „Soziale Stadt“ gestellt.

Die Wege sind manchmal dornig, steinig; wir wissen auf dem gemeinsamen Weg, dass rechts und links Hindernisse liegen, die es auszuräumen gilt.

- Die Kassen sind nicht gefüllt; Drispstedt wartet noch auf den Bewilligungsbescheid für das Programm „Soziale Stadt“;
- die Flexibilisierung der Belegung wird nicht von jedem begrüßt;
- die wirtschaftliche Entwicklung führt zu Mietschulden.

Die Anregungen aus der Tagung werden dazu beitragen, die Wege zu vereinfachen.

Ich wünsche der Veranstaltung einen guten und erfolgreichen Verlauf.

TEIL 1: ZIELE UND WEGE

KONRAD DEUFEL: HILDESHEIM AUF DEM WEG ZUR SOZIALEN STADT

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich begrüße Sie sehr herzlich bei der heutigen Tagung „Wege zur sozialen Stadt“, die vom Fachbereich Sozialpädagogik unserer FH und der Gemeinnützigen Baugesellschaft zu Hildesheim gemeinsam ausgerichtet wird. Ich freue mich über die gemeinsame Initiative dieser beiden Institutionen, und ich finde auch besonders gut, in welcher Weise die gbg hier positiv an die Dinge herangeht. Verantwortungsvolle Wohnungswirtschaft bedeutet eben nicht, einfach nur Wohnungen zu bauen und dann hat es sich, sondern sich auch tatsächlich um die Lebensbedingungen und -qualität der Menschen, die in diesen Wohnungen wohnen, zu kümmern. In dieser Hinsicht hat sich die gbg mittlerweile schon sehr engagiert und Vieles auf den Weg gebracht.

Anknüpfungspunkt dieser Tagung ist auch das Programm von Bund und Ländern „Soziale Stadt“. Dazu möchte ich an dieser Stelle einmal etwas klarstellen. Viele sehen in diesem Programm schlicht eine neue, weitere Form der Wohnungsbauförderung. Diese Sichtweise wird den Zielen des Programms nicht gerecht. Denn es geht darum, mittels Investitionsmaßnahmen auch neue zwischenmenschliche Strukturen zu schaffen. Dem Stadtteil soll ein neues Gesicht gegeben werden, das sich auch durch neues Handeln zwischen den Menschen auszeichnet, durch „aktivierte“ Nachbarschaften.

KENNZEICHEN EINER SOZIALEN STADT

Damit sind wir wieder beim Thema dieser Tagung. Was macht denn nun, einmal allgemein definiert, eine Stadt als soziale Stadt aus, bei der die Bürger sich mit der Stadt identifizieren und mit Verantwortung tragen?

- Man kann dort gut wohnen, Menschen unterschiedlicher Kultur und sozialer Herkunft sind integriert, es gibt keine „Ghettos“, keine durch Wohnungszuweisungen verursachten Problemballungen.
- Ein gutes Wohnumfeld, mit wechselseitig einander zugeordneten Nachbarschaften,
- ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstättenplätzen,
- Angebote für Jugendliche, ein ausreichendes Schulangebot mit Wahlrecht für Eltern und Kinder, ein gutes Ausbildungsangebot,
- genügend Arbeitsplätze, auch in der Umgebung,
- eine ausreichende Anzahl attraktiver Stätten von Begegnung, Erleben, Kultur,
- Möglichkeiten der wechselseitigen Integration mit Ausländern und Aussiedlern,
- Möglichkeiten für das Leben im dritten und vierten Lebensabschnitt,
- gute und unterschiedliche Angebote von Wohnen und Pflege für alte Menschen,
- ein qualifiziertes Gesundheitswesen mit Wahlmöglichkeiten,
- gute und vielfältige, auch günstige Einkaufsmöglichkeiten,

- Partizipation - zurecht ein neues Wort in der Stadtgesellschaft: „Wie können Bürger in welchen Fragen mitentscheiden?“.

Dies ist sicher ein wesentlicher Teil der Aspekte, die eine soziale Stadt ausmachen, auch wenn ich vielleicht noch das eine oder andere nicht erwähnt habe. Übrigens wird so deutlich, dass der Begriff des „Sozialen“ die engen Grenzen übersteigt, in denen man ihn manchmal betrachtet. Im Grunde umfaßt er alle wesentlichen Bereiche einer Kommune, die in der Summe die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger ausmachen.

Eine Stadt, in der dies alles schon so vorhanden ist und gelebt wird, gibt es wohl kaum. Denn was ich genannt habe, sind Ziele - die man vielleicht nicht alle erreichen kann, oder wenn überhaupt, nur nach und nach. Wichtig ist aber, dass man Perspektiven hat, an denen man sich ausrichten kann, die einem einen Maßstab für Handlungserfordernisse bieten.

Wie sieht es in diesem Zusammenhang nun in unserer Stadt Hildesheim aus? Ich möchte im folgenden den „Ist-Zustand“ einmal durchleuchten:

SUBSIDIARITÄT

Dabei ist zunächst darauf hinzuweisen, dass wir durch die Sozialgesetzgebung auf das Prinzip der Subsidiarität verwiesen sind. Das ist übrigens nicht nur auf Verbände bezogen, sondern zunächst einmal ist die Frage, was jeder Mensch selbst tun kann, daran gilt es anzuknüpfen. Die Stadt soll also möglichst wenig selbst tun, wenn es freie Träger gibt, gemeinnützige und auch gewerbliche, die dies vielleicht viel besser können. Hier sind wir in Hildesheim bestens „ausgestattet“: es gibt ein breites Spektrum von Vereinen, Verbänden und Organisationen, die in vielen Lebensbereichen kompetente Arbeit leisten. Dies geht vom Caritasverband und der Arbeiterwohlfahrt über das Deutsche Rote Kreuz und die Suppenküche „Guter Hirt“ bis hin zur Drogen- und zur Aids-Hilfe. Ich habe nur einige Beispiele genannt.

Wichtig ist auch die Vielzahl der Selbsthilfegruppen, die im „Paritätischen“ zusammengeschlossen sind. Die genannten Institutionen betreiben diverse Einrichtungen, leisten in vielen Bereichen wichtige Arbeit und stehen Menschen in speziellen Notlagen zur Verfügung.

Die Stadt Hildesheim unterstützt diese Träger zurecht mit regelmäßigen Zuschüssen, um eine kontinuierliche Aufgabenwahrnehmung zu ermöglichen.

WOHNEN

Zum Thema Wohnen: In Hildesheim gibt es insgesamt 34.000 Mietwohnungen, bei etwa 112.000 Einwohnern einschließlich der Zweitwohnsitze, davon wurde bei 3.000 Wohnungen der Bau staatlich gefördert, für die Hälfte davon bestehen von seiten der Stadt Belegungsrechte. Da sich diese zu größeren Teilen auf bestimmte Stadtteile konzentrieren, besteht hier die Gefahr der Ballung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen, eben der „Ghettobildung“ mit all ihren negativen Folgen. Das geht bis dahin, dass Arbeitssuchende aus diesen Gebieten von vornherein abgewiesen werden, weil ihre Adresse einen „Makel“ hat.

Die Stadt versucht hier, an zwei Stellen anzusetzen: Zum einen mit dem Tausch von Belegungsrechten mit Wohnungen in anderen Stadtteilen; zum anderen wird seit dem 01.01.1999 keine Fehlbelegungsabgabe mehr

von Mietern erhoben, die für ihre „Sozialwohnungen“ inzwischen eigentlich ein zu hohes Einkommen haben. Denn im Grunde ist es uns ganz recht, dass diese Mieter dort wohnen bleiben, auch wenn sie über die Einkommensgrenzen hinausgewachsen sind. Beide Maßnahmen dienen einem Zweck: einer besseren Durchmischung der Quartiere, durch die der Problembelastung und dem negativen Image des Stadtteils entgegenwirkt werden soll.

STÄDTEBAULICHE SANIERUNGSMABNAHMEN

Was in Bezug auf Wohnen natürlich auch nicht unerwähnt bleiben darf, sind die bisherigen städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen, insbesondere für die Nordstadt, die dadurch ein neues, ansprechenderes Gesicht erhalten hat und als Wohnquartier aufgewertet worden ist. Die Nordstadtsanierung wird fortgesetzt, und Politik und Verwaltung werden sich auch mit der Sanierung weiterer Stadtteile auseinandersetzen haben.

WIRTSCHAFT

Ein wesentlicher Aspekt der sozialen Stadt sind ausreichende ökonomische Verhältnisse ihrer Bewohner, und diese hängen ganz maßgeblich von der Arbeitsplatzsituation ab. Von daher ist ein Faktor für die soziale Stadt von existentieller Bedeutung, den man damit zunächst gar nicht zusammenbringt: nämlich eine qualifizierte Wirtschaftsförderung, die die vorhandenen Betriebe am Ort hält, sie in ihrer Entwicklung unterstützt sowie neue Unternehmen für die Stadt gewinnt. Der Wettbewerb um Ansiedlung wird heute überregional geführt: wir konkurrieren hier mit Städten in anderen Ländern Europas und darüber hinaus, die Auswirkungen der vielzitierten Globalisierung sind auch in Hildesheim spürbar.

Wenn man da als Standort attraktiv sein und bleiben will, spielen viele Faktoren eine Rolle, und der oft in den Vordergrund geschobene Gewerbesteuererhebesatz ist im Vergleich zu anderen Dingen meines Erachtens gar nicht das allein entscheidende Kriterium.

Es sind zum Beispiel auch die so genannten „weichen“ Standortfaktoren, und natürlich auch eine gute verkehrliche Erreichbarkeit. Hier können wir in Hildesheim eigentlich optimistisch in die Zukunft sehen, denn mit dem Gewerbepark Nord, den wir zur Zeit mit den zwei Nachbargemeinden Giesen und Harsum entwickeln, werden wir auf lange Sicht attraktive und verkehrlich vorzüglich angebundene Gewerbeflächen offerieren können.

ARBEIT

Die anhaltende Beschäftigungskrise in Deutschland hat auch einen Innovationsschub „aktiver“ Arbeitsmarktpolitik auf kommunaler Ebene bewirkt. Immer mehr Kommunen versuchen, mit eigenen Aktivitäten und neuen Infrastrukturen Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung zu fördern, unterstützt und mit eigenen Ideen gefördert durch vielerlei Aktivitäten der freien Wohlfahrtspflege. Auch Hildesheim kann im Rahmen dieser so genannten Hilfe zur Arbeit auf Erfolge verweisen, die nicht nur den städtischen Sozialhilfeeinsatz entlasten, sondern vor allem auch den Betroffenen wieder ein stärkeres Selbstwertgefühl vermitteln und einen ausgefüllten Alltag geben.

Für die Kinder und Jugendlichen hat die Stadt Hildesheim in einem umfangreichen Prozess, mit Hilfe externer Berater und unter Einbeziehung der beteiligten Institutionen, eine Jugendhilfeplanung erstellt, eine Bestandsaufnahme mit Handlungsvorschlägen. Natürlich kann vieles davon nicht gleich umgesetzt werden, schon aus finanziellen Gründen, aber es ist eben wichtig, ein Programm zu haben, nach dem man die Angebote für Kinder und Jugendliche sinnvoll und bedarfsgerecht weiterentwickeln kann. Ein wichtiger Erfolg ist, dass wir seit einiger Zeit den Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz eingelöst haben, mit zahlreichen Kitaneubauten und -erweiterungen, so dass wir hier über eine breite Palette von Einrichtungen städtischer und freier Träger verfügen.

Gleiches gilt für die Schulen, bei denen Eltern und Kinder vielfältige Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schulformen und -trägern vorfinden. Das Modell der verlässlichen Grundschule soll an zwei Schulen zum nächsten Schuljahr eingeführt werden, die weiteren werden folgen. Auch wird am Goethegymnasium demnächst die Möglichkeit bestehen, das Abitur bereits nach der 12. Klasse abzulegen. Und schließlich machen wir dieses Jahr einen neuen Anlauf, um Schulhöfe auch am Nachmittag für Kinder und Jugendliche zu öffnen. Damit dies gelingt, müssen alle Beteiligten - Schüler, Lehrer, Eltern - einbezogen und auch die Anwohner überzeugt werden. Aber es lohnt sich, denn andernorts kann man schon gute Ergebnisse vorweisen, Kindern auf diese Weise neue Freiräume zum Spielen zu geben.

BETEILIGUNG

Die Beteiligungsmodelle von Kindern und Jugendlichen, die in mehr und mehr Kommunen entwickelt werden, sehe ich differenziert: Der Einführung von Jugendparlamenten stehe ich eher zögernd gegenüber, weil letztendlich hierbei keine Entscheidungen getroffen werden können. Für viel besser halte ich, Kinder und Jugendliche bei jenen Themen ernsthaft einzubeziehen, bei denen sie persönlich betroffen sind und etwas dazu sagen können. Hier haben wir auch in Hildesheim schon positive Erfahrungen gemacht, zum Beispiel bei der Gestaltung von Spielplätzen und Schulhöfen, bei denen die Kinder ihre spezifische Sicht einfließen lassen konnten, Aspekte, die die Erwachsenen sonst nicht bedacht und berücksichtigt hätten.

PRÄVENTIONSRAT

Nicht versäumen möchte ich, den Präventionsrat zu erwähnen, der in Hildesheim seit 1998 besteht und schon vieles auf die Beine stellen konnte. Es wurden und werden Angebote für eine sinnvolle Freizeitgestaltung von Jugendlichen - wie z.B. der Mitternachtsoccer - entwickelt, es laufen Projekte gegen Gewalt an Schulen und gegen Ladendiebstahl, und eine ganz neue Arbeitsgruppe nimmt sich der Integration von Aussiedlern und Asylbewerbern an. Erfreulich ist, wie breit hier das Engagement ist, Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen wie der Schulen, der Polizei, der Wirtschaft wirken in guter Kooperation zusammen, ein Vorbild vielleicht für andere Dinge.

Senioren finden in Hildesheim eine Palette qualitätvoller Wohnmöglichkeiten vor. 14 Alten- und Pflegeheime sind vorhanden, wobei, vor allem bedingt durch die Pflegeversicherung, die Zahl der Pflegeplätze zugenommen hat, während die Zahl der noch relativ mobilen alten Menschen in den Heimen zurückgegangen ist. Das führt tendenziell dazu, dass Pflegeheime zu „Sterbeheimen“ werden, mit den entsprechenden schwierigen Folgen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bei einem Teil der Senioren ist vermehrt der Wunsch festzustellen, sich mit einer eigenen, wenn auch kleinen Wohnung ein Stück Privatsphäre zu bewahren, zugleich aber im Bedarfsfall auf medizinische Hilfe sowie Versorgung mit Mahlzeiten zurückgreifen zu können. Dementsprechend werden zunehmend, auch in unserer Stadt, neue Wohnformen für ein Leben im Alter realisiert.

Hinzu kommen zu den vorhandenen Sozialstationen die neu entstandenen privaten Pflegedienste, die ggf. auch bei Pflegebedürftigkeit den Verbleib in der bisherigen Wohnung ermöglichen.

Dem veränderten Freizeitverhalten älterer Menschen begegnen ebenfalls viele Institutionen mit neuen Angeboten, denn während das Interesse an den klassischen Altenbegegnungsstätten eher zurückgeht, legt der junggebliebene Senior mehr Wert auf Bildung und Kultur, und Einrichtungen wie die Riedel-Akademie der Volkshochschule und die Familienbildungsstätten der beiden großen Kirchen tragen dem Rechnung. Wie mir bekannt ist, kann auch die Universität ein Angebot für diesen Personenkreis vorweisen, vielleicht gibt es Ähnliches ja auch hier an der FH.

WEITERENTWICKLUNG DER „SOZIALEN STADT“

Soweit meine kurze Bilanz. Meine Ausführungen vermitteln auf den ersten Blick den Anschein, dass in Hildesheim alles ideal ist. Aber das ist es nicht. Ich möchte im Folgenden einige Ansätze aufzeigen, an welchen Stellen die "soziale Stadt" bei uns weiter entwickelt werden sollte.

Zunächst einmal gilt es, den in Drispensstedt eingeschlagenen Weg zu einem Stadtteilmanagement kontinuierlich weiterzugehen. Dazu zählen auch die sogenannten "Concierge-Lösungen" in den Wohnanlagen, wo dies geboten erscheint.

Es geht dabei auch um einen anderen Umgang mit den Mietern unter den Stichworten „Kunde“ und „Dienstleistung“. Wenn deutlich gemacht wird: "wir respektieren euch!", dann können die Mieter auch ein neues, stärkeres Selbstbewußtsein entwickeln.

Wichtig ist auch eine Verbesserung des Wohnumfeldes: Eine attraktivere Gestaltung der Hauseingänge, eine Begrünung der Vorgärten. Dies alles trägt auch zu einer Steigerung des Wohnwertes bei. Forciert werden muss auch das Maß an Bürgerbeteiligung. Wenn man die Bewohner bei der Gestaltung ihres Umfeldes um ihre Meinung fragt und Einfluss nehmen lässt, so identifizieren sie sich mehr mit ihrem Quartier und fühlen sich auch stärker verantwortlich dafür. Außerdem ist das ein ganz wichtiger Punkt, wenn es uns gelingen soll, Nachbarschaften zusammenzuführen.

Ein anderes Thema: Kinder. Großstädte haben häufig den Ruf, a priori nicht kinderfreundlich zu sein; Manfred Rommel hat in diesem Zusammenhang einmal von "geräuscharmen Flüsterkindern" gesprochen, die sich die Bürger zu Unrecht wünschen würden. Dem gilt es entgegenzuwirken. Angebote für Kinder wie Kindertagesstätten und Spielplätze liegen häufig voneinander entfernt, getrennt durch die "Welt der Erwachsenen". Aufgabe der Stadtplanung ist es, diese Inseln der Plätze für Kinder miteinander zu verknüpfen, jedenfalls dort, wo es möglich ist. In Hannover, wo ich vor meiner Zeit in Hildesheim als Sozialdezernent tätig war, haben wir in dieser Hinsicht mit dem Projekt der "kinderfreundlichen Stadt" Einiges versucht.

Überhaupt sollte die Stadt- und Verkehrsplanung stärker die Interessen und Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen. Ein Manko ist es da vielleicht, dass die Planer immer noch hauptsächlich Männer sind. Es wäre schön, wenn Stadtplanung noch mehr unter dem Gesichtspunkt der Frauen gesehen würde - denn Frauen betrachten eine Stadt anders, auch im Sinne der Verantwortung für die Kinder. Hier - wie auch an anderen Stellen - wird deutlich, dass die Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit von Frauen noch weiter verbessert werden müssen. Auch in unserer Stadt gibt es immer noch ein Defizit bei den sozialen Angeboten für berufstätige Frauen. Dies betrifft z.B. auch die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten.

Sie sehen: Auch in Hildesheim ist hinsichtlich einer "sozialen Stadt" noch so einiges unfertig. Dennoch - wir haben einige Perspektiven, an denen wir uns orientieren können und die es weiterzuentwickeln gilt. Wichtig ist, dabei nicht den Mut zu verlieren, auch wenn man vielleicht einmal zweifelt oder in eine Sackgasse gerannt ist. Lassen Sie mich daher an dieser Stelle mit einem Zitat von Kurt Marti enden:

Wo kämen wir hin,
wenn jeder sagte,
wo kämen wir hin
und keiner ginge
um zu sehen,
wohin man käme,
wenn man denn ginge.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

Dr. Konrad Deufel

STEFAN GEISS:
WEGE ZUR SOZIALEN STADT

ANFORDERUNGEN AN DIE SOZIALE STADT

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ reagieren Bund und Länder auf zunehmende Probleme in „benachteiligten“ Stadtteilen. Zu zunehmenden Überforderungen in solchen Stadtteilen kommt es vor allem aus zwei Gründen:

Der Wohnungsmarkt hat sich in vielen Stadtregionen deutlich entspannt. Ergebnis ist, dass wirtschaftlich stabile Haushalte über zunehmende Wahlmöglichkeiten verfügen und ihre Wohnsituation ihren Wünschen und Möglichkeiten anpassen; dadurch entmischen sich zusammenhängende Sozialwohnungsbestände und Altbauquartiere mit geringer Wohnungs- und Aufenthaltsqualität zunehmend. Es kommt zu verschärften Segregationen innerhalb der Städte.

In Deutschland lebt eine zunehmende Zahl von Haushalten unter wirtschaftlich und sozial schwierigen Bedingungen. Vor allem in den o.g. Nachbarschaften konzentrieren sich Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und kinderreiche Familien ohne ausreichendes Einkommen, Migranten mit eingeschränkten deutschen Sprachkenntnissen und eingeschränkten Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

In den letzten Jahren ist es gelungen, die entstandenen Schwierigkeiten darzustellen, ohne die Gebiete öffentlich zu stigmatisieren oder den Unternehmen bzw. Kommunalverwaltungen das Label der Trägheit oder Verschlafenheit anzuhängen. Heute ist anerkannt, dass sowohl Bewohner als auch Wohnungsunternehmen und öffentliche Akteure – von den Schulen über das Jugendamt bis zur Polizei, vor besonders schwierigen aber auch verantwortungsvollen Aufgaben stehen. Viele Bewohner in den Wohngebieten erbringen besondere Integrationsleistungen, die in bürgerlichen Quartieren niemals zu erbringen sind. Das Konzept der „Sozialen Stadt“ beinhaltet eine Aufforderung an Politik und Gesellschaft, diese Gebiete nicht allein zu lassen, sondern sich mit den Problemen intensiv auseinander zu setzen.

Fast alle bisherigen Maßnahmen sind als Sonderprogramme konzipiert. Verglichen mit den klassischen Maßnahmen der Stadterneuerung kam es zu einer ganz erheblichen Ausweitung der Themen. Die Maßnahmen reichen von Unterstützung bei Hausaufgaben für ausländische Kinder bis zur Beseitigung von Infrastruktur oder Sicherheitsdefiziten. Zudem sind in die Umsetzung neben Gebietsbewohnern und „Spezialisten“ häufig kommunale Stellen, z.T. auch Schulen und Polizei sowie zum Teil private Unternehmen einbezogen, um die Isolierung von Spezialverwaltungen zu überwinden.

Durch die in diesem Rahmen durchgeführten Maßnahmen können zum Teil deutliche Verbesserungen in den Gebieten und für die Situation von Bewohnern erreicht werden. Dies gelingt vor allem dort, wo spezifische Bedarfe im Wohngebiet – beispielsweise ein Mangel an Aufenthaltsplätzen für Jugendliche, Sicherheitsprobleme in einzelnen Häusern etc. – durch entsprechende Angebote abgebaut werden können. Zahlreiche strukturelle Probleme – Arbeitslosigkeit, niedrigeres Bildungsniveau, geringe Kaufkraft – aber auch grundsätzliche

städtebauliche oder wohnungswirtschaftliche Probleme – schlechte Verkehrsanbindung, Wohnungsüberangebote und Leerstände, hohe Immissionsbelastungen – lassen sich durch Einzelmaßnahmen in den jetzigen Programmstrukturen häufig nicht oder nur unwesentlich abbauen. Hierzu ist oft eine weitreichendere Entwicklungsstrategie und in vielen Fällen eine Veränderung insbesondere des öffentlichen Verwaltungshandelns – Schulpolitik, Müllabfuhr, Arbeitsmarktpolitik – erforderlich.

IDENTIFIKATION VON GEBIETEN

Stadtteile können sich durch verschiedene Problemkonstellationen auszeichnen, von denen nur einige sich in offiziell verfügbaren und räumlich ausreichend differenzierten Statistiken wiederfinden. So ist beispielsweise der häufig herangezogene Anteil an ausländischen Bewohnern nicht automatisch ein Indiz für soziale Probleme im Stadtteil; ähnliches gilt für hohe Fluktuationsraten, die zudem häufig nicht auf ausreichend kleinräumlicher Ebene vorliegen. Kriminalitätsstatistiken spiegeln letztlich nicht die tatsächliche Kriminalität wieder, sondern sind mindestens im gleichen Maße Indikator für polizeiliche Präsenz und für die „Empfindlichkeit“ von Bewohnern, die sich in höherer Anzeigendichte niederschlägt.

Bereits bei der Zusammenstellung relevanter Daten und der Erarbeitung von Indikatoren ist eine Kooperation zwischen verschiedenen Teilen der Verwaltung erforderlich. So sind beispielsweise Daten der Schulverwaltung über die Leistung einzelner Schulen (Abbrecherquote, Anteil von Schülern, die auf weiterführende Schulen empfohlen werden) wichtig, um strukturelle Bildungsengpässe im Gebiet aufzuzeigen. Solche Bildungsengpässe sind oft Ursache für hohe Arbeitslosigkeit (bei Jugendlichen) und eine hohe Quote von Transfereinkommensempfängern.

Verwahrlosungserscheinungen im öffentlichen Raum und bei Gebäuden lassen sich nur schwer über statistisches Material belegen. Hier sind Einschätzungen von Experten erforderlich. Ähnliches gilt für Daten zum Wohnungsmarkt.

Eine fundierte Auswahl von Gebieten kann daher nicht allein auf der Basis ausgewählter Statistiken erfolgen. Sinnvoll ist in der Regel die Erarbeitung eines „Problemfelderasters“, das durch Informationen aus verschiedenen Quellen gefüllt wird. Auf diese Weise kann eine pragmatische Diskussionsgrundlage geschaffen werden, die häufig bereits der Erste Schritt zu einem der Situation angemessenen Handlungskonzept ist. Mittels eines solchen Rasters kann die Diskussion versachlicht werden, „willkürliche“ Zuordnungen von Gebieten werden vermieden.

IDENTIFIKATION DER SPEZIFISCHEN PROBLEMKONSTELLATIONEN

Fast alle Nachbarschaften, in denen Stabilisierungen und Verbesserungen durch das Programm soziale Stadt erreicht werden sollen, zeichnen sich sowohl durch physische als auch durch soziale und wirtschaftliche Defizite aus. Um Lösungsstrategien zu erarbeiten, ist es hilfreich, zwischen primären und sekundären Defiziten/Problemen zu unterscheiden. Die Konzentration wirtschaftlich und sozial schwacher Haushalte kann die

Folge mangelnder Attraktivität des Stadtteils für Haushalte mit größerer Wahlfreiheit sein. Solche Defizite sind häufig nur teilweise kompensierbar, so dass dauerhaft andere Bevölkerungszusammensetzungen bestehen bleiben. Dies erfordert wiederum in vielen Bereichen eine dauerhaft veränderte Organisation öffentlicher Leistungen, um Chancenungleichheiten soweit wie möglich abzubauen. Als Basis für Handlungsstrategien müssen die jeweils spezifischen Probleme und ihre Ursachen möglichst wertfrei dargestellt werden. Im Zuge einer solchen Systematisierung von Problemen und Ursachen können häufig Kernprobleme in den Gebieten identifiziert werden. Auch wenn solche „Primärprobleme“ grundsätzlicher Art sind, müssen Antworten und Lösungsansätze gefunden werden.

Dafür mag folgendes Beispiel stehen: Die Funktion Ostdeutscher Großsiedlungen ist in vielen Fällen durch extreme Wohnungsleerstände beeinträchtigt. Die Leerstände wirken auf das Lebensgefühl der Bewohner bis hin zur Stigmatisierung bestimmter Gebiete und einer dadurch erschwerten Integration ihrer Bevölkerung in die Gesellschaft. Die Leerstände erschweren gleichzeitig die Ausstattung der Siedlung mit ausreichender Infrastruktur und wirken – nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche der Eigentümer – auf die Investitionsbereitschaft in Gebäude und Wohnumfeld, wodurch die Attraktivität weiter sinkt, so dass es zu weiteren (selektiven) Fortzügen kommt, bis am Ende nur noch Haushalte ohne Wahlfreiheit den Siedlungen verbleiben. Ohne Steuerung und Begleitung des Schrumpfungsprozesses können kompensierende Maßnahmen, beispielsweise die Schaffung verbesserter Angebote für Jugendliche oder für Arbeitslose bestenfalls punktuell die Situation verbessern. Eine Strategie für die Kernprobleme der Stadtteile bleibt unabdingbar.

UMSETZUNG VON LÖSUNGSANSÄTZEN

HANDLUNGSSTRATEGIEN

Auf der Basis von Stärken-Schwächen-Analysen und der Identifikation von Kernaufgaben müssen Handlungsstrategien erarbeitet werden. Die im folgenden dargestellten Lösungsansätze, die Bestandteil einer solchen Strategie sein können, zeigen exemplarisch, welche Bandbreiten bei Einzellösungen möglich sind. Handlungsstrategien müssen jedoch mehr sein als die Summe guter Einzelprojekte. In jedem Fall ist zu prüfen, inwieweit „Projekte“ angesichts der spezifischen Problemkonstellation sinnvoll und angemessen sind.

EINZELMAßNAHMEN FÜR WOHNGEBÄUDE/WOHNUMFELD

ANLAGE VON HAUSNAHEN MIETERGÄRTEN UNTER BETEILIGUNG DER BEWOHNER

Die unnötigen Belastungen und nachbarschaftlichen Konflikte, die sich aufgrund mangelnder Abgrenzung der halbprivaten Freiflächen am Haus von den öffentlichen, jedermann zugänglichen Bereichen, ergeben, können durch einfache Maßnahmen verhindert werden. Erfahrungen in verschiedenen Städten zeigen, dass eine in den Auswirkungen besonders

nützliche Veränderung, die Einrichtung von Kleingärten für die angrenzenden Hausbewohner ist.

Die Anlage von hausnahen Mietergärten (i.d.R. direkter Zugang über den Balkon im Erdgeschoss) wurde bereits in einer Vielzahl von Nachbarschaften durchgeführt. Positive Erfahrungen wurden insbesondere bei den Projekten gesammelt, die eine intensive Einbindung der Mieter in den Planungs-, Entscheidungs- und Ausführungsprozess hatten.



UMGESTALTUNG DER EINGANGSBEREICHE UNTER
MITSPRACHE DER HAUSBEWOHNER

Eingangsbereiche in den Siedlungen der Nachkriegszeit bedürfen häufig einer dringenden Aufwertung. In Hamburg-Jenfeld wurde in einem Wohnungsbestand (Zeilenbebauung aus den 60er Jahren) im Rahmen einer Wohnumfeldverbesserungsmaßnahme ein Architektenwettbewerb zur Verbesserung der Eingangssituationen ausgerufen. Ziel war es, die Eingangssituation der einzelnen Häuser aufzuwerten (hellere, größere und überschaubarere Eingänge) und den Zeilen mehr Individualität zu verleihen. Die Bewohner der Häuser hatten die Möglichkeit bei einer Präsentation der unterschiedlichen Eingangs-Varianten mitzubestimmen, welches Konzept sie bevorzugen.



ANGEBOTE FÜR JUGENDLICHE

In vielen Wohngebieten gibt es Konflikte mit Jugendgruppen, die keinen geeigneten „Treffpunkt“ oder „Cliquenort“ haben. Um Jugendlichen einen Rückzugsraum zu bieten, bei dem sie die übrigen Bewohner der Siedlung nicht belästigen, wurden in einer Vielzahl von Städten unterschiedliche Konzepte erarbeitet.

In Bremen wurden Erfahrungen mit einem offenen Pavillon für Jugendliche als Aufenthaltsmöglichkeiten gesammelt.



Die Erfahrung der Street-Worker in Bochum hat gezeigt, dass jede Jugendgruppe einen gesonderten Raum zur Verfügung gestellt bekommen sollte, da sonst die dominanteste Gruppe die anderen Cliques verdrängt. Die Container in Bochum wurden für die Jugendcliques als informelle Treffpunkte, abgelegen vom Siedlungsbereich, aufgestellt, um Nutzungskonflikte in der Siedlung zu lösen.



In Bremen (Obervieland) hat sich eine Jugendgruppe aus 50 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren einen festen Treff aus einem ausrangierten Bauwagen gezimmert. Anlass war, dass sich die Jugendlichen täglich auf dem Außenspielplatz der Kinder- und Jugendfarm getroffen haben, aber eigentlich aus dem Alter dieser Einrichtung herausgewachsen waren.

In Hannover ist es gelungen, eine leerstehende, nicht genutzte Hochgarage, die zum negativen Image der Siedlung beigetragen hat, umzugestalten.



SOZIALMANAGEMENT UND NACHBARSCHAFTSENTWICKLUNG

ZIEL DES SOZIALMANAGEMENTS

Aktuelle und vergangene Erfahrungen zeigen, dass mit zeitlich befristeten Einzelmaßnahmen in problematischen Wohngebieten keine nachhaltigen Erfolge erzielt werden. Durch die Einrichtung einer Management-Agentur bestehen jedoch Chancen, einen grundlegenden Perspektivwechsels in der Herangehensweise der Stadt, der Wohlfahrtsträger, der Wohnungswirtschaft und der anderen Beteiligten herbeizuführen. Es müssen interdisziplinär verschiedene Akteure miteinander kooperieren

und ein gemeinsames Konzept für die Nachbarschaftsentwicklung verfolgen.

Eine Aufgabe des Sozialmanagements kann es sein, mit Hilfe einer Aktivierungsstrategie die soziale Erosion zu verhindern. Dabei müssen die Bewohner aktiviert und in den Verbesserungsprozess involviert werden. Die grundlegende Neuorientierung lässt sich mit den Schlagworten: von der Betreuung zur Befähigung umreißen. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel in der Stadtverwaltung. Zersplitterte Betreuungsverwaltungen sind wenig geeignet, die Fähigkeiten ihrer Klienten zu entdecken und zu wecken. Empowerment und Befähigung müssen stärker in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Praxis rücken. Die Prinzipien der Vorgehensweise des Sozialmanagements sollten folgende sein:

- Die kommunalen und sonstigen Leistungen müssen im Sinne einer Dezentralisierung mit der Verantwortung für die Ausführung näher an die Bewohner herangebracht werden.
- Die Leistungen sollen nach Möglichkeit in der Ausführung, nicht nur in den Stadtteil verlagert, sondern auf bewohnergetragene Organisationen übertragen werden (Wertschöpfung vor Ort).
- Vorhandene Kapazitäten sollen mehrfach genutzt bzw. intensiver bewirtschaftet werden. Dies betrifft bauliche Anlagen (Sportplätze etc.) und Personalkapazitäten.
- Schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen müssen bei einer (räumlichen) Dezentralisierung breitere Zuständigkeiten in der neuen Organisationseinheit des Sozialmanagements zusammengefasst werden.
- Das sehr stark angebotsorientierte Grundverständnis vieler Leistungen muss durchbrochen werden, stattdessen müssen Leistungen und Verbesserungen im engen Kontakt mit den Empfängern konzipiert und teilweise mit ihnen realisiert werden.

Das Sozialmanagement muss darüber hinaus enge Kontakte zu Unternehmen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nutzen, die bereit sind, „Partnerschaften“ für den Stadtteil zu übernehmen. Das Sozialmanagement muss „Drähte“ aufbauen zu Personen, die in der Lage sind, schnell Unterstützungen zu mobilisieren und im Einzelfall Hilfen zu arrangieren. Dabei kann es beispielsweise darum gehen, Ferienjobs für Jugendliche zu vermitteln, einen Transportwagen für Gartenabfälle beim Anlegen von Mietergärten preisgünstig bereitzustellen, oder mit fachlicher Kompetenz beratend zur Seite zu stehen. Partnerschaften können soweit gehen, dass einzelne Familien oder Kinder (z.B. mit mangelnden Deutschkenntnissen) in der Siedlung von kompetenten Personen/Familien von innerhalb oder außerhalb der Siedlung „begleitet“ werden.

1. Die Programme zielen in der Regel auf eine „Soziale Mischung“. Dazu gibt es einen Widerspruch: Die wirtschaftlich besser gestellten Menschen schotten sich oft ab; dies ist kaum zu verhindern und es hat auch niemand den „Anspruch“, neben einem Professor zu wohnen. Der Trend, dass die Besserverdienenden hinaus aufs Land wollen, läßt sich nicht grundsätzlich aufhalten. Die Menschen wollen oft unter sich bleiben. Wenn die Wohnung stimmt und das Wohnumfeld, dann **kann** sich eine Mischung ergeben, ohne dass sie angestrebt werden müsste.
2. Diskutiert werden die Kriterien und das Ziel der Programme: Beides bleibt häufig ungeklärt; es werden dann oft bauliche Investitionen angepeilt- wenn auch stärker als früher mit Beteiligung der BürgerInnen- entscheidend ist aber der Prozess, der mit den BürgerInnen in Gang kommt. Man sollte sich nicht zum Ziel setzen, dass es eine „andere“ Nachbarschaft wird (gemischter, mit besser gestellten Menschen, weniger Arbeitslose usw.), sondern fragen, wie man überforderte Nachbarschaften so, wie sie sind, stärkt. Dies würde einen Vorrang von Investitionen in Menschen gegenüber Investitionen in Bauliches bedeuten.

INGO KOLLIBAY: WIE DIE
ENTSTEHUNG VON PROBLEMEN IN
WOHNGBIETEN MIT IHRER GRÖßE
UND HOMOGENITÄT
ZUSAMMENHÄNGT

Welche Gründe führen zum „Abstieg“ eines Stadtteils, Wohngebiets oder Quartiers? Hier wird versucht, die Gründe in ihrer kausalen und daher auch zeitlichen Reihenfolge rückwärts, ausgehend vom gegenwärtigen problematischen Zustand, darzustellen, nach dem Schema: Das Jetzige wurde bedingt durch das Davorliegende, und dieses wiederum... usw. Die Betrachtungsweise ist bewußt modellhaft und vereinfacht, und nicht bei jedem konkreten Beispiel werden alle hier aufgezählten Mechanismen vollständig anzutreffen sein. Statt dessen sollen diese Thesen Diskussionen anregen.

DER IST- ZUSTAND:

Wenn ein Wohnquartier als „problematisch“ angesehen wird, weist es oft folgende Merkmale auf, die sich gegenseitig noch verstärken:

- Es gibt soziale Probleme: Das Zusammenleben ist gestört, es gibt Aggression untereinander, eine erhöhte Kriminalität, evtl. Suchtprobleme und eine Konzentration von gesellschaftlichen Gruppen mit geringem Ansehen, Minderheiten und Randgruppen.
- Die Wohnlage hat ein geringes Ansehen, ein schlechtes Image.
- Eine Vermietung ist, wenn überhaupt, nur noch an bestimmte Personengruppen möglich.
- Für den oder die Eigentümer ergibt sich eine verminderte Rendite durch teilweisen Leerstand und allgemein aus abnehmender Miethöhe, die auf dem Wohnungsmarkt noch erzielbar ist.
- Aus Geldmangel findet keine Renovierung und Anpassung an neuzeitliche Ausstattungsstandards statt mit daraus resultierender Vernachlässigung.
- Die geringe Bewohneridentifikation führt zu Schmierereien, Müllansammlungen, Vandalismus und Substanzverlust.
- Am Ende stehen gesamtgesellschaftliche Kosten, durch Inanspruchnahme von Förderprogrammen für Rettungs- oder Sanierungsmaßnahmen oder gar den Abriß, wenn der oder die Eigentümer finanziell und fachlich überfordert sind.

DAS ANSEHEN, IMAGE EINES
WOHNGBIETES

Wenn bestimmte Bedingungen und Merkmale vorhanden sind, fällt es leicht, einem Stadtteil oder Wohngebiet eine eigene durchgehende Identität zuzusprechen, es als Ganzes zu stigmatisieren und herunterzureden. Dann findet es sich in einer „Hitliste“ von Stadtteilen schnell in der Rubrik „out“ statt „in“:

- wenn das soziale Ansehen der Bewohner gering ist;
- wenn die Bebauungsstruktur homogen ist;
- wenn das Gebiet sich gegenüber seiner Umgebung leicht abgrenzen läßt, anhand von sich begrifflich dazu anbietenden Strukturen: z.B. zwischen Eisenbahnlinien oder Schnellstraßen oder Gewerbegebieten gelegen. („hinter der Bahn“ o.ä.).

HOMOGENITÄT DER BEWOHNERSTRUKTUR

Sie ist entweder von Anfang an vorgesehen gewesen, z.B. wenn das Quartier für „Notwohnungen“ nach dem letzten Krieg errichtet wurde, oder ergibt sich durch einen gesellschaftlich- wirtschaftlichen Ausleseprozeß über die Jahre:

- nach Wegzug von allen, die sich das leisten können, an andere Wohnstandorte mit höherem Prestige, während die sozial Schwachen dort bleiben;
- oder durch die Belegung von zentraler Stelle aus, bevorzugt mit sozial Schwachen, z.B. durch das Sozialamt einer Stadt oder Gemeinde;
- oder durch die Bevorzugung einer bestimmten Zielgruppe oder Käuferschicht bei der Vermarktung von Eigentumswohnungen, Einfamilienhäusern und ganzen Neubaugebieten. Wenn diese relativ finanzkräftigen und unproblematischen Bevölkerungsgruppen gezielt abgezogen werden, fehlen sie in ihrem bisherigen Wohnumfeld und können dadurch nicht mehr stabilisierend wirken. (Statt dessen wird in Neubaugebieten eine „Monostruktur der Besserverdienenden“ aufgebaut, die unter Umständen für die fernere Zukunft eigene Probleme erwarten läßt.) Prinzipiell erzeugt also jegliches Angebot an Bewohner, in ein Neubaugebiet wegzuziehen, eine Segregationsbewegung. Mit jeder flächenhaften Belegung eines Neubaugebietes beginnt daher die Veraltung des jeweils vorhergehenden Neubaugebietes sowie eine schleichende Herabstufung der Image- Hierarchie aller sonstigen Wohngebiete im gesamten Stadtgebiet.

DIE DURCHGEHENDE IDENTITÄT GROßFLÄCHIGER WOHNGEBIETE

Meist weisen großflächige Wohngebiete eine relativ homogene Gestalt auf, erzeugt durch identische oder ähnliche Strukturierungsmuster, ähnliche Gebäudegröße, Form und Anordnung bzw. Ausrichtung zur Straße oder der Himmelsrichtung. Ursachen hierfür sind meist:

- Eine Gleichzeitigkeit der Planung, bzw. eine Beplanung des gesamten Gebietes auf ein Mal (**ein** Masterplan), erzeugt eine Gleichförmigkeit im Bereich der Struktur und Nutzung.
- Eine geringe Planungstiefe schränkt den Variationsspielraum für spätere Modifikationen der Strukturen und Gestaltungen ein, indem von vornherein unnötig genaue Festlegungen getroffen werden. Statt dessen sollte in verschiedene Planungsebenen gearbeitet werden: Zuerst eine leistungsfähige, belastbare Überstruktur, und später das

Ausfüllen mit verschiedenartigen Füllstrukturen. Dies in der Summe läßt erst die anzustrebende „Vielfalt in der Einheit“ entstehen.

- Die Gleichzeitigkeit der Entstehung, des Bauens, erzeugt Erscheinungsbilder der Gebäude innerhalb eines nur schmalen Gestaltungsspektrums von Architekturmoden. Daher ist eine Homogenität evtl. sogar bis hin zu Gestaltungsdetails feststellbar.

EIGENTUMSSTRUKTUR

Die Großflächigkeit und Gleichzeitigkeit solcher Planungen ist nur möglich, wenn auch einheitliche und großflächige Eigentumsstrukturen für ein späteres Baugebiet gegeben sind, z.B. ein Großinvestor. Umgekehrt betrachtet führt die Bevorratung von Bauland durch Bauträger, Investoren und Banken meist zu einem unnötig großflächigen und gleichzeitigen Angebot von Bauland und einem Vermarktungsdruck im Sinne von Bedarfsweckung, der evtl. auch den tatsächlichen Neubaubedarf übersteigt. Dies kann sogar dazu führen, daß entsprechend dem dargestellten Mechanismus gefährdete Gebiete unnötig früh „hinten runter fallen“.

Großflächige Wohngebiete können auch durch Reaktion auf konkrete Entwicklungen entstehen: Z.B. erzeugt die Ansiedlung eines großen, personalintensiven Gewerbebetriebes oder die Entwicklung eines großen Gewerbegebietes die plötzliche Notwendigkeit von umfangreichem Wohnungsbau. Dieser Wohnungsbau wird dann in relativ kurzem Zeitraum (parallel zur Entwicklung des Gewerbes) und wahrscheinlich von nur wenigen Investoren durchgeführt werden. Z.B. wird die Entwicklung des Gewerbegebietes Nord in Hildesheim entsprechenden Wohnbedarf im Norden Hildesheims und in den Gemeinden Harsum und Giesen erzeugen.

SCHLUßFOLGERUNGEN

Das Ziel verantwortungsvoller Stadtplanung sollte sein, durch Kenntnis der Mechanismen bereits eingreifen zu können, bevor Wohngebiete ihren „Endzustand“, der anfangs dargestellt ist, erreichen, oder besser noch durch frühzeitige Überlegungen zu Größenordnungen von Entwicklungen die beschriebene Abfolge weitestgehend zu vermeiden. Die einhergehende Einsparung von Planungsfolgekosten und Stadtreparaturkosten, wie z.B. die Notwendigkeit der Inanspruchnahme von öffentlichen Sanierungsmitteln, wäre ein grundlegender Beitrag zum Thema Nachhaltigkeit.

Eine Monostruktur einer Siedlung ist so anfällig wie eine Monokultur in der Forstwirtschaft.

Eine gewachsene, kleinteilige, vielfältige und durchmischte Siedlungsstruktur ist so überlebensfähig, wandelbar und nachhaltig wie ein Mischwald.

Lassen Sie uns Mischwälder bauen!

MICHAEL ROTHSCHUH: POTENZIALE
IN NACHBARSCHAFTEN UND
STADTTEILEN ENTWICKELN

Bei dieser Tagung hören wir viel von den Problemen in Stadtteilen, und manchmal, wenn von der "Bronx" in Hildesheim, Wuppertal oder Hamburg die Rede ist, meinen wir, schon vieles zu wissen, auch wenn wir noch nie dort waren. **Ein** Stadtteil, so scheint es, steht für viele.

DIE LANDKARTE IM KOPF VERÄNDERN

Wir haben eine „Landkarte im Kopf“, eine „mind map“ von desolaten Stadtteilen, sagt John Kretzmann, den wir mit dem „Forum für Community Organizing“ bei einer Exkursion nach Chicago kennengelernt haben.

In der Landkarte kommt Kriminalität vor und Gewalt, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit, wir sehen Gangs, Alkohol und andere Drogen, schlechte Wohnverhältnisse, beschmierte Wände, verdreckte Hauseingänge und Vandalismus. Es sind, so Kretzmann, Bilder von bedürftigen, problematischen, defizienten- und wir würden hinzufügen „überforderten“- Quartieren, die von bedürftigen, problematischen und defizienten und überforderten Menschen bewohnt werden.

Die Landkarte, die „need- map“, die Karte der Mängel, Unzulänglichkeiten und Probleme bestimmt, was wir sehen und was wir übersehen, und sie bestimmt, wie wir handeln. Sie bestimmt vor allem, wie wir die Menschen sehen: als Arbeitslose, Bildungslose, Haltlose, Beziehungslose, Identitätslose und zugleich als Störende, als passive Mängelwesen, als Bedürftige, die versorgt, betreut, verändert, aktiviert werden müßten.

Wesentlich aber ist auch: Die betroffenen Menschen übernehmen die Defizit- Sicht oft in ihr Selbstbild.

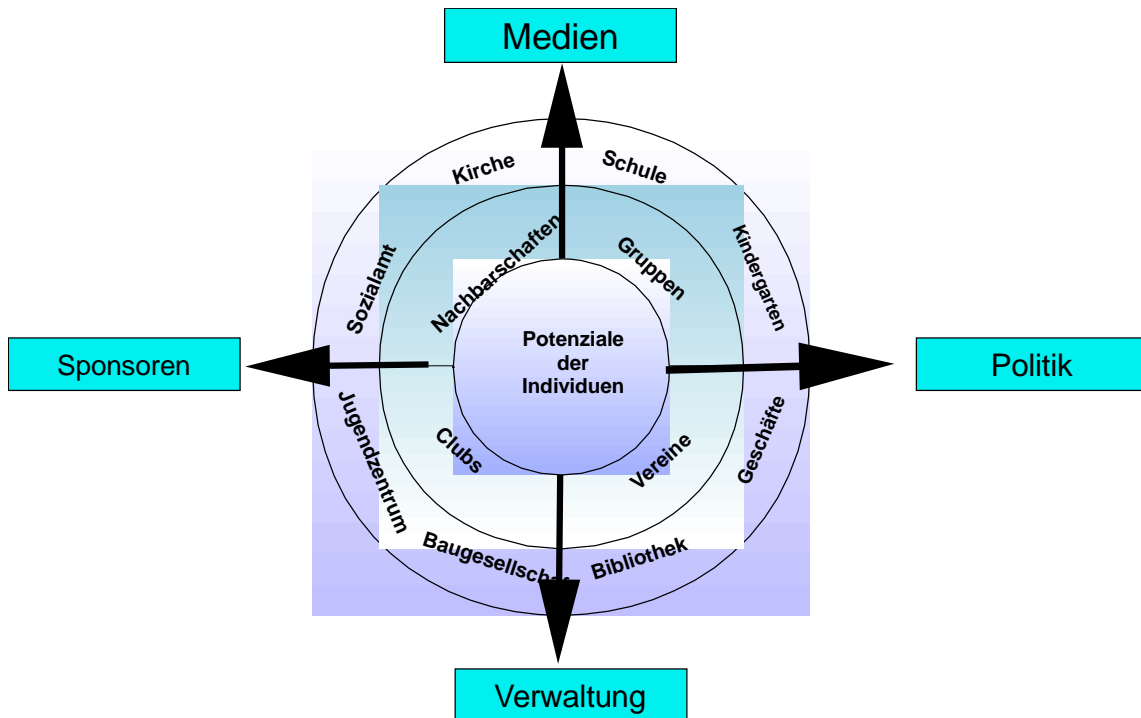
VON AUßEN NACH INNEN

Entwicklung stellen wir uns vor als VON AUßEN – NACH INNEN.

Politik, Soziale Arbeit und Stadtplanung handeln und gehen dann (vielleicht)in den Stadtteil, um die Bewohner „einzubeziehen“, an den Themen der Politik zu „beteiligen“.

Die Landkarte im Kopf bestimmt unser Handeln und unsere Politik, die Ansätze zur Kontrolle mittels Polizei, die geringe Bereitschaft z.B. von Geschäften, sich dort anzusiedeln, und zugleich die unendlich vielen Hilfsprogramme, die immer wieder voraussetzen, dass man zunächst den Stadtteil und die Menschen „schlecht redet“, um Steuergelder für sie - oder auch für die eigene Arbeit mit ihnen- einzuwerben. Viele Anträge für Programme der „sozialen Stadt“ sind ein deutliches Beispiel dafür.

Hilfe aber, die nur von außen kommt, macht abhängig und passiv. Mit der Definition der Probleme wird determiniert, wie sie angegangen werden, nämlich durch defizit- orientierte Politik, Wissenschaft und Soziale Arbeit..



John Kretzmann hat eine ungewohnte und zugleich „frohe Botschaft“ für uns: Dies alles ist die Landkarte, die wir in unserem Kopf haben, sie spiegelt einen Teil der Wahrheit wider, aber wir nehmen sie für die ganze Wahrheit. Wir können umdenken; es stimmt: das Glas ist halb leer, aber es ist auch halb voll.

Wir können eine Landkarte entwickeln, in der die Aktivposten, die „assets“ einer Community, eines Stadtteils, eines sozialen Zusammenhangs verzeichnet sind. Denn auch in diesen Stadtteilen haben die Menschen Talente, Wissen, Kraft, Mut, Kompetenzen, gibt es Vereine und informelle Gruppen, gibt es kulturelle Aktivitäten, und lokale Institutionen und Geschäfte. Und wenn wir sie entdecken und nutzen, gibt es einen anderen Weg, den Aufbau des Stadtteils und der Gemeinschaft VON INNEN NACH AUSSEN, es geht um „Building Communities from the Inside Out“.

Kretzmann weiß genau um die Probleme der Stadtteile, er kennt den Verlust der industriellen Jobs in den Großstädten, womit die klassischen Chancen zur Integration in die Stadt von formal wenig qualifizierten Menschen, Jugendlichen, ebenso wie von Migrantinnen und Migranten, weggebrochen sind; er benennt die Kürzung sozialer Leistungen.

Sein Augenmerk gilt gerade den so entstandenen verwüsteten und verwahrlosten Stadtteilen. Ihn interessieren die behinderten Menschen, die Jungen und Alten, die Sozialhilfeempfänger, die „Strangers“ in den Nachbarschaften. Und er glaubt an die Kraft einer starken Community, sie als Teil einer aktiven Nachbarschaft zu integrieren.

Aber der auf die Mängellagen beschränkte Blick der Menschen auf die Stadtteile fesselt die Fähigkeiten, Talente und Kapazitäten der Menschen und der Stadtteile. Ihm geht es darum sie freizusetzen, die Aktivposten von Individuen und Nachbarschaften miteinander zu verbinden.

DIE POTENZIALE ERFORSCHEN

Kretzmann hat Studentinnen und Studenten losgeschickt, die bei lokalen Schlüsselpersonen nach „success stories“ gesucht haben. Sein Buch ist die systematisierte Zusammenstellung solcher Geschichten erfolgreicher Entdeckung und Mobilisierung von Ressourcen und Chancen.

DER WEG DER VERÄNDERUNG

Der Motor der Entwicklung sind vor allem die „one-to-one- Gespräche und -Beziehungen zwischen den Menschen. Zuerst gilt es darum, die Kapazitäten der Individuen freizusetzen.

KAPAZITÄTEN WAHRNEHMEN

„Hallo, ich komme von der ABCD“, heißt es an der Haustür oder am Telefon, „Wir reden mit den Menschen, die hier wohnen, über ihre Fähigkeiten. Mit diesen Informationen möchten wir den Menschen helfen, zu einer Verbesserung der Nachbarschaft beizutragen, Jobs zu finden oder ein eigenes Geschäft anzufangen.“

Und dann wird nach Fähigkeiten gefragt, egal ob sie in der Familie, im Haushalt, in der Kirche, der Community oder im Job erworben sind. Denn jeder hat Kapazitäten, Fähigkeiten und Talente. Wenn diese genutzt und ausgedrückt werden, so Kretzmann, fühlen sich die Menschen geschätzt, voller Power und gut verbunden.

Talente können sein: das Sorgen für Kranke oder Kinder; der Umgang mit dem Computer; Reparaturen, Renovierungen, Anlage von Gärten; Kochen für größere Gruppen, Musizieren usw. .

Weil Menschen ihre Fähigkeiten am besten selbst einschätzen können, werden sie gefragt „Welche Fähigkeiten sind gut genug, dass andere Leute etwas dafür zahlen würden, oder welche würden Sie gerne anderen vermitteln?“.

Diese „Inventur“ der individuellen Kapazitäten ist der erste Schritt eines geplanten Prozesses, der dann zur Verknüpfung der Kapazitäten führt, z.B.: „Haben sie mal daran gedacht, ein Business, ein Geschäft, eine Beschäftigung damit zu beginnen?“.

PARTNER FINDEN

Der zweite Schritt ist die Eruierung potenzieller Partner, der dritte die Verbindung von Partnern, indem Beziehungen geknüpft werden. All dieses geschieht immer wieder durch Gespräche vor Ort mit den Menschen.

Es sollen Menschen zusammen gebracht werden, also nicht, wie wir es eher kennen: zu einer Versammlung eingeladen werden, die jemand „von oben“ geplant hat.

NETZE BILDEN

So entsteht ein lebendiges Netz von eins-zu-eins-Beziehungen. Das Buch beschreibt eine Vielfalt von gelungenen Partnerschaften, zwischen Jugendlichen und den lokalen Geschäften, zwischen Behinderten und Künstlern, zwischen Wohlfahrtsempfängern und Schulen usw..

Vereinigungen, seien es formelle Organisationen und Vereine, oder seien es informelle Gruppen von Menschen, die eine Vision und ein gemeinsames Ziel haben, sind Verstärker der Talente und Fähigkeiten der individuellen Mitglieder eines Stadtteils. Für Kretzmann sind sie das grundlegende Werkzeug, um starke Nachbarschaften und Quartiere zu bilden und die Demokratie wirksam zu machen.

Und auch die lokalen Institutionen, wie Büchereien, Schulen, Polizei und Sozialstationen haben unentdeckte Potenziale für den Aufbau der Community.

NACHBARSCHAFTEN RE- KONSTRUIEREN

So kann auch die lokale Ökonomie wieder aufgebaut werden. „Asset-based-community-development“ ist kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, aber Arbeit und Einkommen entstehen in diesem Prozess. Dabei werden die Ressourcen der Institutionen und Organisationen phantasievoll genutzt. Diese haben oft keine ökonomischen Zielsetzungen, wohl aber ökonomische Möglichkeiten: Kirchengemeinden können im Stadtteil ihre Materialien und Dienstleistungen einkaufen, Schulen können Menschen aus dem Stadtteil ausbilden, trainieren und für einzelne Vorhaben einstellen, Sportvereine können Plätze herrichten und gestalten, Mietergruppen Renovierungen durch Menschen aus dem Stadtteil vornehmen lassen.

Aus den Entdeckungsreisen zu den „assets“, dem Knüpfen von vielfältigen lebendigen Beziehungen und der Aktivierung von ungenutzten Potenzialen resultiert die Mobilisierung der ganzen Community. Diese Mobilisierung ist der Hebel, um Außenressourcen zu beschaffen, die die lokal angetriebene Entwicklung unterstützen können.

UNTERSTÜTZUNG VON AUBEN BESCHAFFEN

Kretzmann will die Leistungen von außen nicht reduzieren, er entwirft kein Sparprogramm für den Staat; auswärtige Ressourcen sind für ihn insbesondere in Stadtteilen mit niedrigem Einkommen essentiell für den Erneuerungsprozess. Aber innere Kapazität muss sich zuerst entfalten, bevor auswärtige Ressourcen Wirkung zeigen können. Auswärtige Ressourcen, die das Potenzial der lokalen Bürgerschaft dominieren, schwächen den Entwicklungsprozess mehr, als dass sie ihn verstärken.

MÖGLICHKEITEN AUFZEIGEN

Dies bedeutet eine neue selbstbewusste Position des Quartiers gegenüber den Geldgebern, seien es die Stiftungen oder die Regierungen: der Weg zur Geldbeschaffung geht nicht mehr über die dramatische Darstellung von Mängeln sondern über das Aufweisen von Möglichkeiten.

Dabei muss der Staat seine Rolle verändern, indem er den Definitionen und Lösungen in der Kommune folgt und in sie investiert.

Nicht um „Bürgerbeteiligung an der Regierung“ geht es, sondern um Regierungsbeteiligung an den Initiativen der Bürger.

AMERIKA UND EUROPA

Man kann Kretzmans Ansatz nicht eins zu eins übertragen. Er ist „amerikanisch“, weil er bei aller Gesellschaftskritik auf dem Grundglauben aufbaut: „Wer was kann, kann was werden“. Das Ziel ist für die Amerikaner mehr als für uns Unabhängigkeit. Armut ist deshalb vorwiegend definiert als „dependency“, als Abhängigkeit; als Schreckgespenst gilt in Wissenschaft und Politik „welfarisation“. Deshalb ist es besser, für wenig Geld zu arbeiten, als zum Wohlfahrtsempfänger zu werden.

In Kontinentaleuropa geht es stärker um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Armut wird definiert als zu geringes Versorgungsniveau. Arbeit zu ungerechten Löhnen und Bedingungen wird eher abgelehnt als in den USA; für Sozialhilfe gibt es einen Rechtsanspruch und das Herauskommen aus der Abhängigkeit vom Sozialamt ist nicht für alle erstrebenswert.

Zudem kommen wir (und auch Kretzmann) aus der Spannung nicht heraus: Geld und Kraft gibt man nur, wenn man etwas als „not-wendig“ ansieht; dies gilt für Individuen ebenso wie für den Staat oder Sponsoren. Deshalb müssen wir auch immer von Defiziten, von „“ reden. Aber zugleich gilt: Verändern können Menschen sich und etwas nur mit ihren Potenzialen, ihren Talenten und Fähigkeiten, mit ihren assets. In diesem Spannungsverhältnis kommunizieren und agieren wir und müssen es aushalten.

BLICKRICHTUNG VERÄNDERN

Aber es gibt viel daraus zu lernen.

Wir sollten in der Stadtentwicklung, der Sozialen Arbeit und ihrer Wissenschaft - über alle verbalen Bekenntnisse zum „Empowerment“ und „Ressourcenorientierung“ hinaus - die Blickrichtung verändern und nicht vorrangig die Mängel, sondern die Aktivposten, die Kapazitäten und Möglichkeiten ins Auge fassen.

Die Geschichten aus den Stadtteilen selbst sind für uns nicht so außergewöhnlich. Auch bei uns gibt es Projekte in den Nachbarschaften, die von den Stärken der Menschen und Stadtteile ausgehen die „von innen nach außen“ entwickelt werden.

Bei dieser Tagung lernen wir eine Fülle von Potenzialen in den Stadtteilen kennen. Wir nehmen auch wahr, dass sie sich durch ihren Gebrauch vermehren. Die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen sind ein „soziales Kapital“, das die Power, die Macht der Menschen und der Stadtteile vermehren kann.

Aber unsere Aufmerksamkeit ist oft eng verknüpft mit Förderprogrammen und „Maßnahmenkatalogen“. Manche Städte entdecken ihre soziale Seite, seitdem es ein Bund- Länder- Programm „Soziale Stadt“ und damit den Zugang zu neuen Geldquellen gibt; und dabei hat die meisten Chancen für Fördermittel, wer seinen Stadtteil am negativsten darstellen kann.

Wir reden von „Quartiersmanagern“ und „Stadtteilmanagern“. Ihre Aufgabe scheint es zu sein, die erkannten Probleme und Bedürfnisse, die „needs“ und ihre Bewältigung zu „managen“, in den Griff zu bekommen.

Aber wenn wir die need-map gegen die asset-map austauschen, gilt:

PFADFINDER ZU DEN POTENZIALEN DER MENSCHEN

Wir brauchen Menschen, die die Potenziale aufspüren, die vorhanden sind, ihnen nachspüren, Pfade zu den Potenzialen, und das heißt zuvörderst zu den Menschen selbst finden.

Wie lernen wir- und wie lernen unsere Absolventinnen und Absolventen-, Aktivposten der Individuen, Nachbarschaften und Stadtteile zu erkennen, freizusetzen, miteinander zu vernetzen? Wie lernen wir die Mobilisierung von Nachbarschaften von innen?

Diese Art von sozialen Pfadfindern, Arbeiterinnen am Sozialen, Quartiersmanager oder auch Organizern sind sicherlich kein automatisches Produkt von sorgfältig ausgefeilten Curricula. Aber ihre Qualitäten der zuhörenden, verstehenden und vermittelnden Kommunikation mit Menschen verschiedenster Milieus und Kulturen, der produktiven Offenheit und Fähigkeit zur Strukturierung, der Kompetenz zum effektiven Arbeiten mit politischen und gesellschaftlichen Strukturen eines Stadtteils, sind auch keine Eigenschaften, die angeboren sind oder vom Himmel fallen.

Alinsky, der Vater des elaborierten Community Organizing, betont einerseits die zentrale Bedeutung von Erfahrung.

Einen, wie Alinsky sagt, "large body of experience" schaffen wir, indem wir über unsere gewohnten Erfahrungsräume und zugleich unsere gewohnten Blickweisen hinausgehen.

Lernen geschieht in der Kommunikation und in der bewußten Begegnung verschiedener Erfahrungsräume.

Aber andererseits ist Erfahrung dabei mehr als die bloße Ansammlung von Erlebnissen; Geschichten bleiben Happenings, wenn sie nicht verdaut werden. Und, man könnte hinzufügen: Das Ergebnis von Verdauung ist immer zweierlei: Shit, den der Körper ausscheidet und Energie, die ihn lebendig macht. Es ist sicher ratsam, beides voneinander zu unterscheiden.

Diese Verdauung ist auch Aufgabe von Ausbildung und Wissenschaft. Ein kleiner Schritt dazu ist diese Tagung.

QUELLEN UND HINWEISE

John P. Kretzmann, John L. McKnight: Buiding Communities from Inside Out, Chicago/ Evanston 1993 (www.nwu.edu/IPR/publications)

FOCO (Hg.) Forward to the roots... Community Organizing in den USA- eine Perspektive für Deutschland?, Bonn/ Düren, 1996

Rothschuh, Michael, 2001: Soziale Beziehungen stiften- Quartiersmanagement aus der Sicht der Sozialen Arbeit, in: Jordan/ Peter (Hrsg.), Im Dickicht der Städte, Soziale Praxis Heft 22, Münster, S. 29ff.

Zu Community Organizing und FOCO: www.casa-luz.de

Stiftung Mitarbeit: www.mitarbeit.de/Publikationen/pub_index.html

Internet- Forum für Stadtteilarbeit: www.stadtteilarbeit.de

Saul Alinsky, Anleitung zum Mächtigsein, Neuauflage 1999, Göttingen, über Alinsky: www.gn.apc.org/pmhp/dc/activism/salinsky.htm

Einen umfassenden Überblick zu „Community Building“ geben Kingsley, McNeely, Gibson: Community Building Coming of Age, in: www.urban.org/community/combuild.htm.

In Deutschland ist vom Deutschen Institut für Urbanistik zum Bund-Länder- Programm „Soziale Stadt“ die Internet-Site www.sozialestadt.de aufgebaut, mit Datenbank einem Diskussionsforum.

Saul D.Alinsky, The Education of an Organizer, in FOCO –Rundbrief, 18/1999

AUS DER DISKUSSION

1. Wir haben in unserem eher korporatistischen System ein anderes Verhältnis zur Selbstorganisation als die Amerikaner. Armutsgebiete sind hier bereits bei ihrem Aufkommen vor 100 Jahren zum Zielort für Sozialarbeit geworden. Nachdenken müssen wir über die Rolle des Staates: Was muss er beherrschen, regulieren und steuern können?
2. Der Ort des Quartiersentwicklers oder Gemeinwesenarbeiters ist nicht so eindeutig, weil die Interessen im Stadtteil nicht einfach nach „oben“ und „unten“ zu sortieren sind. So kann es gemeinsame Positionen von Bewohnern und Einzelhändlern beim Erhalt von Läden geben und zugleich gegensätzliche Interessen zwischen ihnen, wenn es um Parkplätze geht. Mieter und Baugesellschaften sind sich beim Verdrängen von Problemmieterparteien einig, aber im Streit um Nebenkosten streiten sie sich. Die Quartiersmanager sind nicht zwischen den Polen „Bewohner“ und „Verwaltung“ hin und her gerissen, sondern müssen situativ unterschiedliche Moderationsfunktionen übernehmen.
3. Der Stadtteilarbeiter muss oft „unehrlich“ sein, d.h. in der kommunalen Szene den Stadtteil defizitorientiert darstellen. Wohnungsbaugesellschaften z.B. zahlen nur, wenn es brennt- und andererseits muss er den BewohnerInnen gegenüber die Potenziale und Stärken hervorheben.
4. Entwicklung von „innen“ und „außen“ stehen nicht so gegeneinander: Es ist ein dialektischer Prozess: Wir müssen die Stärken der BewohnerInnen sehen und diese stärken. Aber wenn Kinder hungrig in die Schule kommen, müssen wir versuchen die Eltern zu überzeugen, dass es sinnvoll ist, dass die Kinder frühstücken; oder wir versuchen, es mit der Nachbarschaft kommunikativ zu regeln. Aber wir müssen auch von „außen“ in die Familien hineinwirken. Zwischen beidem, „von innen“ und „von außen“ müssen wir Balance halten.“

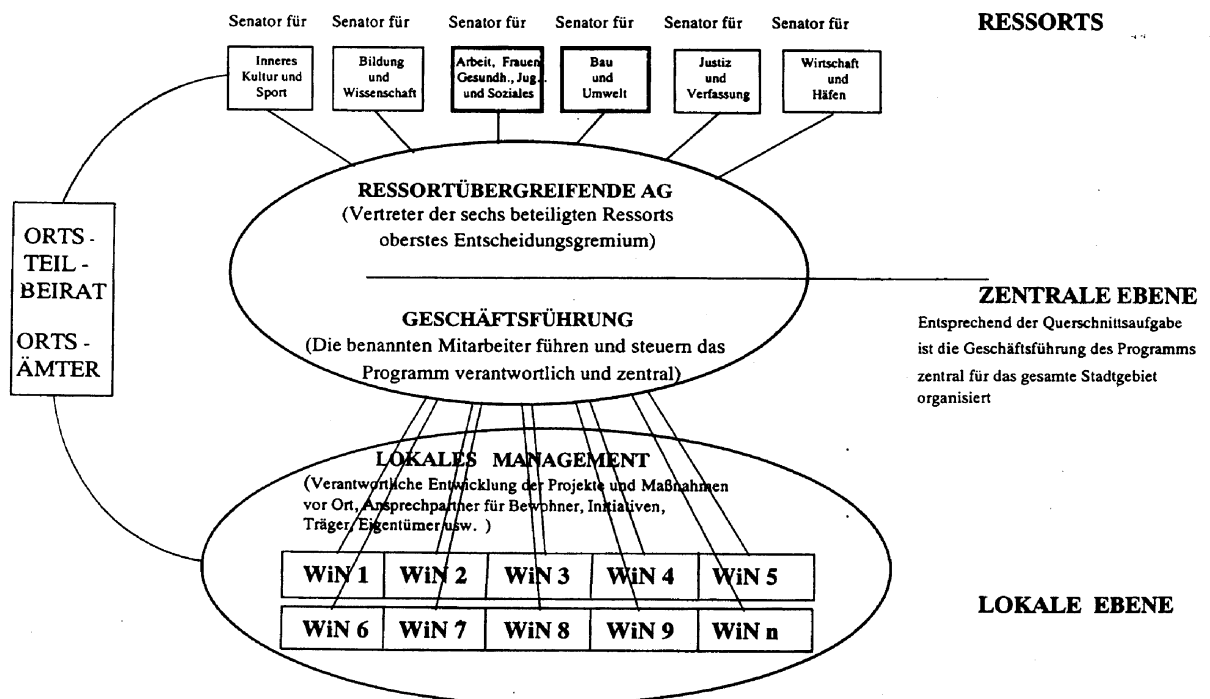
TEIL 2: BEISPIELE FÜR (HOFFENTLICH) GELINGENDE PRAXIS

Die Grundlage zur Erarbeitung eines neuen Handlungskonzepts der Quartiers- und Stadtentwicklung in ausgewählten Gebieten der Stadt Bremen waren die positiven Erfahrungen mit gezielt ausgerichteten Stadterneuerungsverfahren und erprobten ressortübergreifenden Handlungsansätzen zur Entwicklung von Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus seit Mitte der 80er Jahre.

So wurde dann von den vom Senat federführend beauftragten Ressorts „Bau und Umwelt“ und „Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales“, in Abstimmung mit den übrigen Ressorts der Stadt Bremen, am 8.12.1998 ein Handlungskonzept zur Durchführung des Programms WiN vom Senat der Freien Hansestadt Bremen beschlossen. Das Programm WiN ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklungspolitik für die Stadt Bremen.

Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“

31.05.00



Wichtiger Bestandteil des Senatsbeschlusses zur Durchführung des Programms WiN ist die Förderung einer ressortübergreifenden Sichtweise von Lebenslagen der Bevölkerung in ausgewählten Wohngebieten.

Die Erprobung von integrierten Handlungsprogrammen mit Beteiligung verschiedener Ressorts gehört zum langfristig angelegten politischen Konzept zur Entwicklung von städtischen Räumen und Wohnquartieren.

Ein weitere wichtiger Fokus ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung, Verabschiedung und Durchführung der Projekte und Maßnahmen und die Förderung von selbstorganisierten Aktivitäten. Die bisher gemachten Erfahrungen haben wichtige Erkenntnisse geliefert für das derzeit erarbeitete Konzept der „Bürgerstadt“ im Sinne einer „Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene“. Der Weg zur Bürgerstadt wird als Prozess mit doppelter Zielsetzung begriffen,

- zum einen geht es um die Gewinnung und Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger für ihre eigenen Belange sowie um geeignete Formen der Bürgerbeteiligung, Bürgernetzung und Bürgerselbstorganisation,
- zum anderen aber auch um die Öffnung der kommunalen Verwaltung, ihre Weiterentwicklung von einem Dienstleistungsunternehmen zu einer Bürgerstadt, die sich von einem Dienstleistungsproduzenten zu einem „Gewährleister“ kommunaler Strukturen wandelt und dazu eine
- neue Kultur des Dialoges mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt.

Um dem Leitbild einer Bürgerstadt näher zu kommen, sind vorab jedoch veränderte Sicht- und Handlungsweisen aller Beteiligten notwendig:

Die Verwaltung sollte erkennen, dass auch ein hoher Grad an Fachkenntnis nicht automatisch zu Maßnahmen und Problemlösungen führt, die dem Bedarf entsprechen, situationsadäquat sind und akzeptiert werden. Vielmehr sollte sie ihren Fach- und Sachverstand den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik zur Verfügung stellen, alternative Entscheidungsmöglichkeiten aufzeigen und dann gemeinsam mit den anderen Beteiligten nach Lösungen suchen.

Die Politik sollte erkennen, dass auch die allgemeine demokratische Legitimation durch Wahlen nicht in jeder konkreten Lage zur richtigen Entscheidung führt. Vielmehr sollte sie versuchen, auch einzelne Maßnahmen vorab mit den Beteiligten zu erörtern, um Gemeinwohl und Gruppeninteressen in einen Ausgleich zu bringen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollten erkennen, dass eine nur kommentierende „Zuschauerdemokratie“ nicht dazu führt, unsere Städte lebenswert zu gestalten. Vielmehr ist es notwendig, sich in einzelne Themen einzumischen, Interessen transparent zu formulieren, notfalls auch selbst mit anzupacken.

- ⇒ Die allgemeinen Wohn- und Lebensbedingungen in den Quartieren unter Berücksichtigung der spezifischen Belange, zum Beispiel von jungen Menschen und Frauen verbessern;
- ⇒ das Engagement und die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an der Quartiersentwicklung und ihre aktive Mitarbeit an Vorhaben und Projekten durch Mitwirkungsrechte, zum Beispiel in „lokalen Foren“ fördern und unterstützen;
- ⇒ die zielorientierte, organisationsübergreifende Zusammenarbeit der lokalen und regional zuständigen Partner durch die Festlegung von Handlungsfeldern und die Bereitstellung von Finanzierungshilfen (Ergänzungsfinanzierung) für einzelne Vorhaben und Projekte unterstützen;
- ⇒ einen Wettbewerb der Ideen, Konzepte und die Stärkung der Eigeninitiative fördern;
- ⇒ einen wirksamen Einsatz von Mitteln durch die Bündelung von lokalen und/oder regionalen Initiativen, Trägern, Wohnungsbaugesellschaften, Einrichtungen und Diensten zur Realisierung von Vorhaben erzielen,
- ⇒ Investitionen Dritter anregen, zum Beispiel privater Eigentümer, um damit einen Multiplikatoreffekt der eingesetzten öffentlichen Mittel zu ermöglichen.

KRITERIEN DER GEBIETSAUSWAHL

Der Auswahl der Gebiete lagen Kriterien zur sozialen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Situation zugrunde. Sie basieren auf Untersuchungen im Rahmen von Sanierungsvorhaben, auf Auswertungen von laufenden Nachbesserungsprojekten in Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus der 60er und 70er Jahre oder auf ressortbezogenen Erhebungen, Problembeschreibungen und Problemanalysen.

Bei der Gebietsauswahl sind folgende Einzelmerkmale berücksichtigt worden:

- Sozialhilfedichte und Arbeitslosigkeit; Abhängigkeit von Transfereinkommen,
- Wohnungsangebot und Situation im Wohnungsbestand/ Wohnungsbelegung,
- Stabilität der Bewohnerstruktur/ Fluktuation,
- Besondere Belastung durch gewaltsame Konflikte, Kriminalität, Vandalismus,
- spezifische Problemlagen von Gruppen wie z.B. alleinerziehenden Frauen, Kindern und Jugendlichen, ethnischen Minderheiten, Migrantinnen und Migranten,
- Qualität des sozialen, kulturellen, bildungs- und freizeitbezogenen Infrastrukturangebots,
- Nutzungsqualität des öffentlichen und privaten Freiraums, der Grün- und Spielflächen.

FÖRDERKRITERIEN

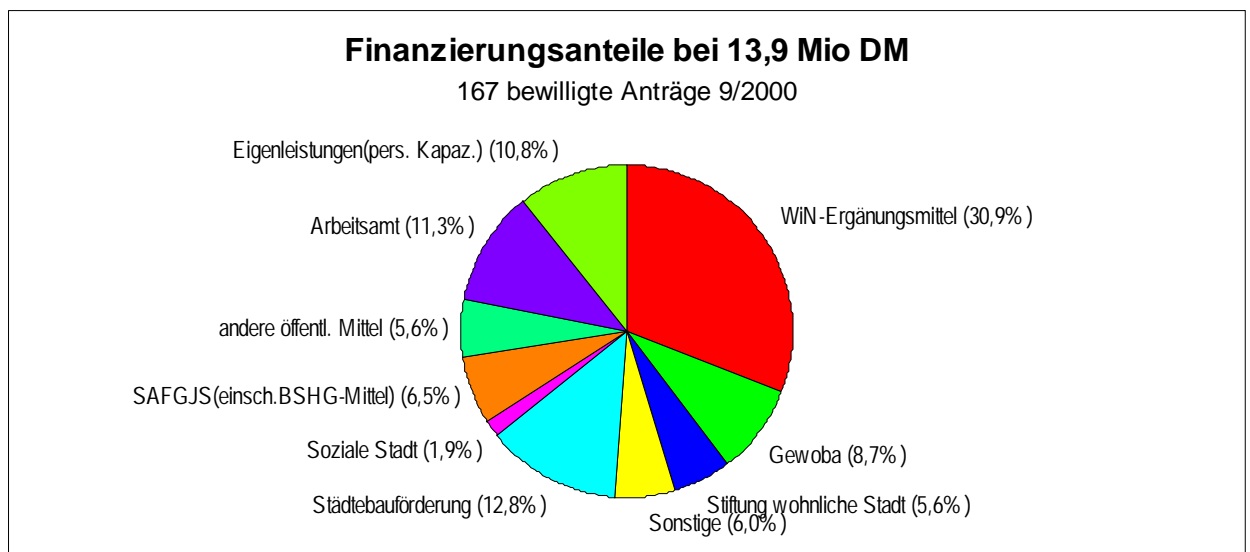
Die Vorhaben im Rahmen des Programms WiN müssen in die Entwicklung der Quartiere eingebunden und an den jeweiligen lokalen Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten orientiert sein. Damit können grundsätzlich nur neue gebietsbezogene Einzelvorhaben/ Projekte und entsprechend Kosten zur Realisierung dieser Vorhaben/ Projekte gefördert werden. Daraus resultiert:

- * Förderung von Mitwirkungsrechten und Beteiligungsformen/ Aktivierung,
- * Stützung von lokaler Selbsthilfe/ Selbstorganisation,
- * Zusammenarbeit der lokalen/ regionalen Partner,
- * Bündelung von personellen und finanziellen Ressourcen,

Weitere Anforderungen, die erfüllt werden müssen, sind eine verantwortliche Trägerschaft - dies einschließlich der Ausweisung von geplanten Kooperationen und Vernetzungen - sowie die Absicherung der Grundfinanzierung durch den Projektträger (mind. 50% der Gesamtkosten). Des weiteren müssen die Projekte:

- * innovativ sein, d.h. neue Vorhaben oder ggf. Regelaufgaben müssen mit deutlichen Synergieeffekten einhergehen;
- * integrativ sein: Bündelung von Programmen (z.B. Verknüpfung mit Beschäftigung und Qualifikation, „Arbeit in die Gebiete“) sowie ressortübergreifende Ansätze (z.B. zur Förderung der Prävention);
- * langfristig angelegt sein, d.h.: gefördert werden zusätzliche Vorhaben im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur, insbesondere in Einrichtungen, deren Angebote und Aktivitäten langfristig abgesichert sind.

FINANZIERUNG



Der Finanzierungsumfang des Programms beträgt 6 Mio. DM jährlich, der sich in eine Grund- und eine Ergänzungsfinanzierung unterteilt. Die

Ergänzungsfinanzierung des Programms in Höhe von 3 Mio. DM jährlich wird gemäß Senatsbeschluss in die mittelfristige Haushaltsplanung eingestellt. Das Programm ist (derzeit) auf 6 Jahre angelegt und gilt für den Zeitraum von 1999 bis 2004.

Als Grundfinanzierung stellen die Ressorts oder Dritte (z.B. Stiftungen, freie Träger sozialer Einrichtungen, Unternehmen) investive und oder konsumtive Mittel zur Verfügung. Als konsumtive Mittel können auch Personalkosten angerechnet werden, deren Höhe in einem Honorarkatalog festgelegt wurde. Ebenso können auch die Kosten eingesetzter ABM-Stellen oder Stellen nach § 19 BSHG angerechnet werden. Um Mittel aus der Ergänzungsfinanzierung des Programms WiN erhalten zu können, müssen über die Grundfinanzierung mindestens 50% der jeweiligen Gesamtkosten für die einzelnen Maßnahmen abgesichert sein. Die maximal 50%ige Ergänzungsfinanzierung aus dem Programm ist sowohl investiv als auch konsumtiv einsetzbar.

ARBEITSSTRUKTUREN AUF DER LOKALEN EBENE

Auf der lokalen Ebene wird im Rahmen des Programms in lokalen Foren bzw. Stadtteilgruppen gearbeitet. Vertreten sind in den lokalen Foren Bewohner/innen, Fachkräfte der Einrichtungen und Dienste, Vertreter der Initiativen, der Eigentümer und Wohnungsverwaltungen und der kommunalpolitischen Ebene. In den Foren werden in öffentlichen Sitzungen im Gebiet die vorgeschlagenen Projekte diskutiert und im Konsens über die Vergabe des sogenannten WiN-Gütesiegels entschieden. Dieses Votum und die Vergabe des Gütesiegels sind Voraussetzung für die abschließende Bewilligung der WiN-Fördermittel (Ergänzungsfinanzierung) durch die Ressortübergreifende Arbeitsgruppe WiN. (Vertretungen aller Senatsressorts)

Die Aufgabe des Quartiersmanagements und der Moderation der lokalen Foren wird von den WiN-Koordinatoren wahrgenommen. Zur personellen Absicherung dieses Quartiersmanagements sind Fachkräfte des Amtes für soziale Dienste, des Stadtplanungsamtes und Beauftragte des Amtes für Wohnungs- und Städtebauförderung eingesetzt worden.

Zielsetzung innerhalb des Quartiersmanagements ist in erster Linie, Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren und die organisationsübergreifende Projektentwicklung und Förderung der lokalen Zusammenarbeit – Bündelung der Ideen und Ressourcen- zu unterstützen. Maßnahmenbezogene Partnerschaften, vor allem mit den privaten Wohnungsunternehmen oder in Zusammenarbeit mit lokalen Einzelhändlern und Firmen, ermöglichen eine Integration von Zielsetzungen der Quartiersentwicklung und eine Nutzung der vorhandenen Ressourcen für einzelne Vorhaben und Projekte.

ARBEITSSTRUKTUREN AUF DER ZENTRALEN EBENE

Zur Steuerung und Umsetzung des Programms wurde von den sechs beteiligten Ressorts eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe WiN gebildet, die auf der Grundlage des durch die lokalen Foren erteilten WiN-

Gütesiegels abschließend über die Vergabe der Fördermittel auf Einzelantrag entscheidet.

Des Weiteren kommen der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe WiN zentrale Steuerungs- und Begleitfunktionen zu.

Die von den federführenden Ressorts gebildete Geschäftsführung WiN bearbeitet Grundsatzfragen und bereitet die Entscheidungen der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe WiN vor.

Ebenso ist sie verantwortlich für das finanzielle Controlling, die Erteilung der Bewilligungsbescheide und die verwaltungsmäßige Abwicklung des Programms WiN.

VERANKERUNG DES
WOHNGEBIETSBEZOGENEN
HANDLUNGSANSATZES BEI BÜRGERINNEN
UND BÜRGERN

Wichtig für die Umsetzung sowie die Vermittlung der Handlungskonzepte von Politik und Verwaltung, hin zu den Bewohnern der Quartiere, sind die lokalen Foren und Stadtteilgruppen im Rahmen des WiN Programms.

Flankiert wird dieser Prozess noch zusätzlich durch die Einrichtung von kleinräumiger organisierten Bewohnerplanungsgruppen zu einzelnen Vorhaben.

Dadurch wird versucht, das Interesse unterschiedlicher Gruppen der Bewohnerschaft anzusprechen und sie aktiv in die Quartiersentwicklung einzubeziehen.

Die Entscheidungsmitverantwortung der Bewohner bei der Vergabe des WiN Gütesiegels hat sowohl die Bewohner aktiviert als auch die Bürgerorientierung der zuständigen Ämter verstärkt.

Faktisch beschränkt sich die aktive Mitarbeit der Bewohner als Experten für ihren Lebensraum zwar nur auf einen quantitativ kleinen Teil der Wohnbevölkerung, allerdings kann Qualität und Wirkung der Bewohnerbeteiligung nicht allein am quantitativen Umfang der Beteiligung gemessen werden. Es ist daher auch immer von Seiten des Quartiersmanagements zu überlegen, inwieweit für Einzelthemen eine unmittelbare „Betroffenenbeteiligung“ das geeignete Instrument ist, da bestimmte Vorhaben (von der Thematik her bzw. vom räumlichen Bezug her) auch eher nur für bestimmte Teile der Bevölkerung interessant sind. So werden beispielsweise Probleme der Sauberkeit oder der Müllentsorgung von bestimmten Bevölkerungsgruppen artikuliert und diese sind dann auch eher bereit sich zu engagieren.

Fazit aus den bisherigen Erfahrungen im Programm: „Wohnen in Nachbarschaften“:

- * Investitionen in Menschen haben Vorrang
- * Lösungen für Probleme kommen eher von unten als von oben
 - * Projekte haben Vorrang vor Plänen
- * Verlässlichkeit (Ziele) und Nachhaltigkeit (langer Atem) sind Voraussetzungen für erfolgreiche Programme
- * Selbstbewusstsein und Eigeninitiative „vor Ort“ sind zu stärken
- * Projekte erfordern professionelle Steuerung (Effektivität und Bündelung des Mitteleinsatzes sichern !)
 - * Projekte benötigen die persönliche Verantwortung der Akteure

GISELA MATTERN: AUF DEM WEG
ZUR BÜRGERBETEILIGUNG BEI DER
STADTENTWICKLUNG: HANNOVER

EINLEITUNG

Um über Hannovers Weg zur Bürgerbeteiligung sprechen zu können, muss ich mit Ihnen zunächst einen Schritt zurück in die Vergangenheit gehen.

Ein neues Leitbild wie z.B. das der „sozialen Stadt“ entsteht nie über Nacht, es sind übrigens auch früher nicht nur falsche Ziele verfolgt worden. Es ist vielmehr so, dass sich jeweils neue Schwerpunkte bilden; manche Ziele haben an Gewicht verloren, einige sind neu dazu gekommen.

Die Stadt Hannover hat eine lange Tradition in verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung. Ich werde mich auf zwei Beispiele aus der Stadtentwicklung beschränken, Beispiele an denen sich die Veränderung von Zielvorstellungen gut erläutern lässt:

- * das ist einmal die Sanierung in Hannover Linden Süd und Linden Nord, wo das Leitbild der „erhaltenden, sozialorientierten Stadterneuerung“ entwickelt wurde. (Ich habe Linden Nord als zuständige Baurätin zehn Jahre betreut.);
- * zweitens das vor zwei Jahren förmlich festgelegte Sanierungsgebiet Vahrenheide Ost, das auch als Modellvorhaben für die „Soziale Stadt“ läuft (hier wurde von mir längere Zeit ein VHS Kurs mit Bürgern betreut.)

SANIERUNG HANNOVER LINDEN

DIE AUSGANGSSITUATION

1972 wurde im Stadtteil Linden-Süd (38 ha, 10.000 EW) das erste Hannoversche Sanierungsgebiet förmlich festgelegt, 1975 folgte das zweite in Linden-Nord mit 17.000 EW und ca. 70 ha Fläche.

Sanierungsanlass waren neben einer Reihe schwerwiegender städtebaulicher Mängel (Verkehrsprobleme, fehlende Freiräume und Infrastruktureinrichtungen) vor allem bauliche Mängel im Wohnungsbestand. Die zwischen 1840 und 1910 gebauten Häuser wiesen einen Instandhaltungs- und Ausbesserungsgrad auf, der weit unter dem Standard vergleichbarer Neubauwohnungen lag.

So hatten in Linden-Nord z.B. 50% der Wohnungen keine Toilette innerhalb der Wohnung, 95% der Wohnungen keine Sammelheizung; Auch waren die Wohnungen nicht ausreichend belichtet, belüftet und besonnt, und die Blockinnenbezirke waren vollgestopft mit Hinterhäusern und Gewerbebetrieben.

Die Bevölkerungsstruktur beider Gebiete wies einen überdurchschnittlich hohen Anteil an einkommensschwachen Familien, Ausländern und alleinlebenden alten Menschen auf.

Diese Gruppen hatten Linden wegen seines niedrigen Mietniveaus als Wohnstandort gewählt. Jüngere aktive Menschen begannen wegzuziehen.

Hauptsorge der Politiker und der Verwaltung war nicht die sich verringemde Bevölkerungsdichte, sondern die Gefahr einer sozialen Segregation, die zu einer politischen Instabilität dieser beiden Stadtteile führen könnte.

Ein Privatinteresse der Hauseigentümer zur Beseitigung von Wohnungsmängeln konnte nicht erwartet werden, da viele Einzeleigentümer, Erbgemeinschaften aus Alters- und/ oder wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage waren eine ordentliche Bewirtschaftung durchzuführen. Da durch die Vermietung schlechten Wohnraums an Ausländer immer noch eine Rendite erzielt werden konnte, hatte ein Teil der Eigentümer auch gar kein Interesse an Verbesserungen. Nur durch das Eingreifen der öffentlichen Hand konnte hier Abhilfe geschaffen werden.

Die Stadt Hannover, selbst Sanierungsträger, erklärte gleich zu Beginn der Sanierung, dass sie bereit sei, Planungsverfahren nur unter Beteiligung der betroffenen Bürger durchzuführen und Beteiligungsverfahren grundsätzlich zu unterstützen.

BÜRGERINITIATIVEN

Trotz dieser Erklärung bildeten sich spontan Bürgerinitiativen in beiden Gebieten, in Linden-Süd auf erste von der Verwaltung vorgestellte Planungskonzepte und in Linden-Nord als Reaktion auf ein bereits vor Einleitung der Sanierung durchgeführtes Bauvorhaben.

Im Rahmen diese Bauvorhabens war eine 100 Jahre alte Bebauung (Fannystraße), die als nicht erhaltenswert eingestuft worden war, abgerissen und die Bewohner außerhalb Lindens untergebracht worden. Zwei Hochhauskomplexe mit hellen, modernen Wohnungen, Läden und einem Parkhaus wurden errichtet. Die alten Straßenfluchten waren nicht wieder erstellt worden, so dass nichts mehr an den vorherigen Zustand erinnerte.

Eine Fortführung dieses Planungskonzeptes hätte nicht nur weiteres vertrautes Stadtbild vernichtet, sondern auch zur Verdrängung weiter Kreise der ansässigen Bevölkerung geführt. Dabei hatte die Befragung der Lindener Bürger die vor der förmlichen Festlegung durchgeführt worden war, folgendes ergeben:

- * 70% der Bürger wollten moderne Wohnungen zu tragbaren Mieten
- * 63% der Bürger wollten auch nach der Sanierung in Linden wohnen bleiben.

KEINE VERTREIBUNG DURCH SANIERUNG

Um wenigstens die Vertreibungsangst abzubauen, wurde folgender Grundsatz Nr.1 in die Grundsätze der Sozialplanung aufgenommen:

„Niemand der in Linden-Nord und -Süd wohnen bleiben möchte, soll nach Möglichkeit durch Abriss oder Umbaumaßnahmen aus dem Stadtteil vertrieben werden.“

Diese soziale Zielsetzung sollte später in hohem Maße bauliche und städtebauliche Ziele beeinflussen – weit mehr als es Verwaltung und Politik zu Beginn ahnten.

ENTSTEHUNG VON BETEILIGUNGSFORMEN

Die auf die förmliche Festlegung folgenden Jahre waren geprägt durch ständige Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung und Bürgerinitiativen. Sie führten zur Entwicklung eines Beteiligungssystems das alle Stufen unterschiedlicher Verbindlichkeit aufweist die Bürgerbeteiligung gegenüber Gemeindeorganen haben kann:

- * Information als wesentliche Voraussetzung für eine Beteiligung,
- * Beteiligung der Bürger bei Planungsprozessen,
- * Mitwirkung an Entscheidungsverfahren.

Als Akteure standen sich gegenüber :

- * die Verwaltung vertreten durch das Baudezernat. Hauptansprechpartner für die Bürgerbeteiligung aber auch zuständig für die verwaltungsinterne Koordination war hier der/ die Stadtteilplaner/in ,
- * die Bürger und Bürgerinnen und ihre Initiativen,
- * die Politiker, Ratsherren und Ratsfrauen und später auch die Bezirksräte.

BETEILIGUNGSANGEBOTE DER PLANENDEN VERWALTUNG

Die Angebote der Verwaltung waren fast immer an aktuelle Planungsanliegen gekoppelt:

Vor jeder Planung wurden Befragungen der betroffenen Blockbewohner und Eigentümer durchgeführt, sämtliche städtebaulichen Konzepte wurden auf Informationsveranstaltungen oder Blockversammlungen vorgestellt und diskutiert (mehrsprachig).

Broschüren wurden geschrieben, wobei Broschüren, in denen Planungskonzepte der Verwaltung denen der BI's gegenübergestellt wurden, eine besondere Wichtigkeit erlangten. In der Stadtteilzeitung „Lindener-Blatt“ wurde über aktuelle Planungs- und Bauvorhaben berichtet, dies war besonders wirksam, da Linden keine Tageszeitung hatte.

SOZIALPLANUNG UND GEMEINWESENARBEIT:

Die Tätigkeit des Sozialplanung die im Baudezernat angesiedelt war, war vor allem auf die Versorgung sanierungsbetroffener Mieter und Gewerbebetriebe ausgerichtet.

Die Gemeinwesenarbeiter unterstanden dem Sozialdezernat. Sie versuchten Betroffene zur Gruppenbildung und zum gemeinsamen Angehen von Problemen zu motivieren.

Über diese Angebote hinaus war die Verwaltung ständig bereit an Sitzungen der Bürgerinitiativen teilzunehmen.

ORGANISATIONSFORMEN DER BETROFFENEN

Die Bürgerinitiativen spielten eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung weitergehender Beteiligungsverfahren. Sie erkämpften sich in mehrjähriger Auseinandersetzung weitgehenden Einfluss auf Planung und Durchführung der Sanierung. Mit Hilfe eines Anwaltsplaners, der ihnen Methoden und Fachwissen zur Verfügung stellte, erwarben die Mitglieder Fachkenntnisse die sie in die Lage versetzten,

- * städtische Planungen zu verstehen und zu kontrollieren,
- * auf Planungs- und Maßnahmenebene Einfluss nehmen zu können, und
- * Gegenplanungen und eigene Konzepte zu entwickeln.

Die Initiativen verstanden sich als öffentliches Forum, in dem jeder Bürger mitarbeiten kann, in dem aber auch die Auseinandersetzung mit der Verwaltung vor Ort geführt wird.

ANWALTSPLANUNG

Hannover war die erste Stadt in Deutschland, die eine Anwaltsplanung einrichtete. Nach kurzem Versuchsstadium, in der dieser Berater sowohl die Stadt als auch die Initiativen beriet, wurde die alleinige Zuordnung zu den Initiativen festgelegt, obwohl er durch die Stadt finanziert wurde.

SELBSTHILFE

Ein besonders innovativer Ansatz war die Selbsthilfe als besondere Form der Betroffenenbeteiligung. Nach Vorschlägen der Initiativen, unterstützt durch die Anwaltsplanung wurden in beiden Gebieten Modelle entwickelt, bei denen sich die Bürger nicht nur verbal, sondern auch durch praktische Arbeit an der Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse beteiligen.

Beispiele sind:

- ⇒ das gemeinsame Gestalten und Herrichten von Hinterhöfen durch Mieter (Mieter stellen die Arbeitskraft, die Stadt die Materialkosten),
- ⇒ das Aufbringen von Eigenkapital durch Eigenleistung

BETEILIGUNGSANGEBOTE POLITISCHER GREMIEN

Nachdem die Bürger sich den Kommunikationsprozess mit der Verwaltung erkämpft hatten, wurde versucht auch Mitglieder der Ratsgremien einzubeziehen. Bei intensiver Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürgern kann ein klassischer Konflikt entstehen: Die Politiker fühlen sich übergangen und pochen auf ihre Entscheidungskompetenz.

SANIERUNGSKOMMISSION

Eine Beiratskonstruktion, wie sie in vielen Gebieten praktiziert wird, war uns allen zu schwach. Daher gründete Hannover Sanierungskommissionen 1973 in Linden-Süd und 1975 in Linden-Nord.

Ihre Aufgabe war es, alle mit der Sanierung zusammenhängenden Probleme öffentlich zu behandeln, bevor sie den Ratsgremien zur Entscheidung zugeleitet wurden.

Sie setzte sich je zur Hälfte aus Ratsherren und Vertretern der Stadtteilbewohner zusammen. Die Verwaltung war auskunftspflichtig und jeder Bürger hatte Rederecht.

Um die Neubelegung von Sanierungsersatzwohnungen transparent zu gestalten, wurde eine ebenso zusammengesetzte Belegungskommission gegründet, die die Aufgabe hatte dem Leiter des Wohnungsamtes zu berichten.

Als die Bezirksverfassung in Hannover eingeführt wurde, kamen noch Bezirksräte dazu.

Einwirkungsmöglichkeiten der Bürger gab es aber nur über eine Bürgerfragestunde oder über die Parteien.

WIRKUNG DER BETEILIGUNG

Welche Auswirkungen haben nun die eben geschilderten Beteiligungsverfahren auf die Inhalte der Sanierung gehabt.

- * Die permanent erzwungene Öffentlichkeit in den Bürgerinitiativen und Stadtteilkomitees führte zu einer Politisierung des Verfahrens, die mit den Beteiligungsverfahren der Verwaltung nie erreicht worden wären.
- * Durch hartnäckiges Nachfragen und Hinweise auf Grundsatzprobleme, die sich hinter zur Diskussion gestellten Einzelproblemen verbergen, ist die Verwaltung gezwungen worden, stärker an konzeptionellen Verfahren zu arbeiten.
- * Die Methode „Planung und Gegenplanung“ hat dazu geführt, dass Zielkonflikte und konkurrierende Ziele schneller deutlich wurden und andiskutiert werden konnten.
- * Durch Lernbereitschaft und stetige Mitarbeit der Mitglieder der Initiative ist „stadtteilbezogenes Planungspotential“ entstanden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DAS BEISPIEL LINDEN

Verwaltung und Politik waren angetreten, mit der Absicht „Licht, Luft und Sonne“ in den Stadtteil zu bringen. Dies bedeutete in erster Linie Abriss und Neubau. Durch die Beteiligungsprozesse ist dann die „erhaltende sozialorientierte Stadterneuerung“ herausgekommen.

Es sind aber auch neue Probleme entstanden: Um die Lindener Bevölkerung in Linden-Süd zu halten, ist eine Monostruktur an Sozialwohnungen entstanden. Eine Sanierung, die von Anfang an „auf Abschluss“ ausgerichtet war, die auch förmlich abgeschlossen worden ist, hat, neue noch zu lösende Fragen hinterlassen.

INTEGRIERTE SANIERUNG VAHRENHEIDE-OST

Im Vergleich zwischen den Sanierungsgebieten Vahrenheide und Linden, zwischen deren Sanierungsbeginn mehr als zwanzig Jahre liegen, werden

einige Unterschiede in den Beteiligungsformen, Methoden, Zielsetzungen usw. deutlich.

Der Stadtteil Vahrenheide- Ost wurde 1998 förmlich als Sanierungsgebiet festgelegt, etwas zu früh um in das neue Programm „Die soziale Stadt“ zu kommen. Da es aber mit sämtlichen Kriterien in dieses Programm passt, wurde es vom Land Niedersachsen der Bundesregierung als Modellvorhaben gemeldet.

STADTTEILMANAGEMENT

Im Unterschied zu Linden wurde hier ein Stadtteilmanagement eingerichtet und nicht nur ein einzelner Stadtteilplaner beschäftigt. Dieser hat die Federführung in einem Sanierungsbüro in dem die Vertreter der wichtigsten Dezernate und der GBH mitarbeiten.

Vahrenheide-Ost liegt am nördlichen Stadtrand, umfasst 73 ha und hat eine Einwohnerzahl von ca. 8000 EW. Es ist ein sehr junger Stadtteil sowohl in der Bausubstanz als auch von der Bewohnerstruktur her.

85% der Wohnungen sind Belegrechtswohnungen und gehören einem einzigen Eigentümer, der GBH.

Die Bevölkerungsstruktur wird geprägt durch einen hohen Anteil von Migranten, Einkommensschwachen, Arbeitslosen, Menschen mit Suchtproblemen und ähnlichen Problemen, die zu sozialen Konflikten führen können. Es fällt diesen Menschen schwer, sich mit ihrem Stadtteil zu identifizieren oder Engagement für die Gemeinschaft zu entwickeln, da auch die nachbarschaftlichen Netze zerrissen sind.

Sanierungsanlass war nicht in erster Linie der Modernisierungsbedarf der Wohnungen, sondern die soziale und bauliche Monostruktur und die Häufung der Belegrechtswohnungen.

SANIERUNGSZIELE

Als Sanierungsziele wurde folgendes formuliert:

- ⇒ ein eigenständiges Stadtleben durch Aktivierung der örtlichen Potentiale wieder aufbauen,
- ⇒ neue Nachbarschaften und selbsttragende Bewohnerorganisationen schaffen,
- ⇒ Arbeitssuchende qualifizieren,
- ⇒ örtliche Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten bereitstellen und
- ⇒ die lokale Wirtschaft stärken.
- ⇒ Zur Wohnungspolitik: Wohnwert und Wohnumfeld verbessern, dabei „soziale Durchmischung“, „Streuung an Eigentum“ erreichen.

BETEILIGUNGSANGEBOTE IN VAHRENHEIDE

Die Information, Beteiligung, Mitwirkung und Selbstorganisation der Bewohner und Bewohnerinnen entsteht auf verschiedene Weise:

- ⇒ Die direkte Beteiligung erfolgt bei Modernisierungsvorhaben durch Mieterversammlungen, an denen alle Akteure teilnehmen.

⇒ Das Bürgerforum wird vom Sanierungsbüro auch als das „zentrale Partizipationsgremium“ der Bürger bezeichnet.

Seine Gründung ist vom Sanierungsbüro initiiert worden, hier werden alle Sanierungsvorhaben diskutiert, es tagt alle zwei Wochen und wird von Bewohnern geleitet, und zur fachlichen Unterstützung ist jetzt auch eine Anwaltsplanerin hinzugezogen worden.

BÜRGERFORUM

Das Bürgerforum hat weitgehende Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Sanierung. Das Sanierungsbüro hat sich verpflichtet, alle Planungen und Maßnahmen im Bürgerforum zu diskutieren; die Tagesordnung der Sanierungskommission enthält auch immer den TOP „Bürgerforum“.

EIGENINITIATIVE UND SELBSTORGANISATION

Neben diesen direkten Beteiligungsformen gibt es eine Reihe von Projekten, in denen Eigeninitiative, Selbstorganisation und Kommunikation gefördert wird.

Die „Nachbarschaftsinitiative in Vahrenheide e.V.“ war schon vor der Sanierung mit Unterstützung der GWA gegründet worden und stellt den Kern der bürgerschaftlichen Selbstorganisation dar. Sie wird im wesentlichen ehrenamtlich von Stadtteilbewohnern geleitet. Sie verfolgt die Ziele, soziale Spaltung und Isolation im Stadtteil abzubauen, das Verantwortungsgefühl für das Wohnumfeld zu fördern und Integrationsangebote für benachteiligte Bewohnergruppen zu entwickeln.

Sie ist Trägerin mehrerer Projekte wie z.B., dem „Bürgerservice“ und der „Krabbelstube für Kleinkinder“, des weiteren ist aus ihr die Initiative „Grünpflege e.V.“ hervorgegangen. Diese wiederum initiierte das Projekt „Drecksarbeit“.

Der Bürgerservice bietet bedarfsorientiert Hilfe bei Alltagsarbeiten an, wie z.B. Reparaturen; Reinigungsarbeiten; Besorgungen; Haushaltstätigkeiten, aber auch zusammen mit der Grundschule das „gesunde Schulfrühstück“. Er leistet in seiner Funktion als Beschäftigungsprojekt gemeinnützige Arbeit, bestärkt aber auch Bewohner in ihren Bestrebungen zur Selbsthilfe.

Die Grünpflege e.V. ist ein Beschäftigungsprojekt für Langzeitarbeitslose, bzw. Sozialhilfeempfänger, es wirkt an der Wohnumfeldverbesserung des Stadtteils mit bepflanzt aber auch Grünanlagen im Auftrag der GBH.

Das Projekt Drecksarbeit beschäftigt zwei qualifizierte Abfallberater sowie vier Arbeiter und ist ebenfalls ein Beschäftigungsprojekt. Zunächst ging es um Abfallbeseitigung im Wohnumfeld, jetzt verschiebt sich der Schwerpunkt in Richtung Abfallberatung.

CONCIERGERIE

Conciergerie im Hochhaus Klingental 6b:

Träger der Conciergerie ist ein Mieterverein der Mieter des Hochhauses. Es wurde eine Pförtnerloge eingerichtet, vier Arbeitslose fanden eine Anstellung, eine Toilette wurde eingebaut.

Durch die Einrichtung der Concierge wurde vieles erreicht:

- * Arbeitsplätze und Qualifizierungsmöglichkeiten,
- * Verbesserung der Kommunikationsstruktur im Haus,
- * Soziale Sicherheit und Service,
- * weniger Verschmutzung und Zerstörung.
- * Kinder haben einen Ansprechpartner im Erdgeschoss
- * Mieter identifizieren sich wieder mit ihrem Haus,
- * leere Wohnungen konnten wieder belegt werden.

EIGENARBEIT

1990 wurde ein weiterer Förderverein auf Betreiben des Sanierungsbüros gegründet, der Förderverein „Leben und Arbeiten im Stadtteil VH - Flais e.V.“. Förderer sind Stadtbewohner, Mitglieder der Nachbarschaftsinitiativen und der Sanierungskommission. Der Verein Flais e.V. setzt sich das Ziel, sozial benachteiligten Bewohnern des Stadtteils Ausbildungs- und Fortbildungsangebote zu machen, Eigeninitiativen und Selbstorganisation zu fördern und interkulturelle Toleranz aufzubauen.

Dies soll in einem noch aufzubauenden Haus für Eigenarbeit geschehen. Hier sollen unter professioneller Anleitung Stadtbewohner qualifiziert und zur Gründung eigener Existenzen motiviert werden. Es sind Werkstätten für Holz-, Metall-, Computer-, Textilarbeiten vorgesehen.

GENOSSENSCHAFT

Ebenso wie in Linden ist auch in Vahrenheide eine Genossenschaft gegründet worden, die „Genossenschaft Vahrenheide - Sahlkamp / VASA“. Sie kaufte mit Unterstützung der Stadt eines der Wohnhäuser der Hochhausanlage Klingental und modernisiert die Wohnungen gemeinsam mit den Mietern. Zur Zeit bestehen auch Überlegungen, dass die VASA in den gewerblichen Sektor geht und Starträume für Existenzgründer in zur Zeit leerstehenden gewerblichen Räumen anbietet.

BEWOHNERZENTRUM

Ein besonders wichtiges Projekt ist in der Vorbereitung. Ein Bewohnerzentrum soll für soziale, kulturelle, und zu Freizeit - Zwecken eingerichtet werden. Hier engagieren sich die Nachbarschaftsinitiativen, Flais und die AWO.

LOKALE ÖKONOMIE

Nach den Beispielen zum Thema Bewohnerteilhabe und Selbstorganisation noch ein Blick auf das Ziel „Stärkung der lokalen Ökonomie“:

Das für dieses Gebiet gegründete Koordinationsinstrument ist das „Forum lokale Ökonomie“. Es soll Verbänden, Politik, kommunaler und staatlicher Wirtschafts- und Arbeitsförderung, Beschäftigungsträgern, und lokalen Gewerbebetreibern zur Errichtung von Kooperationen dienen.

Zwei Beispiele für die lokale Ökonomie sind:

- ⇒ Der Mieter Service als Tochter der GBH, ein gemeinnütziger Handwerksbetrieb, der mit Arbeitskräften aus dem Stadtteil Instandhaltungsarbeiten durchführt, die früher an auswärtige Firmen vergeben wurden. Hier sollen dreißig Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden die auch Angebote für den ersten Arbeitsmarkt liefern.
- ⇒ Ein weiteres sehr interessantes Projekt ist in Vorbereitung: Mit gewerbetreibenden und Eigentümern des Einkaufszentrums „Vahrenheider Markt“ wurde die Idee geboren, dass für eine Ladenzeile, aus der sich der staatliche Voreigentümer zurückziehen wird, eine gemeinsame Trägerschaft entwickelt wird.

SCHLUSSFOLGERUNGEN IM VERGLEICH DER STADTTEILE LINDEN UND VAHRENHEIDE

Es bestehen viele Ähnlichkeiten mit den Strukturen in Linden, auch für Vahrenheide heißt ein Ziel „gesundes Wohnen“.

Das Bürgerforum entspricht dem Stadtteilforum Linden-Nord, auch gibt es wieder Sanierungskommissionen, um Bürger und Politiker frühzeitig miteinander kommunizieren zu lassen.

Es haben sich aber auch Schwerpunkte im Leitbild und in den Arbeitsmethoden verändert:

- * Hauptziel ist es, einen sich selbst tragenden Stadtteil zu entwickeln, deswegen nehmen die Bemühungen um Bürgerteilhabe und Selbstorganisationsformen einen so breiten Raum ein.
- * Sozialplanung ist nicht mehr allein Einzelfallheilung sondern auch dazu da, um Potentiale zur Selbsthilfe und Selbstorganisation zu wecken.
- * Es ist interessant zu beobachten, wie stark mit konsenssuchenden Methoden gearbeitet wird; hier besteht übrigens eine Parallele zu guten Erfahrungen, die mit „offenen Dialogen“ in der Agenda-21-Arbeit gesammelt werden konnten.

Es gilt aber auch noch Probleme zu lösen:

Die Wohnervereine und sonstige Projekte werden zum größten Teil mit Arbeitsmarktmitteln finanziert. Es ist für die Mitglieder des Sanierungsbüros, die sich sehr große Mühe geben, fast unmöglich, den Bewohnern Planungssicherheit zu versprechen.

In Gegensatz zu Linden sind alle Prozesse nicht auf Abschluss ausgerichtet. Hilfe und Fürsorge durch Staat und Gemeinde sollen langsam abgelöst werden durch Eigenverantwortlichkeit und Selbsthilfe.

Ob wir aus diesen Prozessen auch Hilfestellungen für die zur Zeit viel diskutierte „Bürgergesellschaft“ erhalten werden, muss die Zukunft zeigen.

QUELLEN

Gespräch mit dem Sanierungsbeauftragten Klaus Holland, Hannover/Oldenburg

Gisela Mattern: „Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit als Voraussetzung einer zukünftigen Stadtsanierung“. In „Städtebauliche

Erneuerung in Niedersachsen – eine Informationsschrift des
Niedersächsischen Sozialministers“, 1985

Sanierungsbüro Vahrenheide-Ost: „Integrierte Sanierung Vahrenheide-Ost
– Sachstandsbericht 2000“

MANFRED JOPPKE:
ANWALTSPLANUNG IM
NEUBAUGEBIET:
HANNOVER KRONSBURG

WAS MACHT EIN ANWALTSPLANER ?

Als erstes vorweg: ein Anwaltsplaner ist kein Jurist. In der Regel hat ein Anwaltsplaner eine planerische Ausbildung (Stadt- oder Freiraumplanung) und seine wichtigste Aufgabe besteht in der Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von stadtplanerischen Entwicklungsprozessen.

Konkret bedeutet dies, die Bürgerbeteiligung bei städtebaulichen Projekten zu organisieren, sowie die Bürgerinnen und Bürger bei der Formulierung und Durchsetzung ihrer Interessen und Wünsche zu unterstützen.

Zur Arbeit des Anwaltsplaners gehört das Initiieren und die Organisation von Bürgerforen für die einzelnen Stadtteile. Bei diesen Zusammenkünften der Anwohner werden lokale Probleme erörtert und diskutiert.

Aus den Themenschwerpunkten der Bürgerforen bilden sich Arbeitsgruppen, deren Betreuung ein wesentliches Element der Anwaltsplanung darstellt. Diese Arbeitsgruppen diskutieren themenorientiert und erarbeiten dabei gegebenenfalls eigene Vorschläge und Alternativen, welche über die Anwaltsplanung in den aktuellen Diskussionsprozeß der Stadtentwicklung einfließen.

Ein frühzeitiger und regelmäßiger Informationsaustausch zwischen allen Akteuren (politischen Gremien, Verwaltung, usw.) sowie die Zusammenarbeit mit den sozialen Institutionen vor Ort (z.B. Stadtteilrunden, Gemeinwesenarbeit usw.) sind für die Aktivitäten der Anwaltsplanung von großer Bedeutung.

Parallel zu den Bürgerforen arrangiert der Anwaltsplaner Exkursionen, Workshops sowie Informationsveranstaltungen zu den jeweiligen Themen.

Von der Stadt Hannover wurden in den betroffenen Stadtteilen als Treffpunkte für die Bürger mit dem Anwaltsplaner Bürgerbüros mit regelmäßigen Sprechzeiten eingerichtet.



ZIELSETZUNG

Die Anwaltsplanung ist eine Form der Bürgerbeteiligung, welche durch fachliche Beratung und Unterstützung die Bürgerinnen und Bürger in planerischen Aspekten berät und qualifiziert. Der Anwaltsplaner macht die Bürgerinnen und Bürger mit den planerischen Problemlagen vertraut und erarbeitet gegebenenfalls zusammen mit ihnen eigene Vorschläge, die in den Planungsprozeß eingebracht werden. Bürgerinnen und Bürger werden durch den Anwaltsplaner in ihren Interessen gegenüber politischen Gremien, der Stadtverwaltung und Investoren vertreten.

Die praktische Arbeit besteht aus einer intensiven Kooperation zwischen den Bürgergruppen (Bewohner, Interessengruppen, Vereine, etc.) sowie der Verwaltung und der Politik. Bei unterschiedlichen Meinungen hat die Anwaltsplanung die Aufgabe, den Diskussionsprozeß zu fördern und durch Moderation oder Mediation die anfallenden Schwierigkeiten lösen zu helfen. Der Anwaltsplaner soll divergierende Interessen ausgleichen und konstruktiv in das Planungsgeschehen einbringen.

Um einen hohen Beteiligungsgrad und das Vertrauen der Bürger zu erhalten, ist eine breite Öffentlichkeitsarbeit sowie die Herstellung und Pflege von Kontakten zu allen Planungsbeteiligten wichtig.

Die Ausrichtung der Weltausstellung EXPO 2000 und damit zusammenhängend die Bebauung des Kronsberges waren der Anlaß, in den angrenzenden Stadtteilen Bemerode-Wülferode und Mittelfeld die Anwaltsplanung einzurichten. Der Anwaltsplaner hat seine Arbeit im Oktober 1995 aufgenommen.

DIE ENTWICKLUNG DES NEUEN STADTTEILS KRONSBURG

WOHNUNGSBESTAND IM WOHNGBIET KRONSBURG (STAND APRIL 2000)

- * 1650 Wohneinheiten, davon 278 mit Belegrecht
- * 1062 EXPO-Wohnungen, davon 468 mit Belegrecht
- * 2712 Insgesamt, davon 746 mit Belegrecht

Von den 746 Belegrechtswohnungen wurden 122 getauscht gegen Belegrechte im Stadtbestand. Somit reduzieren sich die Belegrechtswohnungen im Wohngebiet Kronsberg auf insgesamt 624 Wohneinheiten (WE); dies entspricht ca. 25 % des Gesamtwohnungsbestandes. 30 % des Wohnungsbestandes wären laut Beschluss als reiner Sozialwohnungsbau möglich.

- * 1650 WE im Startprogramm (ausschließlich mit Landesmitteln gefördert)
- * davon 278 mit Belegrecht (städtische Fördermittel)

Bei der Erstvermietung ist ein um 100 % höheres Einkommen als sonst beim B-Schein möglich, es gibt noch kein Belegrecht. 1618 WE befanden sich im April 2000 in der Erstvermietung. 15 – 20 % der Erstmieten bleiben statistisch gesehen dauerhaft in den Wohnungen. Bei der Zweitvermietung gibt es keine Sonderkonditionen mehr (normaler B-Schein, keine Mietflächenerweiterung); dies gilt für ca. 50 % des derzeitigen Wohnungsbestandes.

Die Mietobergrenze beträgt 10,30 DM pro qm.

Über 80% der Mieter haben normales Erwerbseinkommen, ca. 60% davon fallen unter die erweiterte B-Schein-Regelung

SOZIALDATEN:

- * 3 % Senioren,
- * 13 % Ausländer (ohne Russlanddeutsche, welche einen (sehr?) hohen Anteil haben)

- * Fluktuationsrate 12% (Durchschnitt in Hannover 13%)
- * 1062 WE als EXPO-Wohnung vorgegenutzt (gilt nicht als Erstbelegung):
- * davon 468 mit Belegrecht nach § 25

AKTIVITÄTEN UND ENTWICKLUNGEN 1998 /
99

Auf dem Kronsberg waren im Sommer 1998 die ersten Bewohner in ihre Reihenhäuser eingezogen. Im Dezember 1998 waren ca. 800 Wohnungen bezugsfertig, das entspricht knapp 2000 Einwohnern im neuen Wohngebiet Kronsberg zum Ende des Jahres 1998.

Mit Beginn des Jahres 1998 hatten die Beteiligungsaktivitäten im Bereich des Kronsberges stark zugenommen. Mit der fortschreitenden Neubebauung beteiligten sich zunehmend die schon vorhandenen Neubürger des Kronsberges.

Es fanden ab dem Frühjahr 1998 bereits mehrere Informationsveranstaltungen für die Neubürger auf dem Kronsberg statt. Die Themen waren: die Entwicklung der Quartierparks und der Freiraumstruktur, die soziale Infrastruktur, das geplante Schulangebot, die Gestaltung des zukünftigen Stadtteilplatzes im Stadtteilzentrum sowie das Verkehrskonzept für den Kronsberg mit den entsprechenden Straßenausbauten.

Auf dem jährlich stattfindenden Info-Picknick entstanden zahlreiche Kontakte zu den Neubürgern, die eine große Bereitschaft zur Beteiligung im Bereich des Kronsberges artikulierten.

JULI 98: SCHULANGEBOTE AUF DEM KRONSBURG:

Auf der Veranstaltung des Bürgerforum Kronsberg zum Thema „Schulangebote auf dem Kronsberg“ nahmen Vertreter und Vertreterinnen aus dem Kultusministerium, der Bezirksregierung, aus dem Schulausschuss des Rates und des Schulamtes Hannover sowie die Leiterin der Planungsgruppe GS Kronsberg - Nord teil. Das Lehr- und Unterrichtskonzept der GS Kronsberg - Nord wurde vorgestellt und die bisherigen Planungen zum Schulzentrum Kronsberg wurden erläutert.

Es wurde deutlich, dass die Lehrerversorgung für die neue Grundschule Kronsberg-Nord nicht gesichert ist, da nach Aussagen der Bezirksregierung der Zuzug an schulpflichtigen Schülern für die Bezirksregierung nicht kalkulierbar sei und von daher keine weiteren Lehrer im Vorhinein eingeplant würden. Allerdings sicherte der Vertreter der Bezirksregierung zu, bezüglich der Lehrerversorgung im Bedarfsfall kurzfristig zu reagieren.

PROTESTBRIEF ZUR LEHRERVERSORGUNG AUF DEM
KRONSBURG

Im Dezember 1998 trat der Bedarfsfall ein. Mittlerweile waren so viele Familien mit Kindern eingezogen, dass akuter Handlungsbedarf bestand: Für die Grundschule Kronsberg - Nord wurde von der Bezirksregierung ein Aufnahmestop für Schüler angeordnet. Ein Grund dafür war das Erreichen der maximalen Schülerzahl in der ersten Klasse, für eine Teilung stand aber kein Personal zur Verfügung.

Daraufhin schrieb das Bürgerforum Kronsberg einen Protestbrief an die Bezirksregierung, in dem die im Juli gemachten Zusagen bezüglich einer kurzfristigen Regelung bei Eintritt einer Lehrerunterversorgung angemahnt wurden.

Die Leiterin der Grundschule Kronsberg-Nord, Frau Menzel, gab im Januar 1999 bekannt, dass die Bezirksregierung nun doch ab Februar 1999 drei ganze Lehrerstellen der Grundschule zur Verfügung stellt und damit die Lehrerversorgung für die nächsten Monate ausreichend ist.

ORTSZENTRUM KRONSBURG - GESTALTUNG DES
ZENTRALEN PLATZES

Brainstorming zur Gestaltung mit Neubürgern am 17.09.1998:

Bei dem Brainstorming zur Gestaltung des zentralen Platzes mit den Neubürgern ging es darum, wer den Platz nutzt, wie der Platz genutzt werden kann und in Folge dessen, wie er gestaltet werden soll. Außerdem ging es um die Verkehrssituation im Nahbereich des Platzes und welche „Highlights“ und Assoziationen die Bewohner mit dem Platz verbinden und wünschenswert finden.

AKTIVITÄTEN UND ENTWICKLUNGEN 1999 /
2000

Das Wohngebiet Kronsberg mit seiner rasch voranschreitenden Entwicklung kennzeichnet im wesentlichen das vierte und fünfte Jahr der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Anwaltsplanung. Die Intensität der Beteiligung der neuen Kronsberg- Bewohner und die Vielfalt der Themen lässt sich an der Zahl der inzwischen gegründeten Arbeitsgruppen des Bürgerforum Kronsberg ablesen: AG Verkehr, AG Soziales, AG Umwelt, AG Kultur, AG Mieterinteressen, AG Stadtteilplätze, Stadtteilzeitung 118 Meter, Stadtteiltreff Kronsberg.

Die Bewohner konnten wesentlichen Einfluss nehmen auf die konkrete Ausgestaltung des innerörtlichen Verkehrskonzeptes im Wohngebiet.

Defizite im infrastrukturellen Bereich konnten im Laufe des Jahres 1999 zum Teil abgebaut werden (bezugsfertige soziale Verfügungsflächen, provisorische Einkaufsmöglichkeiten, Stadtteilladen mit sozialer und kulturpädagogischer Betreuung, Grundschulfertigstellung). Defizite bestanden bis Mitte 2000 in den Bereichen: Spielplätze, Kindertagesstätten (Kita II und Kita III sind mittlerweile fertiggestellt), Jugendräume, ÖPNV-Versorgung, Straßenbau (mittlerweile fertiggestellt).

Nach dem Bezug der Wohnungen gab und gibt es weiterhin zahlreiche Treffen mit Mietergruppen und Bauträgern, bei denen z. B. die Beseitigung von Baumängeln oder die Gestaltung und Nutzung des Wohnumfeldes behandelt wurden mit unterstützender Moderation durch die Anwaltsplanung. Auch die Bereitstellung von vertraglich zugesicherten Nachbarschaftsräumen für die Mieterinnen und Mieter durch den Vermieter muss oftmals angemahnt werden.

Nach einem halben Jahr Stadtteilplatznutzung zeigt es sich, dass der Stadtteilplatz Thie sowie die anderen öffentlichen Freiflächen im Wohngebiet in einzelnen Punkten Verbesserungen bedürfen, welche in der AG Stadtteilplätze in Kooperation mit der Verwaltung diskutiert und erarbeitet werden.

NEUE PROJEKTE

Seit Juni 2000 hat der Verein Bürgerforum Bemerode/ Kronsberg e. V. die Verwaltung des ehemaligen Stadteilladen I übernommen. Nach dem Konzept der Stadt Hannover zur sozialen Entwicklung des neuen Wohngebiets Kronsberg soll der ehemalige Stadteilladen die Funktionen eines sog. „Nachbarschaftstreffs“ übernehmen und Bewohnern und Bewohnerinitiativen Angebote und Treffmöglichkeiten bieten.

Nach Absprache mit Herrn Prauser (Stadteilkulturkoordinator) hat sich der Verein Bürgerforum Bemerode/ Kronsberg e. V. bereit erklärt, in Zusammenarbeit mit der Stadt Hannover die Verwaltung und Organisation des „Nachbarschaftstreffs“ durchzuführen.

STADTEILTREFF

Der Stadteiltreff Kronsberg in der Oheriedentrift 8 steht allen Bewohnern kostenfrei zur Nutzung offen: für Mieter- und Bewohnerinitiativen, Nachbartreffs, Stadteilinitiativen wie Spielabende, Gesprächsrunden, Handarbeitsgruppen und vieles mehr. Wer z. B. Initiativen „anschieben“, Gruppenangebote organisieren oder sich mit Nachbarn treffen möchte, kann sich an das Bürgerforum Kronsberg oder an den Anwaltsplaner wenden. Zudem kann der Stadteiltreff für Privatfeiern angemietet werden.

Zur Zeit treffen sich die AG's des Bürgerforum Kronsberg im Stadteiltreff. Der Verein Bürgerforum Bemerode/Kronsberg e. V. ist dort ebenso beheimatet wie das Redaktionsteam des Kronsberger Bürgermagazin 118 Meter. Die Gemeinwesenarbeit des KROKUS bietet einen Spielabend sowie einen Treff für Alleinerziehende an und der Anwaltsplaner führt seine Stadteilsprechstunde im Stadteiltreff durch. Geplant ist die Organisation eines Bewohnercafés (Kronsberger Kaffeeklatsch).

ANALYSE DER DERZEITIGEN SITUATION (DEZEMBER 2000)

Die bisher gemachten Erfahrungen bei der Bürgerbeteiligung lassen mit dem Zuzug von ca. 3.000 neuen Bewohnerinnen und Bewohnern im Jahr 2001 eine sehr intensive Nachfrage nach Unterstützung und Beteiligung erwarten. Schwerpunktthemen werden dabei sein: Mietertreffen, Wohnumfeld, Stadteilplätze und Freiräume, Verkehr, soziale Infrastruktur und Unterstützung von Bewohnerinitiativen.

Eine Analyse der derzeitigen Situation zeigt die Notwendigkeit der Fortführung der Anwaltsplanung deutlich auf:

Der Neubezug der 1.000 EXPO-Wohnungen bedeutet, dass in dem sehr kurzen Zeitraum von 3-6 Monaten mehr als 2.500 Bewohner in ein Wohngebiet ziehen, welches noch nicht stabil entwickelt ist. Meinungsbilder aus den Arbeitsfeldern der AG's, welche von der Anwaltsplanung unterstützt werden, verdeutlichen dies.

AG SOZIALES:

Es existieren noch keine stabilen Nachbarschaften.

In der Bürgerbeteiligungsstruktur gibt es zum Teil die Tendenz, dass sich besonders aktive Bürgerinnen und Bürger, welche die ersten 2-3 Jahre sehr intensiv am Beteiligungsprozeß teilgenommen haben, aufgrund persönlicher Umstände zurückziehen und somit mittlerweile gewachsene

Elemente des Beteiligungsprozesses geschwächt werden. Die Organisation des Generationenwechsels bei den Beteiligten muß nun geleistet werden.

Das Selbsthilfepotential im Stadtteil ist noch nicht ausreichend etabliert und gefestigt.

Die Nutzung der neuen sozialen Verfügungsflächen muß initiiert und entwickelt werden

AG MIETERINTERESSEN:

Etwa die Hälfte der neuen Siedlung wird erst zu Beginn des Jahres 2001 den Bewohnern übergeben; nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahre wird eine Beteiligung und Unterstützung in den folgenden Bereichen nötig sein:

Das Wohnumfeld bedarf in der Regel Nachbesserungen in Bezug auf die Benutzbarkeit und Ausstattung, vor allem bei den Spiel- und Aufenthaltsangeboten.

- * Systematische Baumängel; Heizung, Telefon, Schimmelpilz, Lüftung.
- * Nutzbarkeit und Aneignung der Nachbarschaftsräume.
- * Bildung von MieterInnenvertretungen.

AG VERKEHR:

- * Verkehrskonzept, z. B. Öffnung Von-Escherte-Straße/ Anecampstraße.
- * Verkehrsberuhigung.
- * ÖPNV-Versorgung; hier sind nach der EXPO drastische Verschlechterungen zu erwarten.
- * Überprüfung und Auswertung der neu gebauten Infrastruktur nach dem EXPO-Ende: Funktionalität im Alltag und vor allem zu den Messen, laufender Arena-Betrieb, Verkehrszählungen.

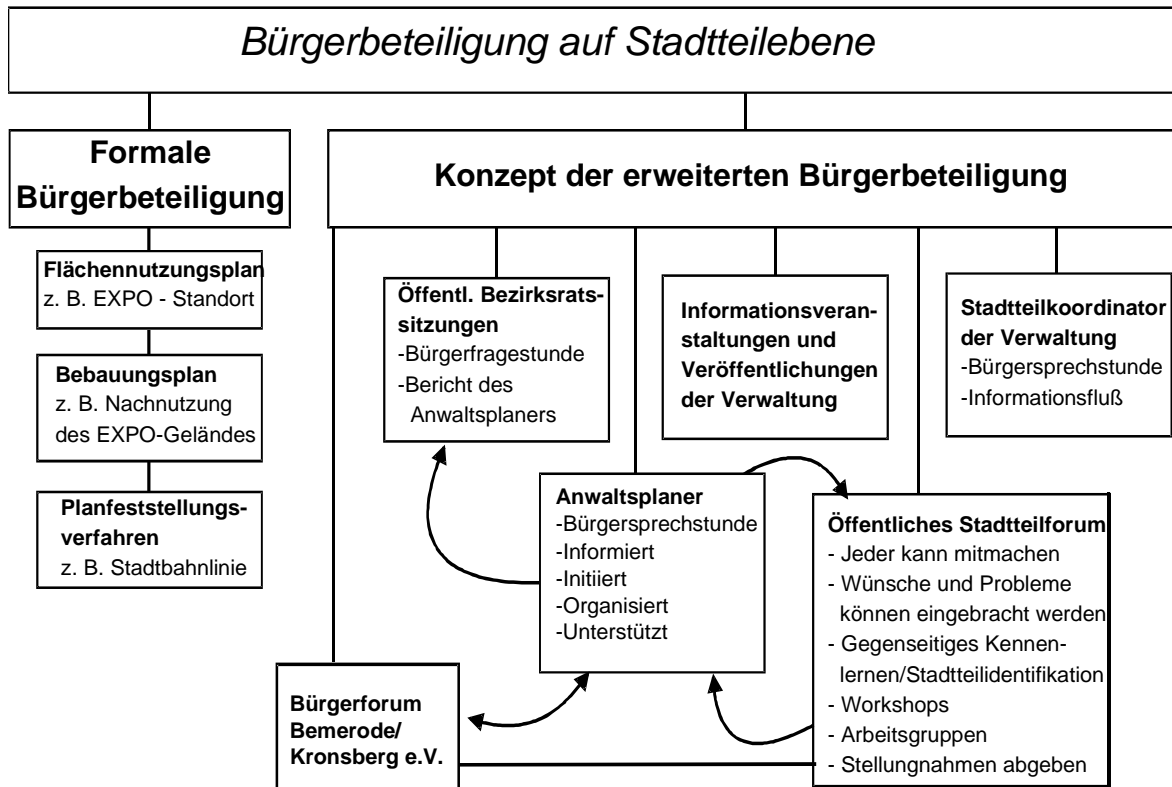
AG UMWELT:

Keine regelmäßige Unterstützung mehr durch die KUKA; Einstellung der KUKA und des Fieldworker-Projektes 2001.

Aktuelle KUKA-Umfrage: 63 % der Bewohnerinnen und Bewohner sehen ihre Erwartungen für das neue Wohngebiet Kronsberg nur teilweise erfüllt.

AG STADTTEILPLÄTZE:

Einige öffentliche Plätze und Spielflächen sind gerade fertiggestellt worden, andere sind noch nicht benutzbar: Stadtteilplatz, Quartierparks, Spielplätze, Kita-Außenflächen, Bauliche Weiterentwicklung des Wohngebiets. Es gibt zahlreiche Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge bei den Bewohnerinnen und Bewohnern, welche dringend verbalisiert und öffentlich mit den entsprechenden Ämtern diskutiert werden müssen.



AUS DER DISKUSSION

1. Kronsberg ist in einer besonderen Situation, weil es ein EXPO-Modell ist. Deshalb sind auch alle Prozesse zunächst auf relativ kurze Frist geplant und die Bürgerbeteiligung mithilfe eines Anwaltsplaners wird immer nur um kurze Fristen verlängert.

Bürgerbeteiligung ist aber ein langwieriger Prozess. Man muss in Jahren denken und für Veränderungen immer wieder Druck aufbauen. BürgerInnen ziehen sich nach einiger Zeit auch wieder aus der Beteiligung zurück; dann muss jemand da sein, der die Beteiligung in die nächste Generation weiter trägt.

2. Offen ist, wieweit Kronsberg übertragbar ist. So sind Auflagen, dass es Verfügungsräume geben muss, schwer einzurichten, wenn ein Stadtteil schon gebaut ist.

KLAUS HABERMANN-NIEBE: „EIN
STADTTEIL IM AUFWIND“

Im folgenden wird auszugsweise ein Bericht zu den Entwicklungen in Hildesheim-Drispstedt wiedergegeben, der von Klaus Habermann-Nieße (Planerwerkstatt) in Zusammenarbeit mit der mit der Projektgruppe Drispstedt der Verwaltung der Stadt Hildesheim erstellt ist:

FB 61 Herr Teetz, Herr Bertram
FB 50 Frau Middelberg, Frau Reulecke
GBG Herr Tietje

Die Fotos: © Klaus Habermann.Niesse, Planerwerkstatt

VORBEMERKUNGEN

Aufgrund der besonderen Probleme im Ortsteil Drispstedt hat die Stadt Hildesheim einen Antrag zur Aufnahme der Großsiedlung "Hildesheim - Drispstedt" in das Städtebauförderungsprogramm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt" des Landes Niedersachsen gestellt.

Alle im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen aufgeführten Einzelmaßnahmen und Kosten bedürfen der Konkretisierung und Fortschreibung im Rahmen der weiteren Sanierungsdurchführung.

DAS UNTERSUCHUNGSGBIET

Die große Wohnungsnot veranlasste die Stadt Hildesheim am 14.12.1959 zur Ausweisung eines großen Baugebietes auf der Fläche des ehemaligen Stadtgutes. Der Schwerpunkt der Bautätigkeit lag in den 60iger Jahren. Beauftragt wurde die "Gemeinnützige Baugesellschaft zu Hildesheim AG", die etwa zwei Drittel der Wohnungen ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel freifinanziert im Rahmen des steuerbegünstigten Wohnungsbaus erstellte.

Unstimmigkeiten gab es seinerzeit über den Namen der Siedlung. Die Projektbezeichnung "Müggelsee" wurde (ohne Diskussion mit den Drispstedter Bürgern) als unbefriedigend abgelehnt. Als die Drispstedter von der "Namensdiskussion" erfuhren, waren sie empört, dass die neue Siedlung nicht Hildesheim - Drispstedt heißen sollte. Die ersten 1.300 Wohnungen wurden 1960 bezugsfertig.

Die durchschnittlichen Mieten von 2 DM/qm konnten sich seinerzeit nur Besserverdienende leisten: Die Vergleichsmieten im öffentlich geförderten Wohnungsbau lagen um etwa ein Viertel niedriger als das Mietniveau in der Neubausiedlung in Drispstedt.

Anfangs wurde der Wohnungsbau errichtet, aber kurz darauf folgten die Infrastruktureinrichtungen. Es wurde erst eine katholische Grundschule errichtet, der eine Ganztagschule (Grund- und Hauptschule ohne Orientierungsstufe sowie einen Schulkindergarten mit Hort) folgten. Es gibt keine weiterführenden Schulen. Mit dem Neubaugebiet wurde auch ein "Gemeindezentrum" gebaut, das u. a eine Kindertagesstätte, ein neues Pfarrhaus und das Gebäude der Lichtmeßkirche (errichtet 1974 -

1975) umfasst. Seit 1962 existiert eine evangelische Gemeinde und seit 1972 ein evangelischer Kindergarten. Im April 1962 wurde die Ladenzeile errichtet.

Der Entschluss, mit Hochhäusern die Bebauung zu ergänzen, wurde im Oktober 1962 gefasst. Sie wurden 1963 - 1965 fertiggestellt, um Alleinstehende und junge Ehepaare nach Drispstedt zu holen. Am östlichen und westlichen Siedlungsrand wurde Bauland an die Gemeinnützige Baugesellschaft und an kinderreiche Familien zum Eigenheimbau abgegeben.

Die Ansprüche an die Wohnungen stiegen mit Entspannung des Wohnungsmarktes und Umlenken der Prioritäten der Wohnungsbauförderung auf die Eigenheimförderung. In der Folge zogen viele Mieterinnen und Mieter der Großsiedlung in Eigentumsobjekte in andere Stadtteile. Die Mieterstruktur Neu - Drispstedts änderte sich dahingehend, dass Mieterinnen und Mieter, die auf die stabil bleibenden Mieten angewiesen waren, und Mieterinnen und Mieter, die durch das Sozialamt vermittelt wurden, den Großteil der Wohnbevölkerung in der Großsiedlung ausmachen.

Das Verhältnis des alten Dorfes zu Neu - Drispstedt wurde entwickelt: Die Schule und andere wichtige Infrastruktureinrichtungen (Post, Apotheke) wurden verlagert, zwei katholische Kirchengemeinden installiert. Der neue Ortsteil bewahrte Alt - Drispstedt vor dem Verlust der völligen politischen Selbständigkeit.

Im Ortsteil Drispstedt leben heute mit insgesamt 6.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ca. 5,5 % der Hildesheimer Bevölkerung. Davon wohnen ca. 70 % im östlich der alten Ortslage Drispstedt gelegenen Wohngebiet "Neu - Drispstedt". Der Grosssiedlungsbereich von "Neu - Drispstedt" zählt seit einiger Zeit zu den benachteiligten Stadtquartieren in Hildesheim. Dies betrifft vor allem den Kernbereich des Wohngebietes, der sich durch stark verdichteten Geschosswohnungsbau, ein teilweise unattraktives Wohnumfeld und eine eingeschränkte soziale Infrastruktur auszeichnet.

Auch wenn in den letzten Jahren viele Aktivitäten im Quartier entwickelt wurden, so ist eine anhaltende Konzentration von Problemfaktoren erkennbar, die sich in teilweise zu modernisierender Bausubstanz, wenig attraktiven und belasteten öffentlichen und privaten Flächen und sozialen Spannungen ausdrückt. Drispstedt ist einer der Ortsteile in Hildesheim, in dem sich soziale Entmischung, steigender Mieterwechsel und eine zunehmende Benachteiligung der dort wohnenden Einwohnerinnen und Einwohner ganz besonders ausdrückt. Dadurch entsteht ein besonderer Handlungsbedarf für eine sozial integrierte Stadterneuerung.

DEMOGRAFISCHE UND SOZIALE TENDENZEN

ALTERSGLIEDERUNG

In der Altersgliederung zeigt sich die Situation des Stadtteils Drispstedt ganz besonders. Während der Anteil der Kinder von 0 – 6 Jahren mit ca. 5 % noch dem Stadtdurchschnitt entspricht, liegt der Anteil der Jugendlichen von 6 – 18 Jahren im Untersuchungsgebiet im Jahre 2000 mit 15 % deutlich über dem Stadtdurchschnitt von 11 %. Entsprechend geringer ist

der Durchschnitt der Personen im erwerbsfähigen Alter mit insgesamt 64 % zu 67 %. Die Altersgruppe der über 65jährigen liegt wiederum im Stadtdurchschnitt mit 17 % der Gesamtbevölkerung.

Der hohe Anteil von Jugendlichen im Stadtteil ist im Zuge der sozialen Stadterneuerung vorrangig zu beachten.

AUSLÄNDISCHE BEVÖLKERUNG

Gegenüber den Erhebungen zum Stadtteilentwicklungsplan von 1993 hat sich der Ausländeranteil in Drispensedt insgesamt verringert. Dabei liegt der Anteil von 15 % deutlich über den verglichenen Stadtteilen Ochtersum mit 5 % und Himmelsthür mit 2,3 %. Die von ausländischen Haushalten bevorzugten Stadtteile Hildesheims sind neben Drispensedt die Stadtteile Nordstadt mit 19 % oder der Stadtbezirk Mitte mit 13 % Ausländeranteil.

Allerdings liegt der Anteil im Untersuchungsgebiet mit 18 % im Gegensatz zu 25 % im Jahre 1993 wieder auf dem Niveau der ebenfalls stark von Ausländerhaushalten belegten Stadtteile.

Bei der Bewertung der Zahlen muß berücksichtigt werden, dass zur deutschen Bevölkerung die ethnische Gruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler aus dem osteuropäischen Raum zählt. Ihre Anzahl in den untersuchten Siedlungen kann jedoch nicht beziffert werden, da sie nicht gesondert als (Einwanderungs-) Gruppe in den Statistiken geführt werden. Bekannt ist jedoch, dass ihr Anteil in Drispensedt relativ hoch ist bzw. ebenfalls weit über dem städtischen Durchschnitt liegt. Er wird auf rd. 5 % der Bevölkerung geschätzt.

ARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT

Drispensedt ist überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenquote wird auf 20 % geschätzt (kleinräumige Daten der Arbeitsverwaltung liegen nicht vor). Diese Situation korrespondiert mit einer starken Armutsentwicklung in Drispensedt. Allein die Entwicklung des Bezugs von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) veranschaulicht die sozialen Lebensverhältnisse. Während der Anteil der Sozialhilfeempfänger im Stadtdurchschnitt bei 6 % liegt, erreicht er in Drispensedt 13 %. Lediglich die Nordstadt übertrifft mit 14 % diesen hohen prozentualen Anteil. Sozialräumlich stärker eingegrenzte Werte für das Untersuchungsgebiet waren nicht zu erheben. Während der Anteil der Ausländer an den Sozialhilfeempfängern stadtweit bei 28 % liegt, erreicht er in Drispensedt lediglich 21 %. Darüber hinaus ist stadtweit eine stark ausgeformte Kinder- und Jugendarmut zu beobachten.

41 % der Leistungsempfänger sind unter 18 Jahre alt. In Drispensedt liegt der Wert bei 37 %.

Bei diesen Zahlen bleibt die finanzielle Situation der Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sowie von niedrigeren Einkommen aus Beschäftigung unberücksichtigt. Die allgemeine Lage in den Wohnquartieren lässt vermuten, dass die Armutspopulation um ein Wesentliches größer ist als die Sozialhilfequoten dokumentieren.

Der so beschriebenen sozialen Lage im Stadtteil entspricht eine geringe Quartiersidentität in der Binnenwahrnehmung im Stadtteil und ein belastetes Quartiersimage in der Außenwahrnehmung in der Gesamtstadt.

Die GBG hat im August 1999 eine Kundenzufriedenheitsanalyse in ihrem Wohnungsbestand durchgeführt und für die 1.800 Wohnungen in Drispensedt diese Ergebnisse kleinräumig auswerten lassen. Dabei wird deutlich, dass 72 % der Befragten in Drispensedt ein Programm zur Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse für notwendig erachten, allerdings erheblich weniger - etwa 20 % - bereit sind, sich aktiv am Prozess der Erneuerung zu beteiligen. Die Bereitschaft zur Beteiligung an konkreten Einzelmaßnahmen wie Spielplatzumgestaltung liegt bei einer Zustimmung von 53 % der Befragten wiederum sehr hoch. Die gesamtstädtische Berichterstattung über den Stadtteil Drispensedt ist in der Regel mit negativen Schlagzeilen verbunden, die eine Identität erschweren.

Besonders gravierend wirken zusammengefasst folgende Faktoren, die in ihrer Aufsummierung und Wechselbeziehung die Situation weiter belasten könnten:

- die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung mit stark benachteiligten Personengruppen,
- die mögliche Verstärkung sozialer nachbarschaftlicher Konflikte ("überforderte Nachbarschaften"),
- der überdurchschnittliche Arbeitslosenanteil und die hohe Sozialhilfedichte,
- die Mehrfachbelastung der Mieter und Mieterinnen durch materielle Armut, Arbeitslosigkeit etc.,
- die Kinder- und Jugendarmut,
- die hohe Fluktuation im Stadtteil, die aufgrund der allgemeinen Probleme zum Auszug der langjährigen Mieterinnen und Mieter führt,
- das Fehlen von Möglichkeiten zu informellen Treffen im Stadtteil,
- das fehlende Angebot für junge Erwachsene in den Abendstunden und am Wochenende,
- das geringe Angebot für die Unterbringung von Kindern alleinerziehender Mütter und Väter,
- der strukturelle Modernisierungsbedarf im Wohnungsbestand (Wohnungsleerstände, Wohnungsgrößenschlüssel, Standard der Wohnungen),
- die geringe Beachtung des öffentlichen Raumes und entsprechende Tendenzen zu Vandalismus und Verwahrlosung,
- die städtebauliche Struktur (tlw. Mängel in der Wohnumfeldgestaltung, anonymes Abstandsgrün, keine Differenzierung der Freiräume für gruppenspezifische Aneignung etc.).

LOKALE WIRTSCHAFT, ARBEIT UND
BESCHÄFTIGUNG

ARBEITEN

Im Untersuchungsgebiet existieren ausschließlich Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes. Diese befinden sich überwiegend im Stadtteilzentrum und sind entweder Läden, Arztpraxen usw. Das Ladenzentrum wird derzeit umgebaut und zum 1. Juli 2000 neu eröffnet. Die Ladenstruktur mit einem überwiegenden Angebot für den täglichen Bedarf bleibt erhalten.

Insgesamt ist die Chance auf einen Arbeitsplatz für die in Drispensedt wohnende Bevölkerung gering, da eine im Vergleich zum Stadtdurchschnitt überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit den Stadtteil prägt. Wohnortnahe Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote sind bis auf ein Angebot der Gemeinnützigen Gesellschaft für berufliche Bildung, einer Tochter der Volkshochschule und der Stadt Hildesheim ("Hilfe zur Arbeit") nicht vorhanden.

WOHNEN

Das Wohnungsangebot in Drispensedt ist deutlich unterschieden von denen der vergleichbaren Stadtteile. ...Drispensedt ist mit kleineren Wohnungen überdurchschnittlich ausgestattet, während große Wohnungen fehlen.

EIGENTUMSFORMEN

Der Anteil der Eigentümerwohnungen liegt in Hildesheim bei 25 %. In Drispensedt liegt aufgrund der Entwicklungsvoraussetzungen ("Siedlung Neu - Drispensedt") der Anteil an Eigentümerwohnungen (Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen) bei lediglich 14 %.

SOZIALER MIETWOHNUNGSBAU

21 % der Wohnungen in Hildesheim sind im sozialen öffentlich geförderten Wohnungsbau errichtet. Die meisten Sozialwohnungen [86 % des Bestandes] wurden zwischen 1949 und 1968 errichtet. Das Baualter weist darauf hin, dass dieser Wohnungsbestand weitgehend aus den Preis- und Belegungsbindungen herausgefallen ist.

Im Jahre 2000 unterliegen 286 Sozialwohnungen (ca. 11 % des Wohnungsbestandes) in Drispensedt den seinerzeit vereinbarten Preis- und Belegungsbindungen. Aufgrund des hohen Mietwohnungsbestandes des kommunalen Wohnungsunternehmens GBG wird die Belegungssituation in Drispensedt auch in Zukunft in engem Zusammenhang zu den Aufgaben der kommunalen Wohnungsversorgung stehen. Der Anteil an belegungsgebundenen Wohnraum umfasst bei der GBG 14 % des Bestandes.

Im Süden des Gebietes befindet sich zwischen dem Gewerbegebiet Bavenstedter Strasse und der Großsiedlung die zentrale öffentliche Freifläche Drispensedts. Sie ist Bestandteil des städtebaulichen Konzeptes der Großsiedlung Neu - Drispensedt.

Die Qualität dieser Freifläche liegt bisher hauptsächlich in ihrer Größe und Offenheit und nur in dem Bereich des aufgeschütteten Spielhanges auch in der Gestaltung. Differenziertere Strukturen schließen im Osten an: eine Streetball - Anlage, ein Spielplatz und die Sportplätze verlagern Aktivitäten an den östlichen Rand des öffentlichen Freiraumes. Der Spielplatz und die Streetball - Anlage sind in jüngster Zeit ausgebaut worden.

Ein Baum- und Gehölzstreifen trennt die Freifläche vom Gewerbegebiet "Bavenstedter Strasse". Dieses "Wäldchen" übt trotz seiner geringen Ausdehnung große Anziehung auf Kinder und Jugendliche aus, da offensichtlich unbeobachtetes Spielen möglich ist. Eine weitere intensive Eingrünung existiert an den Lärmschutzanlagen entlang der BAB, wo ein dichtes Busch- und Strauchwerk auf einem angeschütteten Hang gute Spielmöglichkeiten für Kinder eröffnet.

Hinter den Hochhäusern befindet sich ein dicht eingegrünter, abgesenkter, aber wenig gestalteter oder mit Angeboten ausgestatteter Bolz- und Spielplatzbereich. Dieser wird sowohl zum Bolzen als auch zum Picknicken intensiv angenommen.

Innerhalb des Untersuchungsgebietes befinden sich weitere öffentliche Spielplätze lediglich in der südlich und westlich angrenzenden Grünanlage. Diese Spielplätze werden ohne größere Erneuerungsinvestitionen instandgehalten. Eine größere seinerzeit vorhandene Burganlage aus Eisenbahnschwellen und Holz wurde aufgrund von Verwitterung und Vandalismusschäden vor wenigen Jahren abgebrochen und nicht wieder errichtet.

Kleinkinderspielplätze befinden sich ausschließlich im Bereich der Großsiedlung. Sie sind als wohnungsnaher Spielplätze meist von ausreichend gestalterischer Qualität. Im Bereich der Gebauerstrasse wurden diese Kleinkinderspielplätze im Zuge der energetischen Sanierung komplett erneuert und mit vielfältigen Spielgeräten ausgestattet.

Das Wohnumfeld des Geschosswohnungsbaus ist eingeschränkt zu nutzen: Die Freiflächen um die Häuser scheinen eher deren architektonische Wirkung zu unterstreichen, als dass sie eigenständige Raum- und Nutzungsqualitäten aufweisen. Die Flächen sind als Rasenflächen, bestanden mit Einzel- und Gruppenbäumen und eingestreuten Kleinkinderspielplätzen, zu beschreiben.

Eine Verbindung zwischen den Erdgeschosswohnungen und dem angrenzenden Wohnumfeld ist in der Regel nicht gegeben; im Gegenteil: die Balkone sind in der Regel in Sockelhöhe ohne Zugangsmöglichkeit über die Rasenfläche abgeschlossen.

Die Begegnungsmöglichkeiten im Untersuchungsgebiet beschränken sich auf Vereine und konfessionelle Angebote in der Ev. Kirchengemeinde St. Thomas und der kath. Kirchengemeinde St. Nikolaus. Darüber hinaus existieren gruppenspezifische Begegnungsmöglichkeiten im Jugend- und Kinderhaus in Alt Drispstedt oder Angeboten der Drispstedter Sportvereine. Auch wenn diese Einrichtungen viele Angebote für Bewohnerinnen und Bewohner organisieren, mangelt es in den Quartieren an Nachbarschaft und Kommunikation und gezielten Angeboten für sozial benachteiligte Haushalte.

Mit der Ganztagschule Drispstedt befindet sich eine Grundschule mit Montessorizweig und Schulkindergarten in sozialräumlicher Nähe. Aufgrund der sozialen Zusammensetzung wurde der Hauptschulzweig in Drispstedt aufgelöst.

Für Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner, die sich aufgrund mangelnder Chancen auf dem Arbeitsmarkt, aus familiären Gründen und aufgrund sozialer Isolation überwiegend oder ausschließlich im Stadtteil aufhalten, fehlen insbesondere nicht kommerzielle und nicht konfessionell gebundene Räumlichkeiten, in denen Begegnung möglich ist. Ein Mütterzentrum steht für frauenspezifische Angebote als Beratungsstelle zur Verfügung.

Dabei geht es um gruppenspezifische aber auch interkulturelle stadtteilübergreifende Angebote. Diese sollten die Situation von Kindern und Jugendlichen und der jungen Erwachsenen (hoher Anteil "junger" Sozialhilfeempfänger) besonders berücksichtigen. Nicht konfessionell gebundene oder kommerzielle Angebote für größere Familienhaushalte wie z.B. Räume für Familienfeste fehlen ebenfalls. Die Schulen haben bis vor kurzem ihre Räume für solche Anlässe zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot konnte aufgrund von Anwohnerbeschwerden nicht aufrechterhalten werden. Die GBG hat bisher schon ein kleines Mietercafé zur Verfügung gestellt ("Weinhagenstübchen"), in dem Feste für bis zu 60 Personen gefeiert werden können. Sie beabsichtigt, ein Stadtteilcafé in Drispstedt im Erdgeschoss des Hochhauses Ehrlicherstrasse einzurichten. Dort könnten bei einem Ausbau des Stadtteilzentrums zu einem Kommunikationszentrum auch für Jugendliche Teilflächen bereitgestellt werden.

SANIERUNGSZIELE

Aus der sozial orientierten städtebaulichen Analyse des Untersuchungsgebietes im Stadtteil Drispstedt ergeben sich unter den Gesichtspunkten der sozialen Erneuerung des Stadtteils folgende Grundsätze und Zielvorstellungen für die Sanierung des Stadtteils im Programm "Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt", um den Stadtteil zu einem Ort mit einer "Positiven Zukunftsperspektive" werden zu lassen.

VORGESCHLAGENE MAßNAHMEN

STÄRKUNG DER LOKALEN WIRTSCHAFT, VON ARBEIT
UND BESCHÄFTIGUNG

- Schaffung von Voraussetzungen zur Entwicklung von mehr örtlichen Arbeitsplätzen und Beschäftigungsangeboten
- Übernahme von Koordinationsaufgaben für die Errichtung einer Förder- und Beratungsstelle für die örtliche Wirtschaft im Rahmen der Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen und im Sinne der Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes zur Schaffung von Arbeit.
- Qualifizierung von Arbeitsuchenden in Wohnortnähe
- Koordinierungsaufgaben für die Einrichtung örtlicher sozialer Qualifizierungsträger im Rahmen der Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Stadtteilmanagement.

VERBESSERUNG DES QUARTIERSZENTRUMS

- Stärkung der Nahversorgung im Stadtteil durch Attraktivierung des Quartierszentrums
- Koordination, Beratung und Unterstützung der Akquisition von Neuansiedlungen in den örtlichen Versorgungszentren im Rahmen der Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen im Sinne eines integrierten Handlungskonzeptes.
- Unterstützung der Bedeutung und Funktion des vorhandenen Quartierszentrums durch Öffentlichkeitsarbeit ("Stadtteilmarketing") im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes für die Stadterneuerung.
- Beratung und Unterstützung des Aufbaus eines Wochenmarktes im Quartierszentrum.

VERBESSERUNG DES WOHNWERTES DER
WOHNUNGEN

- Erweiterung der Vielfalt des Wohnungsangebotes durch Verbesserung des Wohnungsschlüssels (Reduzierung des Anteils kleiner Wohnungen, differenziertes Wohnungsgemenge).
- Förderung der Auffächerung des Wohnungsangebotes, der Wohnungszusammenlegung in Wohnungsbeständen mit einseitigen Wohnungsgrößen.
- Unterstützung der Differenzierung der Eigentumsstruktur durch Aufbau neuer Träger oder Bildung von Einzeleigentum im Geschosswohnungsbau.

VERBESSERUNG DES WOHNUMFELDES UND
ÖKOLOGIE

- Verbesserung des Wohnwertes durch Aufwertung des Wohnumfeldes

- Unterstützung der Begrünung von ungegliederten Flächen, der Begrünung von Vorgärten, der Fassadenbegrünung etc.
- Förderung der Neuordnung von Abfallsammelbehälterstandplätzen auf öffentlichen und privatem Grundstücken.
- Attraktiver altersgruppenorientierter Ausbau von Kinderspielplätzen
- Umbau bzw. Neueinrichtung der Kinderspielplätze am Schulzentrum (Ehrlicherstrasse) mit attraktiven altersgruppengerechten Spielbereichen und an der Hildebrandstrasse.

SOZIALE, KULTURELLE, BILDUNGS- UND
FREIZEITBEZOGENE INFRASTRUKTURMAßNAHMEN

- Verbesserung des sozial orientierten Infrastrukturangebotes
- Ausbau von Kinder-, Jugend- und Familienangeboten im Stadtteil unter Berücksichtigung der kulturellen Besonderheiten.
- Angebotserweiterungen für Wochenenden und Abendstunden für junge Erwachsene.
- Schaffung kleinteiliger Kommunikationsangebote für Nachbarschaften, die das Wohnumfeld nicht belasten.
- Weiterer Ausbau der Räume im Hochhaus Ehrlicher Strasse zu einem Kommunikationszentrum für den ganzen Stadtteil (Stadtteilcafe, Jugendbegegnung in Form eines Internetcafes, Ausbau von nicht kommerziellen Fitnessseinrichtungen etc.) in Kooperation mit bestehenden Angeboten der GBG.

BÜRGERMITWIRKUNG

- Aktivierende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Mit einer aktivierenden Beteiligung soll erreicht werden, ein eigenständiges Leben im Quartier zu entwickeln, den sozialen Verbund zu verbessern, alle vorhandenen örtlichen Potentiale zu stärken und die Bewohnerinnen und Bewohner dafür zu motivieren, in Initiativen und Vereinen und zur Entwicklung örtlicher Beschäftigung mitzuwirken und sich selbst zu organisieren. Die Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen sollen ganz besonders entwickelt werden durch:

- Stärkung des Mütterzentrums,
- Erweiterung von Kinderbetreuungsangeboten,
- Schaffung von frauenspezifischen Arbeitsprogrammen für allein erziehende Frauen (bedarfsgerechte Teilzeitausbildung).

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Einerseits sollen die Aktivitäten der sozialen Stadterneuerung durch eine selbständige Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil vermittelt werden, um eine höhere Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und das Image des Stadtteils aufzuwerten, andererseits sollte die Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden, das Stadtteilimage auch nach außen aufzuwerten, um für die lokalen Quartierszentren eine erhöhte Attraktivität und Bekanntheit zu erreichen durch:

- Stadtteilzeitung
- Stadtteilübergreifende Maßnahmen, wie z. B. Bürgerfeste und Kinderfeste, Jugendfeten.

MITWIRKUNGSBEREITSCHAFT IM QUARTIER

Im Zuge der vorbereitenden Untersuchungen wurde in Werkstattgesprächen mit den Akteuren im Stadtteil (Kath. Kirchengemeinde, Kontaktbereichsbeamter, Schulelternrat, Schwimmhalle Drispensedt, Freiwillige Feuerwehr Drispensedt, Ortsbürgermeister, KAB, Ev. Kirchengemeinde, Altenkreis Drispensedt, Chorgemeinschaft Drispensedt, Kinder- und Jugendhaus, der Ganztagschule Drispensedt, ev. Kindertagesstätte, IG Drispensedter Betriebe, kath. Kindertagesstätte, Apotheker, GBG Hildesheim) erste Handlungsmöglichkeiten besprochen.

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Im März wurden mit dem Wohnungs- und Hausverwaltungsunternehmen in Drispensedt ein Experteninterview durchgeführt. Die GBG - Besitzerin des größten Wohnungsbestandes im Untersuchungsgebiet, mit 1.684 Wohneinheiten - machte deutlich, dass sie schon heute große Anstrengungen unternimmt, den Stadtteil Drispensedt zu einem lebenswerten Stadtteil zu machen. Die Modernisierung des Bestandes durch energetische Sanierung und Modernisierung der Bäder wird kontinuierlich verfolgt. Das Stadtteilzentrum wird ausgebaut, Concierge-Lösungen werden angestrebt, ein Regiebetrieb der GBG arbeitet bereits im Quartier, die Kooperation mit einem Beschäftigungsträger (GGmbH) ist in Vorbereitung und ein auf den Stadtteil orientiertes Müllkonzept wird verfolgt.

STADTTEILAKTEURE

In Beteiligungswerkstätten wurden Stadtteilakteure zu ihrer Sicht der Probleme des Stadtteils befragt und anschließend im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen das Handlungskonzept gemeinsam beraten.

Folgende Problemfelder wurden zur Diskussion gestellt:

- Soziale und ethnische Integration
- Öffentlicher Raum und Sicherheit
- Wohnen und Wohnumfeld
- Soziale Infrastruktur (Schule, Kinder, Jugendliche, Familienförderung
- Arbeitsmarkt
- Besondere soziale Lebenslagen, Gesundheitsförderung.

In der Beteiligungswerkstatt wurde deutlich, dass die Probleme der Stadtteilakteure überwiegend in der Wahrnehmung der Nachbarschaft und der Kommunikation untereinander liegen. Es wurde die Außenwahrnehmung ihres Stadtteils von den Bürgerinnen und Bürgern beklagt und die Verbesserung von Nachbarschaft und Kommunikation durch Aktivitäten von Vereinen, Nachbarschaftseinrichtungen etc. gewünscht.

Darüber hinaus wurden die Gestaltung der öffentlichen Grünflächen und Kinderspielflächen und die Instandhaltung des Wohnumfeldes kritisiert. Für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde das Ziel der Erneuerung in einer verbesserten Attraktivität des Stadtteils insgesamt gesehen, die einen weitere soziale Entmischung verhindern und den Erhalt einer stärker gemischten Bevölkerungsstruktur insbesondere mit einem Zuzug junger Familien erreichen soll.

BEGONNENE AKTIVITÄTEN DER STADTERNEUERUNG

Die GBG wird im ersten Halbjahr 2000 im Stadtteil Drispfenstedt ein Stadtteilbüro eröffnen. In diesem Büro werden vor Ort alle Serviceleistungen angeboten, die bisher nur in der Hauptverwaltung abzurufen waren.

Seit Mai 1999 unterhält die GBG im Stadtteil ein Büro mit zwei hauptamtlichen Mitarbeitern, die mit dem Ziel der Konfliktbewältigung zwischen Mietern und Vermieter vermitteln sollen und alltäglich vor Ort präsent sind.

In einer ehemaligen Gaststätte hat die GBG einen Mietertreff eingerichtet, der von einer Mitarbeiterin mit der Aufgabe der Gemeinwesenarbeit betreut wird. Dieses Objekt kann auch für Familienfeiern für bis zu 60 Personen sowie für Informations- und Kulturveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden.

Ein Arbeitskreis "Soziale Dienste" wurde eingerichtet. In dieser AG sollen alle Institutionen und Vereine mitarbeiten, die im Stadtteil aktiv sind und eingebunden werden, um in Kooperation mit dem zu installierenden Stadtteilmanagement die Bedarfe zu konkretisieren, analysieren und zusammen zu fassen, um gemeinsame Handlungsspielräume zu erarbeiten und umzusetzen (Soziales Netzwerk).

Die Stadt führt derzeit im Rahmen der Beschaffungs- und Qualifizierungsförderung in Kooperation mit der GGmbH eine stadtteilorientierte Qualifizierungsmaßnahme durch, für die bereits Mittel aus dem europäischen Sozialfonds (ESF) eingeworben wurden.

STADTEILMANAGEMENT

Zur Realisierung des Handlungskonzeptes zur Sozialen Stadterneuerung in Drispfenstedt soll ein stadtteilorientiertes Stadtteilmanagement eingerichtet werden.

Das Stadtteilmanagement soll die komplexen Problemlagen im Stadtteil analysieren und zusammenfassen und durch behutsame Steuerung zur Reduzierung der Probleme beitragen.

Ein professionelles Stadtteilmanagement soll die vor Ort vorhandenen Potentiale stabilisieren und entwickeln. Der Schwerpunkt liegt damit im Aufbau von Bewohnerinitiativen in kleinen überschaubaren Projekten. Dabei soll an die Fähigkeiten und Aktivitäten der Bewohnerschaft angeknüpft werden.

Dieser Stadtteil zeichnet sich dadurch aus, dass dort partiell bereits eine hohe Konzentration materiell und kulturell benachteiligter Bewohner vorhanden ist. Dies wird besonders an der raschen Abwanderung von Familien und Erwerbstätigen deutlich (siehe Anzahl der Wohnungsleerstände). Deutlich wird dies auch dadurch, dass sich räumliche Einheiten bilden, in denen ein sogenannter sozialer Ausschluss bemerkbar wird (z. B. zwischen Einfamilienhäusern und Geschossbauten.)

Damit nun diese räumlichen Einheiten nicht noch mehr zur Quelle sozialer Benachteiligung werden, soll ein professionelles Stadtteilmanagement installiert werden, um noch vorhandene Potentiale vor Ort zu stabilisieren, die bereits vorhanden sind.

Der Schwerpunkt soll im Aufbau von Bewohnerinitiativen mit kleinen überschaubaren Projekten liegen. Dabei soll an die Fähigkeiten und Aktivitäten der Bewohnerschaft angeknüpft werden. Außerdem sollen alle Projekte und Vorhaben von den personellen, räumlichen, finanziellen und institutionellen Ressourcen im Stadtteil ausgehen. Gleiches gilt für die vorhandenen baulichen und sozialen Strukturen. Aufgabe des Stadtteilmanagements ist es daher, den Aushandlungsprozess von Interessengegensätzen und die Entwicklung von Projekten aus dem Stadtteil heraus zu moderieren und zu unterstützen sowie künftige Kommunikationsstrukturen im Stadtteil aufzubauen.

Stadtteilmanagement soll die Basis für dynamische und dem Stadtteil angepasste Entwicklungsprozesse bilden und ist deshalb nur als vorübergehende Aufgabe, das heißt, bis sich im Stadtteil eigene selbsttragende Strukturen und Arbeitsroutinen entwickelt haben, anzusehen. Vorerst sollte ein Projektzeitraum von 3 bis 4 Jahren angesehen werden

TEIL 3: WERKSTATT ZUR ENTWICKLUNG VON NACHBARSCHAFTEN

ANDREAS BUNGE:
ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN
WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT UND
GEMEINWESENARBEIT

In den letzten fünf Jahren haben sich die Arbeitsinhalte und Tätigkeitsfelder der Gemeinwesenarbeit der Diakonie Elberfeld grundlegend verändert. Von der ursprünglich fast ausschließlich aus kommunalem Mitteln finanzierten Gemeinwesenarbeit, ist die Gemeinwesenarbeit nun auch zum sozialen Dienstleister für das größte Wohnungsunternehmen in Wuppertal (Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Wuppertal –GWG-) geworden.

WIDERSPRÜCHE IN DER
GEMEINWESENARBEIT

Für Vertreter der reinen Lehre, die Gemeinwesenarbeit als unabhängiges Arbeitsprinzip sehen, das immer parteilich auf der Seite der betroffenen Bewohner stehen sollte, könnte dieses neue Verhältnis von Wohnungsbaugesellschaft und Gemeinwesenarbeit mit den damit verbundenen Verpflichtungen eine Form der Abhängigkeit bedeuten, die fachlich und ideologisch nicht mehr akzeptierbar ist. Könnte dies nicht bedeuten, das Gemeinwesenarbeit zum verlängerten Arm des Vermieters wird, der nun als „Wolf im Schafpelz“ auftritt, um mittels der Gemeinwesenarbeit seine Interessen subtiler und geschickter durchzusetzen? Hat sich der für viele nach wie vor auch gesellschaftskritische Anspruch von Gemeinwesenarbeit nun endgültig von seinen früheren Idealen verabschiedet und ist zum reinen Dienstleister derer geworden, die es kritisch zu betrachten gilt?

Zugegeben diese Kritik ist nicht ganz unberechtigt. Wer Gemeinwesenarbeit als vollkommen unabhängiges Arbeitsprinzip versteht, wird mit diesen Widersprüchen nicht leben können. In der Praxis befanden sich die Gemeinwesenarbeitsprojekte in der Bundesrepublik mit ganz wenigen Ausnahmen schon immer in finanziellen Abhängigkeiten von übergeordneten Institutionen und kommunalen Steuergeldern. Es wäre unehrlich zu behaupten, diese Projekte sind finanziell autark, wie z. B. Community Organizing Projekte in den USA.

Die Abhängigkeit von und Kooperation mit einem Wohnungsunternehmen bei der Sozialen Arbeit in einem bestimmten Wohngebiet ist nun eine direktere und transparentere und damit auch ehrlichere.

Die Positionen sind klarer: Das Wohnungsunternehmen bzw. der Vermieter erwartet von der Dienstleistung Gemeinwesenarbeit, daß sie sich für die Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation in einem meist problematischen Wohngebiet einsetzt. Das finanzielle Engagement sollte sich auch für den Auftraggeber rechnen, indem z. B. Leerstände in dem Wohnquartier reduziert werden, die Wohnzufriedenheit der Mieter ansteigt und Zerstörung und Vandalismusschäden abnehmen.

Weg von ideologischen Diskussion konnten wir in Wuppertaler feststellen, daß die theoretischen Widersprüche in der Praxis gar nicht so manifest sind und in fast allen Bereichen die Erwartungen von Mietern, Vermieter und Gemeinwesenarbeit durchaus deckungsgleich sind: Ziel aller Beteiligten ist, die Entwicklung einer funktionierenden Nachbarschaft, die in sich stabil ist.

In Wuppertal ist dies in drei Wohnquartieren durch die erfolgreiche Kooperation von Wohnungswirtschaft und Sozialer Arbeit gelungen. Durch gemeinsames, abgestimmtes und kreatives Handeln von Mietern, Vermieter und Gemeinwesenarbeit hat sich die Wohnsituationen in diesen drei Quartieren innerhalb von wenigen Jahren grundlegend verbessert.

KRITERIEN FÜR DIE KOOPERATION

Folgende Kriterien müssen hierbei als Grundlage für eine erfolgreiche Kooperation zwischen Wohnungswirtschaft und Sozialer Arbeit bzw. Gemeinwesenarbeit hervorgehoben werden:

KLARE KOOPERATIONSVEREINBARUNG

Die Positionen und Aufgaben der Gemeinwesenarbeit und des Wohnungsunternehmens sollten in einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Träger der Gemeinwesenarbeit und dem Wohnungsunternehmen vor Beginn der Zusammenarbeit eindeutig definiert werden. Diese Kooperationsvereinbarung sollte nicht nur der Geschäftsführung sondern auch den MitarbeiterInnen des Wohnungsunternehmens bekannt sein, damit auch auf der Handlungsebene die Position und die Aufgaben der Gemeinwesenarbeit klar sind und mit getragen werden können.

SPIELRÄUME DER GEMEINWESENARBEIT

Wenn das Wohnungsunternehmen einen sozialen Träger mit der Gemeinwesenarbeit in einem Wohnquartier beauftragt hat, darf das nicht bedeuten, daß der Auftraggeber die volle Kontrolle bzw. den Einfluß über die Tätigkeiten im Rahmen von Gemeinwesenarbeit hat.

Der Träger der Gemeinwesenarbeit muß für die konzeptionelle und inhaltliche Arbeit im Wohnquartier selbst verantwortlich sein! Die konzeptionelle Vorgehensweise sollte mit dem Wohnungsunternehmen abgestimmt werden. In keinen Fall dürfen die Mitarbeiter der Gemeinwesenarbeit gegenüber dem Auftraggeber weisungsgebunden sein. In Konfliktfällen zwischen Vermieter und Mieter nimmt die Gemeinwesenarbeit die Rolle eines Mediators ein.

KLARE ROLLEDEFINITION GEGENÜBER DEN BEWOHNERN

Für die Mieter im Wohngebiet muß die Rolle der MitarbeiterInnen der Gemeinwesenarbeit klar sein. Die MitarbeiterInnen der Gemeinwesenarbeit sind Entwicklungshelfer, damit sich die Situation im Wohngebiet verbessert. Der Klient ist das Quartier. Die MitarbeiterInnen werden zwar ganz oder teilweise von dem Wohnungsunternehmen bezahlt, sie sind aber weisungsunabhängig.

Wesentliche Aufgabe der Gemeinwesenarbeit ist die Aktivierung der Bewohner und die Schaffung eines Gremiums zur Bewohnerpartizipation (Mieterbeirat, Bewohnersprecher etc.). Gemeinwesenarbeit initiiert diese Bewohnerbeteiligung, die Tätigen vor Ort nehmen dabei eine weitgehend neutrale Rolle ein. Genauso wenig wie die Wohnungsgesellschaft erwarten kann, daß die Gemeinwesenarbeit einseitig die Interessen des Vermieters, wie z. B. bei Kündigungen wahrnimmt, können die Mieter nicht damit rechnen, daß die sich die MitarbeiterInnen der Gemeinwesenarbeit an Aktionen gegen den Vermieter beteiligen.

FÄHIGKEIT DER GEMEINWESENARBEIT,
WOHNUNGSWIRTSCHAFTLICH ZU DENKEN

Auch für die MitarbeiterInnen der Gemeinwesenarbeit müssen wohnungswirtschaftliche Zusammenhänge verständlich sein. Wohnungsunternehmen werden keine sozialen Aktivitäten in ihren Wohnanlagen unterstützen, die sich für die Unternehmen nicht in irgendeiner Form rechnen.

Betriebswirtschaftlich rechnet sich GWA u.a. durch:

- * höhere Zufriedenheit der Mieter,
- * geringer Mieterfluktuation und höhere Verweildauer in der Wohnanlage,
- * Vermeidung von Kündigungen und teuren Zwangsräumungen,
- * geringere Zerstörung und Vandalismusschäden in der Wohnanlage sowie
- * geringeren Verwaltungsaufwand aufgrund der Übernahme von Verwaltungsaufgaben durch Bewohnerorganisationen oder durch die Mitarbeiter der Gemeinwesenarbeit.

Imagemäßig bzw. öffentlichkeitswirksam rechnet sich Gemeinwesenarbeit als Werbeträger für das Wohnungsunternehmen, indem sich das Unternehmen

- * sozial engagiert zeigt,
- * Bewohnerbeteiligung und Mietermitbestimmung fördert sowie
- * Verantwortung für die positive Entwicklung eines Wohnquartiers oder Stadtteils übernimmt.

Diese Vorteile für ein Wohnungsunternehmen durch den Einsatz durch Gemeinwesenarbeit müssen auch für die Tätigen in der Gemeinwesenarbeit vor Ort akzeptiert werden und von ihnen mit getragen werden. Gemeinwesenarbeit, die von einem Wohnungsunternehmen finanziert wird, kann nicht zwischen Mieter und Vermieter polarisieren, sondern muß sowohl Vermieter als auch Mieterinteressen berücksichtigen.

SICHERUNG DER EFFIZIENTEN ARBEITSWEISE VON
GEMEINWESENARBEIT

Gemeinwesenarbeit als Dienstleistung für Wohnungsunternehmen bedeutet, daß der Auftraggeber (Wohnungsunternehmen) vom Auftragnehmer (Träger Gemeinwesenarbeit) bestimmte Leistungen, die zur Verbesserung der Situation im Wohngebiet führen, erwartet.

Die Erfüllung dieser Erwartungen unter Berücksichtigung der genannten Kriterien sind für ein Wohnungsunternehmen durch die direkte Bezüge zum Wohnungsbestand leicht zu überprüfen. Anders als bei der Finanzierung von Gemeinwesenarbeit durch öffentliche Mittel ist davon auszugehen, daß ein Wohnungsunternehmen ein gesteigertes Interesse an der Effizienz von Gemeinwesenarbeit im Wohngebiet hat.

Die MitarbeiterInnen im betroffenen Gemeinwesenarbeitsprojekt sind daher im Gegensatz zu öffentlich geförderten Projekten einer größeren Erfolgskontrolle und einem höheren Erfolgsdruck durch das Wohnungsunternehmen ausgesetzt. Dies kann auch die fachlich, inhaltliche Arbeit belasten. Unter diesen Bedingungen sind die MitarbeiterInnen gezwungen, die Effektivität ihrer eigenen Arbeit ständig zu überprüfen und zu verbessern. Angebote und Aktivitäten, die nicht von den Bewohnern mit getragen werden, müssen verändert oder eingestellt werden. Teure Personalstunden durch GemeinwesenarbeiterInnen müssen auch aufgrund wirtschaftlicher Kriterien durch das Engagement der Bewohner ergänzt bzw. ersetzt werden. Der/die GemeinwesenarbeiterIn muß sich zum/zur betriebswirtschaftlichen denkenden QuartiersmanagerIn entwickeln, der/die Personal- und Sachmittel effektiv einsetzt und die initiierten Entwicklungsprozesse ständig überprüft und optimiert.

LUTZ FINKELDEY: „JUGENDLICHE IM
STADTTEIL AKTIVIEREN“

unter Mitarbeit von:

Sandra Donat, Jenny Reulecke, Uwe Voslamber (Erstellung eines Videofilms zu Jugendlichen und dessen Auswertung in der Gruppe) und Dirk Begemann (Protokollant)

THESEN UND TEXTAUSSCHNITTE :

Aktivierung heißt nicht nur, was haben Planerinnen und Planer im Kopf, welches Modell haben sie parat, sondern ebenso: Was wollen die Jugendlichen? Nur wer am Messen beteiligt ist, kann spätere Maßverhältnisse akzeptieren.

I. Sozialpädagogische Ansätze dürfen weder spielerische noch lügnerische Kulissen für ansonsten verfehlte Jugendpolitik sein.

- Textausschnitt: Gerhard Schulze 2000: Kulissen des Glücks, Frankfurt/New York, s. insb. S. 7 - 8 o.

II. Ausgangspunkt sollte der gesellschaftliche Ist-Zustand sein.

- Textausschnitt: Hans-Magnus Enzensberger 1993: Aussichten auf den Bürgerkrieg, Frankfurt/M., s. insb. S. 47 und 51 - 54

III. Ohne Neugier und zunächst auf den Verzicht eigener Interpretationen können außenstehende Planerinnen und Planer Jugendliche nicht verstehen.

- Textausschnitt: Carl-Heinz Mallet 2000: Die Leute von der Hafestraße, Hamburg, s. insb. S. 10, 25

IV. Planerinnen und Planer können Projekte nur durch eine sorgsame Implementation in die Wege leiten.

Literaturhinweis: Gerd Becker 1995: Zur Implementation von Streetwork. 10 Schritte zur Entstehung eines Projekts, in: Gerd Becker/Titus Simon (Hg.): Handbuch aufsuchende Jugend- und Sozialarbeit, Weinheim/München, S. 51 - 66

INHALTLICHE AUSGANGSLAGE (SKIZZE):

WOHNBEBAUUNG UND SOZIALES

„Die gesamte Wohnstruktur mit ihren isolierenden Großparzellen, in denen die Menschen eingepfercht sind, ist krankheitsfördernd. Wer einmal in einem derartigen Gebäude gelebt hat, weiß, daß dieser Parzellenorganisation noch nicht einmal jene Gesellschaftlichkeit anhaftet, die Bienenwaben ausmacht, denn dort findet Kontakt statt, herrscht eine gewisse Durchlässigkeit.

Die Menschen hingegen haben keine Möglichkeit sich dort zu treffen, wo sie leben. Dafür stehen keine Räume zur Verfügung. In Komplexen, in denen 100 Menschen wohnen, gibt es zwar Kellerräume, die verlängerten Parzellen nach unten - gewissermaßen ihre Basis -, aber es gibt keine gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten, keine gesellschaftlichen

Räume. Vor allen Dingen bedeutet die bloße Zur-Verfügung-Stellung dessen, was ein Raum ist, noch lange nicht, daß er ausgefüllt wird.

Hier sind Arbeitsplätze für Menschen nötig, die Bedingungen organisieren, daß die Bewohner privaten Kontakt aufnehmen können. Zum Beispiel durch Veranstaltungen, Feste oder über ein kleines Café. (...) Hier ergäbe sich eine sinnvolle Arbeit, die auch in Anspruch genommen würde." (Negt, Oskar [1987]: Arbeitslosigkeit ist ein Strukturproblem der Gesellschaft, in: Roßmann, Ulrike [Hg.]: Provinz - Arbeitslosigkeit, Hannover, S. 16-32)

Beengte sowie unattraktive oder unzumutbare Wohnverhältnisse lassen Menschen in den öffentlichen Raum streben. In den Gebieten, in denen sich bisher keine gewachsene Wohnbevölkerung etablieren konnte, entstehen Rivalitäten in der Nutzung von (Frei-) Flächen. Das kann Vandalismus genauso wie Vertreibung oder Verdrängung bedeuten. In der Regel spielt dabei die architektonische Gestaltung eine große Rolle.

Der Film „La haine“ (Der Haß) über die Banlieue von Paris verdeutlicht dies prägnant: In Wohnsilos, in denen gedankenlos Menschen eingepfercht, sie zugleich aus dem durchschnittlich Gesellschaftlichen ausgegliedert sind, entsteht fast zwangsläufig Haß, Gewalt, eine andere Realität, die für die Menschen der Banlieue dann „Normalität“ bedeutet.

STADTTEIL ALS SOZIALES MILIEU

Für Jugendliche - aber auch Erwachsene - gilt es primär, ein "soziales Milieu" zu schaffen, das milieuspezifische Lebenswelten transportiert. Die milieuspezifische Lebenswelt bildet für Herlyn nach Hradil einen Filter oder Verstärker für strukturelle Ausgangslagen und prägt gleichzeitig die individuelle Relevanz von Strukturbedingungen (vgl. Herlyn, Ulfert: Marginalisierte Gruppen in der Stadt, in: Blanke, Bernhard / Smith, Randall: The Future of the Medium Sized City, Bristol 1991 [im deutschen Manuskript, S. 10])

Ein Stadtteil, der eine Ressource für Lebensbewältigung sein sollte, läßt sich analytisch in fünf Teilressourcen unterscheiden:

1. Stadtteil als Chance der Existenzsicherung durch Arbeit,
2. Stadtteil als Ort des Wohnens,
3. Stadtteil als Ort des sozialen Austauschs,
4. Stadtteil als Ort der Teilhabe an gesellschaftlichen Einrichtungen und
5. Stadtteil als Identitätsraum (vgl. ebenda, S. 12).

Diese Form der Lebensbewältigung enthält einerseits unverzichtbare Notwendigkeiten in erster Linie für aus dem Erwerbsprozeß Ausgegliederte oder allgemein Benachteiligte; andererseits ist er anachronistisch in einer global operierenden Welt. Solange ökonomisch gesehen der Ortslosigkeit - also alleinig den Verwertungsinteressen - gehuldigt wird, sind Marginalisierungen jedweder Art eine logische Folge.

BILDUNG UND JUGENDLICHE

Welchen Sinn hat denn Schulwissen oder Wissen aus einer Berufsausbildung, wenn es massenhaft in die Erwerbslosigkeit leitet?

Schul- und Berufsausbildung erfuhren bereits in den letzten Jahrzehnten deutliche Entwertungen, weil neue Arbeitsbereiche entstanden sind, die

keiner formalen Qualifikation bedurften (z.B. PC-Branche); oder Spezialbegabungen führten zu unglaublichen Reichtümern (z.B. Sport, Musik). Unseren Jugendlichen trichtern wir aber weiterhin ein, daß (Schul-) Bildung der Schlüssel zum Erfolg sei. Wer in jüngeren Jahren verzichten könne, könne später die Früchte ernten. Die Maxime der Jugendlichen muß aber heute lauten: Genieße im Hier und Jetzt, denn wer weiß, was kommt. Warum sollen sich Jugendliche den Alltag mit dem Lernen für die Schule versauen, wenn Zlatko für seine Zurschaustellung von Nichtwissen ordentlich abzockt. Äquivalente werden verschoben (vgl. Finkeldey, Lutz [2000]: Zur Situation der Jugend heute, in: Die Zeichen der Zeit, Juni 2000/3. Jahrgang, Hannover, S. 20-23).

Innerhalb des Kaleidoskops Bildung gibt es zudem extreme Niveauunterschiede. Benachteiligte Jugendliche werden zwar beschult und ausgebildet, doch bleibt deren Qualifikation oft "gestrig". Sie können etwas, doch das wird nicht oder kaum gebraucht oder abgewertet. Sogenannte "einfache Arbeitsplätze" fallen nach derzeitigem Wirtschaften immer mehr weg.

Die Konsequenzen haben Jugendliche zu tragen. So heißt es in einer Veröffentlichung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) aus dem Jahr 1999: "Erhalten Jugendliche mit guten schulischen und sozialen Voraussetzungen die Chance auf eine sehr individuell gestaltete Berufskarriere, bergen die unklaren Übergänge (von Schule zur Ausbildung, von Ausbildung zum Erwerbsarbeitsplatz, Anm. LF) erhebliche Unsicherheiten und Risiken für benachteiligte junge Menschen. Sie verlieren Verlässlichkeit und eine klare Orientierung (...)." (Bundesministerium für Bildung und Forschung [Hg.] [1999]: Berufliche Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher, Bonn, S. 11)

Nahezu 20% eines Jahrgangs bedürfen heute einer Benachteiligtenförderung (vgl. BMBF 1999, S. 13).

JUGENDLICHE UND SITUATIVE ORIENTIERUNG

Jugendliche sind sich dessen bewußt, daß es keine lebenslangen Planungen für sie gibt. Sie sind deshalb bereit, mit erhöhten Planungsunsicherheiten zu leben. Die Verkürzung von Zukunftsperspektiven gegenüber der „Normalbiographie“ lebenslanger Erwerbsarbeit führt insbesondere bei sogenannten benachteiligten Jugendlichen bzw. Jugendlichen mit weniger ausgeprägten individuellen Ressourcen zu situativen Orientierungen. Weil sie sich in sehr geringem Maß als Gestalter ihres Lebens sehen, verweigern sie sich langfristigen Festlegungen (vgl. Keupp, Heiner [2000]: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden, München, S. 65).

Situative Orientierungen stehen folglich strukturell auch Bildungs- sowie längerfristig projektierte Sozialer Arbeit entgegen. Wenn bei Jugendlichen in der erfahrenen Eigenwelt Spaß und Ad-hoc-Befriedigungen im Sinne eines Anpassungsverhaltens an gegebene (erwerbs-) gesellschaftliche Strukturen im Vordergrund sind, können demgegenüber verbindliche längerfristige Orientierungen nur dann Erfolg haben, indem sie Perspektiven eröffnen, die bisherige Verhaltensweisen sinnhaftig aufbrechen lassen, sie also einen Zeithorizont bieten, der eine hohe

Verlässlichkeit aufweist und Perspektivisches nicht nur als Chance offeriert, sondern tatsächlich in etwas Konkretes einmündet.

Der Charme und die Anziehungskraft der Rechtsextremen für benachteiligte Jugendliche liegt individualpsychologisch gesehen auch darin, daß sie einfache Lösungen geliefert bekommen, die die Welt eindimensional erklären helfen und die Mitmacher dabei zeitgleich erhöhen. Krisensituationen führen nicht zwangsläufig zu etwas Neuem. Oft geschieht genau das Gegenteil: Überschaubarkeit und Rückkehr in klare Verhältnisse sind gefragt.

Schließen läßt sich daraus, daß zunächst für Jugendliche klare Einmündungen mit realer Perspektive vorgehalten werden müssen, damit Zukunftsangst und Pessimismus, ein Gefühl des „Die-da-oben-machen-doch-alles-nur-zu-ihrem-Vorteil“ gar nicht erst aufkommen können. Erst dann kann ggf. in einen Lernprozeß eingestiegen werden, der das Optionale zur Maxime erhebt.

BEFRISTUNG VON ARBEITSPLÄTZEN

Arbeitsplätze, die eine befristete Erwerbsperspektive für SozialpädagogInnen beinhalten, sind für Soziale Arbeit durchaus hemmend, denn einerseits soll es um die (Re-) Integration der BewohnerInnen in durchschnittliche gesellschaftliche Standards gehen, während andererseits die gesellschaftliche Norm Erwerbsarbeit für sie selbst in Frage steht. Der Erfolgshorizont kann sich für das Individuum daher auf eine weitere Befristung des Arbeitsverhältnisses reduzieren. Wenn Fristarbeitsverhältnisse und jährliche Bewilligungen aber akzeptiert werden, müssen sie auch entsprechend beantragt werden. Eine Beantragung kann aber aufgrund von habitualisierten Politikprozessen nur positiv beschieden werden, wenn die Arbeit erfolgreich dargestellt wird bzw. Aussicht auf Erfolg hat. Ein Teufelskreis von „Produktästhetik“ beginnt sich zu schließen. Die entsprechenden Vergabegremien werden in ihrer instrumentellen Antwort "Finanzierungsform" bestätigt, da der Erfolg ihnen immer wieder bescheinigt wird. Den Projekten kann aufgrund dessen ein Legitimationszwang erwachsen, der sich immer weiter von der tatsächlichen Praxis entfernt, denn es fließen Kriterien von Kosten-Nutzen ein, die der praktischen Arbeit zuwiderlaufen (vgl. Finkeldey, Lutz [1992]: Armut, Arbeitslosigkeit, Selbsthilfe, Bochum, S. 207).

Anders formuliert: In den Entwicklungs- und Forschungsabteilungen von privatwirtschaftlichen Unternehmen arbeiten nur minoritär Fristkräfte. In der Regel werden die kreativsten Köpfe mit innovativen Aufgaben betraut. Für den sozialen Bereich heißt dies, daß Leute gesucht werden müßten, die Fähigkeiten und Interesse haben, etwas Neues zu experimentieren. Sie könnten sicherlich von Fristkräften flankiert werden; vor allem aber könnten sie von letzteren auf ihrem „alten“ Arbeitsplatz ersetzt werden.

VERLAUFS- UND ERGEBNISPROTOKOLL DER ARBEITSGRUPPE

Der nach der Anmoderation und dem Problemaufriß gezeigte Videofilm stellte zunächst Aufenthaltsorte Jugendlicher in Hildesheim und dann einige Jugendliche aus dem Hildesheimer Raum vor. Die Jugendlichen erzählten zuerst über ihre Familie, Schulisches und ihr Freizeitverhalten.

Darauf folgte in der Gruppe eine Ideensammlung zu möglichen Zukunftsvorstellungen der Jugendlichen und ihrer Aktivierbarkeit; im Anschluß wurden sie mit eben diesen von den Jugendlichen in einem weiteren Filmausschnitt geäußerten Vorstellungen und Wünschen konfrontiert. Ziel dieser Vorgehensweise war der Vergleich jugendspezifischer Ideen und Vorstellungen aus Sicht von sozial oder stadtplanerisch Tätigen gegenüber den Äußerungen von heutigen Jugendlichen.

Zwischen den Ergebnissen der Arbeitsgruppe und den via Film von den Jugendlichen geäußerten Vorstellungen gab es eine relative Deckungsgleichheit. Ein Erklärungsansatz dafür ist, daß die im sozialpädagogischen Bereich Tätigen in der Arbeitsgruppe deutlich überrepräsentiert waren. Sie sind aufgrund ihres Arbeitsfeldes wahrscheinlich eher „am Puls der Zeit“ als rein stadtplanerisch Tätige.

Die im Anschluss an den Film stattfindende Diskussion brachte zunächst einmal Kritik, inwieweit der Film repräsentativ Jugendliche darstellen würde, da zwei der sechs vorgestellten Jugendlichen zum Zeitpunkt des Interviews in einer Wohngruppe lebten.

Weitere Ergebnisse in Bezug auf die Vorstellungen von Jugendlichen und ihrer Aktivierbarkeit waren,

- * daß die vorgestellten Jugendlichen nicht so gewalttätig sind wie allgemein angenommen wird;
- * daß das Vorhandensein von „Normjungen“ in den Köpfen vieler Politiker das gegenseitige Verständnis erschwert;
- * daß Jugendliche als kompetente Partner im Dialog wahrgenommen werden sollten (insbesondere im Bezug auf ihren Lebensraum);
- * daß der Dialog mit Jugendlichen nicht als Publicity für Politiker mißbraucht werden darf;
- * daß es für Jugendliche nicht möglich ist, habitualisierte Politikwege zu gehen, da diese für sie veraltet, zu zeitaufwendig und veraltet sind;
- * daß oder ob stark divergierende Jugendliche und Cliquen in Jugendeinrichtungen oder „(Frei-) Räumen“ gemeinsam agieren können;
- * ob die Vorstellung der „Wunschnormalität“ in Bezug auf Jugendliche überhaupt wünschenswert oder erreichbar ist;
- * daß Gelder vielfach an den Vorstellungen Jugendlicher vorbei verplant und verbaut werden;
- * daß Jugendliche über eigene Gelder zur Gestaltung ihres Lebensraumes verfügen sollen;
- * daß ihr direktes Lebensumfeld von ihnen aktiv (mit-) gestaltet werden sollte (dies insbesondere in Bezug auf krankmachende Wohnfaktoren);
- * daß der Gedanke Berücksichtigung finden sollte, daß klassisch bürgerliche Zukunftsvorstellungen für die meisten Jugendlichen durch

den Wandel in der Erwerbsarbeitsgesellschaft nicht mehr erreichbar sind.

Im zweiten Teil der Arbeitsgruppe wurde ein prämiertes sozialarbeiterisches Projekt zur sozialen Arbeit mit Jugendlichen im Stadtteil vorgestellt (aus dem Forschungsprojekt des Deutschen Jugendinstituts „Fit fürs Leben“).

STREETWORK MIT JUGENDLICHEN

Das im Video vorgestellte Projekt hat in hohem Masse den klassischen Streetwork- Charakter. Die Jugendlichen werden von den SozialarbeiterInnen an ihren Treffpunkten aufgesucht und von ihnen zu Behördengängen (z.B. Berufsberatung) begleitet. In Ermangelung eines Jugendhauses wurde ein Streetball-Platz geschaffen, der mit zwei angegliederten Containern einen Treffpunkt für die Jugendlichen bietet.

Die im Anschluss an den Film stattfindende Diskussion über das im Film vorgestellte Projekt - aber auch ähnliche Ansätze aus der Erfahrungs- und Berufswelt der Teilnehmenden - ergab,

- * daß eine vollständige Institutionalisierung jugendlicher Entwicklung (Schule, sozialpädagogische Einrichtungen, Berufsberatung, Maßnahmen zur Berufsfindung etc.) neue vorher unbekannte Probleme mit sich bringt und zur „Verunselbständigung“ beiträgt bzw. Stigmata den Jugendlichen durch alle Institutionen begleiten;
- * daß Probleme, die gesellschaftlich bedingt sind (Wegfall von Erwerbsarbeitsplätzen insbesondere im unteren Segment des Arbeitsmarktes), gegenüber den Jugendlichen individualisiert werden;
- * daß aufgrund der Probleme bei und mit Jugendlichen eine Art „sozialpädagogischer Überwachungsstaat“ geschaffen wird, der die Jugendlichen solange ruhig stellt, bis sie dem Jugendalter entwachsen sind, somit aus den Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit herausfallen und sich mit ihrem individualisierten Schicksal als Versager bzw. Verlierer auf dem Arbeitsmarkt abzufinden haben;
- * daß durch die Soziale Arbeit Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe suggeriert, dann aber nicht erfüllt werden;
- * daß ein Aussortieren von Jugendlichen in der Leistungsgesellschaft zu der - wohl gewollten - gesellschaftlichen Realität gehört.

THOMAS BEHRENDT, MIETER BEI
DER ALTBAUSANIERUNG BETEILIGEN

Die Werkstatt hatte zum Ziel, die Möglichkeit der Ressourcenaktivierung innerhalb der Bewohnerschaft eines Quartiers und die daraus resultierenden Aspekte der Zusammenarbeit mit den Bewohnern als eigenständigen Akteuren bei der Verbesserung der Lebensbedingungen darzustellen.

Dieses Thema wurden in zwei Schritten bearbeitet: zum einen eine methodische Übung zur Bürgeraktivierung und zweitens einem Referat zur Bürgerbeteiligung bei der Altbausanierung anhand der Erfahrungen in Berlin-Prenzlauer Berg.

METHODIK DER AKTIVIERENDEN
BEFRAGUNG:

Das hier vorgestellte Konzept beruht auf zwei Prämissen:

- der Annahme, daß die Menschen Experten ihres eigenen Lebens und Umfeldes sind und
- der Annahme, daß sie bereit sind, sich in ihrem Umfeld zu engagieren, wenn dies ihren Eigeninteressen entspricht und Aussicht auf Erfolg hat.

Es geht bei der Bürgerbeteiligung um ein demokratisches Zusammenwirken aller betroffenen Bürger mit dem Ziel, ein tieferes Verständnis für die eigene Situation zu erlangen und die Fähigkeit zu entwickeln, die zur Lösung von Problemen führt. Diese Fähigkeit schafft die Möglichkeit der Einmischung in bestehende Entscheidungsstrukturen durch die Betroffenen als die eigentlichen Experten ihres Lebensumfeldes.

Wichtigster Faktor für eine erfolgreiche Beteiligung ist der persönliche Kontakt, um die gemeinsamen Interessen der Bürgerschaft aufzudecken. Damit Bewohner benachteiligter oder überforderter Nachbarschaften zum Akteur werden können, bedarf es eines Organisationsprozesses, in dem aus den bisher unartikulierten (Einzel-)Interessen ein gemeinsames Ziel wird und eine Gruppe entsteht, die lernt, sich im politischen Prozess einzubringen.

Professionelle Hilfe besteht darin, diesen Prozess anzustoßen und zu begleiten, in dem Schlüsselpersonen gesucht und geschult werden, die in der Lage sind, eine Gruppe zusammenzubringen und zu leiten.

Eine Möglichkeit, diesen Prozess anzustoßen, besteht in der sog. "Aktivierenden Befragung". Hierbei werden Bewohner (Mieter/Bürger) eines Stadtteils nach einem bestimmten Schema befragt. Dies kann als Haustürbefragung durchgeführt werden oder nach einem Schneeballsystem, bei dem man zunächst bereits bekannte Schlüsselpersonen befragt und sich jeweils weitere Empfehlung geben läßt.

Eine Möglichkeit der Kontaktaufnahme und Aktivierung solcher Schlüsselpersonen wurde von Thomas Behrendt vorgestellt und eingeübt.

TÜRÖFFNER

Ich stelle mich kurz vor:
Warum komme ich?
(Warum soll mich der andere/ die andere reinlassen?)

EISBRECHER/ MUNDÖFFNER

(etwas, das einfach zu beantworten ist: Z.B. wie lange wohnen Sie schon hier?)

PROBLEMFragen

z.B.
Wie ist Ihre Sicht über den Stadtteil
Welche Probleme sehen Sie?
Worüber ärgern Sie sich?

IDEENFRAGEN

Was müßte getan werden? Wer könnte was daran ändern?

AKTIONSFRAGEN

Wollen Sie was dagegen unternehmen?
Würden Sie etwas gemeinsam mit anderen machen?
Kennen Sie noch andere, die das so ähnlich sehen wie Sie?
Mit wem sollte ich Ihrer Meinung nach noch sprechen?

WIR TREFFEN EINE VERABREDUNG

z.B.:
Können wir eine bestimmte Person gemeinsam besuchen?
Sie wollen eingeladen werden zur Veranstaltung am ...
Sie wollen kommen am ... um ...Uhr
Ich hole Sie ab, damit wir zusammen hingehen am....
Sie wollen noch weitere Informationen und laden noch andere zu sich nach Hause ein
Sie wollen keinen weiteren Kontakt mit mir, denn wir sind auf keinen gemeinsamen Nenner gekommen

NACHTRÄGLICH (FÜR MICH)

Ich mache mir Notizen: was ist das Eigeninteresse der Person?
Woran kann ich wieder anknüpfen?
Telefonnummer und anderes, was mir wichtig ist, notieren

ZIELSETZUNG DER METHODE IST:

- * Persönliche Kontaktaufnahme und Kennenlernen
- * Erkunden der Problemsicht, Stimmung im Stadtteil und
- * das Eigeninteresse der Akteure/Aktivisten finden.

Diese Zielsetzungen begründen die persönliche Kontaktaufnahme insofern, als dass sie sich nur in der direkten Interaktion mit dem Bewohner erörtern lassen. Sie begründen aber auch die Notwendigkeit von sogenannten Schlüsselpersonen, da Gemeinschaft nicht von einem einzelnen Gemeinwesenarbeiter allein organisiert werden kann. Der Gemeinwesenarbeiter übernimmt lediglich die Funktion, Beziehungen zwischen den Quartiersbewohner festzustellen, aufzuzeigen und zu knüpfen.

Durch diese Gespräche werden mögliche Interessenten für eine Bürgerorganisation ausfindig gemacht. Im weiteren werden diese gemeinsam eingeladen, um eine oder mehrere Aktionsgruppen zu bilden und an konkreten Zielen zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil zu arbeiten.

MIETERBETEILIGUNG IN BERLIN-PRENZLAUER
BERG

Im zweiten Teil der Arbeitsgruppe erläuterte Thomas Behrendt die Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung bei der Altbausanierung in Berlin-Prenzlauer Berg.

Prenzlauer Berg ist ein innenstadtnaher Stadtteil in Ostberlin mit hoher Altbausubstanz. Im Bezirk wurden seit der Wende fünf Sanierungsgebiete und sieben sog. "Milieuschutzgebiete" für insgesamt ca. 50.000 Altbauwohnungen mit hohem Sanierungsbedarf festgelegt. In den "Leitlinien des Berliner Senates zur behutsamen Stadterneuerung" ist festgelegt, daß bei der Sanierung die betroffenen Mieter und Gewerbetreibenden zu beteiligen sind. Dies geschieht auf zwei Ebenen:

- der individuellen Ebene durch das Sozialplanverfahren und
- der kollektiven Ebene durch die Betroffenenvertretungen.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Beide Beteiligungsebenen sind durch gesetzliche Grundlagen gesichert.

Nach § 180 Baugesetzbuch besteht die Sozialplanpflicht für umfassende Erneuerungsmaßnahmen in Sanierungsgebieten. Der Berliner Senat hat in Sozialplanrichtlinien die Durchführung näher geregelt. Dies bedeutet, daß für die Altbausanierung eine unabhängigen Mieterberatungsgesellschaft beauftragt wird, um die betroffenen Mietparteien einzeln zu informieren und zu beraten. Um soziale Härten aufgrund der Sanierung auszuschließen sind hausbezogen Sozialpläne aufzustellen.

Mit § 138 BauGB ist darüber hinaus geregelt, daß die von den Erneuerungsmaßnahmen betroffenen Eigentümer, Mieter und Gewerbetreibenden angemessen zu beteiligen sind. Auch hier hat die Berliner Landesregierung mit Ausführungsvorschriften den Aufbau von auf

die Sanierungsgebiete bezogenen Betroffenenvertretungen und Sanierungsbeiräte geregelt.

Bürger in den Sanierungs- und Milieuschutzgebieten können auf öffentlichen Bewohnerversammlungen in einfacher Wahl sog. "Betroffenenvertretungen" und Sanierungsbeiräte wählen. Diese genießen gewisse Anhörungs-, Akteneinsicht und Vorschlagsrechte gegenüber der Verwaltung. Für die Organisation und Durchführung sind die Sanierungsbeauftragten des Landes Berlin verantwortlich. Der Bezirk Prenzlauer Berg hat darüber hinaus den Betroffenenvertretungen ein Antragsrecht in der Bezirksverordnetenversammlung eingeräumt.

SOZIALPLANVERFAHREN

Im Folgenden erläuterte Thomas Behrendt kurz das Sozialplanverfahren.

(Siehe hierzu folgende Verknüpfung: <http://www.bmp.de/vorort/9912/>)

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß vergleichbare Vorgehensweisen in Hildesheim bisher nicht Praxis sind.

DORTHE CARLS: GEDANKEN UND
FRAGEN ZUR TAGUNG

Viele offene Fragen sind aufgetaucht als ich mich erneut inhaltlich mit der Tagung auseinandergesetzt habe :

- ⇒ Was ist eine Soziale Stadt ?
- ⇒ Welche Veränderungen sollen und / oder werden in einer Stadt angestrebt, um sie zu einer sozialen Stadt zu machen ?
- ⇒ Welche Rolle spielen die Bewohner bei den Veränderungen ?
- ⇒ Welche Rolle nehmen die Gemeinwesenarbeiter im Stadtteil ein ?
- ⇒ Was habe ich durch die Tagung gelernt ?

Bei all diesen Fragen kommen mir immer wieder die am wichtigsten erscheinenden in den Kopf:

WIE SEHEN DIE BEWOHNER IHREN STADTTEIL?

Bei der Tagung wurde die ganze Zeit über ein Thema geredet, das uns alle betrifft. Doch diejenigen, von denen gesagt wird, dass sie unter den vielbesagten, aber nicht an Indikatoren festzumachenden Problemen am meisten „leiden“, die Bewohner der „Problemstadtteile“, kamen nicht zu Wort.

Ich habe bei der Tagung viel Neues gehört und gesehen, aber von den Betroffenen habe ich sehr wenig erfahren. Ich habe gehört, dass in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf viele Ausländer leben, ein großer Teil der Menschen auf die Sozialhilfe angewiesen ist und dass dort Müllprobleme vorhanden sind.

Aber was empfinden die Betroffenen als ein Problem und welche Ideen haben sie, um dieses zu verändern ?

Eine große Bereicherung der Tagung wäre gewesen, wenn BürgerInnen aus Projekten ihre Projekte vorgestellt hätten.

WAS IST EINE „GUT FUNKTIONIERENDE
NACHBARSCHAFT“?

Das Leben und die Nachbarschaften in Drispfenstedt oder in St.Pauli sind vielleicht weniger anonym als das vieler Einfamilienhaussiedlungen ?

Kommt es dort vielleicht eher zu Kommunikation und Austausch unter den Bewohnern ?

Und werden in den Studien und Untersuchungen, die über „benachteiligte“ Stadtteile erstellt werden, auch die Potentiale mit „einkalkuliert“ die jeder Stadtteil und dessen Bewohner besitzen und hervorbringen ?

Warum gibt es keine Studie, die zusammen mit den Bewohnern des jeweiligen Stadtteiles erstellt wurde ?

Durch längerfristige Beobachtungen, und Gespräche mit Bewohnern, erhält man meiner Meinung nach ein Bild, das viel mehr über die reale Lebenswelt eines Quartiers aussagt.

Für mich ist eine Soziale Stadt ein Lebensraum, in dem jeder Mensch einen Platz zum Leben findet. Jeder Bürger sollte an Entscheidungen, die ihn und sein Lebensumfeld betreffen, teilhaben und mitentscheiden können. Er sollte die Möglichkeit haben, seine Umwelt verändern und gestalten zu können.

Auch die nicht „erfolgreichen“, die weniger kaufkräftigen, die Minderheiten und die, die unter Armut leiden, müssen all diese Möglichkeiten haben und dürfen nicht ausgegrenzt werden. Eine Stadt sollte jedem der in ihr und mit ihr lebt und leben will, einen Platz bieten und ihn auffangen können, wenn er Halt braucht. Eine Stadt sollte kein reiner Wirtschaftsstandort sein, in dem es nur um Erfolg, Gewinn und Konsum geht.

Gerade in den Innenstadtbereichen passiert Segregation und Ausgrenzung. Menschen, die ein großer Teil der Bevölkerung als unproduktive und unvollständige Mitglieder der Gesellschaft ansieht, werden von öffentlichen Plätzen verwiesen und sollen aus dem „neuen, glänzenden“ Bild der Einkaufspromenaden verschwinden. Denn hier geht es „um die Fließgeschwindigkeit der kaufkräftigen Bewegungseinheiten zwischen den Magneten“.

FEHLENTWICKLUNG NICHT NUR IN
„BENACHTEILIGTEN STADTTTEILEN“

Wieso also wird hauptsächlich über benachteiligte Stadtteile, wie z.B. die Hildesheimer Nordstadt und Wilhelmsburg geredet ?

Nach meiner Auffassung zeigt die Entwicklung in den Innenstädten, dass auch dort Fehlentwicklungen stattfinden, Defizite vorhanden sind und somit großer Handlungsbedarf besteht.

Und welche Auswirkungen hat das auf die Soziale Stadt und die Wege zu ihr ?

Da ich glaube, dass eine Stadt ein Gefüge aus vielen verschiedenen, sehr unterschiedlich zusammengesetzten (Stadt)-teilen ist, glaube ich auch, dass alles das, was in einem dieser Stadtteile passiert und sich verändert, auch Auswirkungen auf die übrigen Stadtteile hat.

BERUFSBILD DES GEMEINWESENARBEITERS

Gemeinwesenarbeit ist für mich eine Arbeit, die nicht unbedingt das Ziel meiner Ausbildung, bzw. meines Studiums ist, trotzdem macht es mir Spaß, mich mit diesem Arbeitsfeld der Sozialarbeit zu beschäftigen und etwas über Inhalte, Hintergründe und Theorien zu lernen. Mir gefällt das Ziel, das ich mit Gemeinwesenarbeit verbinde.

- dass man nämlich mit den Bewohnern eines Stadtteiles zu dem Punkt kommen kann, an dem sie ihre persönlichen und gemeinsamen Ziele und Interessen vertreten, und erkennen, dass jeder für seine Rechte kämpfen kann, für sich sprechen kann und sich wehren kann.
- und dass eine Gemeinschaft von Menschen, die das gleiche Ziel hat, noch viel mehr tun kann gegen Ungerechtigkeit und bestehende (Macht)-verhältnisse;

- dass Menschen etwas über ihre Fähigkeiten und deren Nutzbarkeit lernen, und das jeder die Möglichkeit hat sein Leben und seine Umwelt zu gestalten und zu verändern.

Doch schwierig wird es dort wo Menschen für andere Menschen handeln, Programme aufstellen und Pläne ausarbeiten um etwas zu verändern.

Wann handelt man für und vor allem mit den Bürgern, und wann handelt man für andere Interessengruppen ?

Ich will nicht behaupten das zu wissen, ich kann mir nur vorstellen, dass man den Bewohnern immer näher sein sollte als Personen und Institutionen mit denen man kooperiert, wie z.B. Städteplanern, Gemeinnützigen Baugesellschaften und Stadtverwaltungen.

KONTAKTSUCHE MIT DEN BEWOHNERN

Ich glaube nicht, wie ich es auf der Tagung gehört habe, dass das Lehrbuch des sozialen Managements in der Hauptsache aus einer flexiblen Belegung, einer Aussetzung der B-Schein-Bindung, dem Tausch von Belegungsrechten und der Förderung der Infrastruktur besteht. Und ich glaube auch nicht, dass Kundennähe unbedingt durch ein Stadtteilbüro als „Anlaufstelle“ für Mieter demonstriert wird. Das sind alles Dinge, die vielleicht zu einer Verbesserung im Stadtteil beitragen können. Doch ich halte diese Möglichkeiten nicht für ein Rezept, um einen überforderten Stadtteil zu entlasten und auch nicht für ein Lehrbuch des sozialen Managements.

Ein Lehrbuch wäre für mich die Kontaktsuche mit den Bewohnern eines Stadtteiles; Gespräche mit ihnen zu führen und eine vorsichtige, nicht übereilte Einschätzung der Situation im Stadtteil zu versuchen.

Ich denke, dass man ein Problem genauer kennen sollte, bevor man versucht, es mit anderen zusammen zu lösen. Um Probleme kennenzulernen würde ich als erstes Kontakt zu den Menschen herstellen und mit ihnen sprechen, Menschen, über die man sagt, dass sie Probleme haben.

LÖSUNGEN GEMEINSAM ERSTREITEN

Mir scheint die Schlußfolgerung sehr nah, dass sich die Beteiligten mit Lösungen, die man zusammen mit ihnen erarbeitet, evtl. auch erstritten hat, eher identifizieren können und diese Lösungen dadurch auch langfristig Wirkung zeigen.

- * Warum wird nach schnellen Lösungen und Beurteilungen gesucht ?
- * Warum wird nicht erst versucht die Potentiale die vorhanden sind zu erkennen, sichtbar zu machen und zu nutzen?

Viele Fragen sind durch diese Tagung entstanden und viele blieben bis jetzt unbeantwortet. Aber ich habe gerade dort festgestellt, daß Städte, mit ihren Veränderungen und Entwicklungen, Orte sind an denen sehr viele Interessen und Interessengruppen auf einander treffen.

Eine einzige Tagung, die sich auch noch die Kooperation zwischen den Interessengruppen als Schwerpunkt gesetzt hat, kann meine Fragen nicht alle beantworten. Über die Fragen die ich mir und anderen jetzt und in Zukunft stelle, will ich mich nicht beschweren, denn sonst würde ich ja alles fraglos hinnehmen und das tun schon andere für mich.

NADINE VENNEKOHL: WEGE

GERADEAUS UND DIE NÄCHSTE LINKS-

Ich bin Studentin im 3. Semester am Fachbereich Sozialpädagogik an der Fachhochschule in Hildesheim.

Auf dem Weg zur Sozialen Stadt begegnen mir viele Wegweiser. „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, „Sozialraumorientierung“, „Stadtteilbüro“, „Stadtteilmanagement“, „Quartiersmanager“, „Segregation“, „sozialräumliche Polarisierung“ und immer wieder die „Partizipation der Bewohner im Stadtteil“ tauchen vor meinen Augen auf. Für mich bot sich durch die Tagung „Wege zur Sozialen Stadt“ die Möglichkeit, Einblick und Informationen über das Bundesländer-Programm „Soziale Stadt“ zu erhalten, sowie über Stadteilerarbeit und Konzeptionen aus unterschiedlichen Stadtteilen zu erfahren. Es wird hier von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf gesprochen, nicht mehr von sozialen Brennpunkten- denn es geht hier nicht um punktuelle Probleme, die vermeintlich rasch gelöscht werden können. Gemeint sind Stadtteile, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits zu rutschen. Das Programm „die Soziale Stadt“ strebt strukturelle Prozesse an, die Stadtteile zu selbständigen lebensfähigen und zu lebenswerten Stadtteilen entwickeln sollen.

IMPULSE

Impulse reichen dabei von ökonomischen bis zu kulturellen, von städtebaulichen bis ökologischen Impulsen. Das Programm will eine integrierte Stadteilerneuerung in Gang setzen und weiterführen. Dabei soll zu einem Zusammenspiel möglichst vieler Professionen angeregt werden.

Ich bin begeistert von dem Programm der Sozialen Stadt - sehe mich selbst schon als eine Stadtteilmanagerin in einem Stadtteilbüro über die Wege eines „Empowerment der Bewohner und ihres Stadtteils“ gemeinsam mit den Bewohnern und mit bisher ungewohnten neuen Kollegen, Anwaltsplanern und Sanierungsbeauftragten Zukunftswege planen und umzusetzen.

Es scheint, als hat sich ein mir neues und bedeutsames Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit aufgetan, dem ich mich in Zukunft nicht entziehen möchte.

Nun gut, die Tagung bewegte mich nicht nur über mögliche Berufsperspektiven nachzudenken.

VERANTWORTUNG FÜR DIE ENTWICKLUNG

Für mich wurde vielmehr durch die Beiträge der Referenten, der Wortmeldungen der Teilnehmer und durch den „Hildesheimer Abend“ deutlich, daß das Programm der „Sozialen Stadt“ und der sozialen Sanierungsgebiete einer aktuellen und nicht vorübergehenden problematischen Entwicklung in Lebensräumen von Menschen entgegentritt. Die Erfahrungen aus Stadtteilen zeigen, daß je nach Identifikation mit dem eigenen Wohnort auch die Verantwortung für eine positive Entwicklung im jeweiligen Stadtteil wächst. Ich bin der Meinung,

daß das Ziel, Bewohner zu Partizipation zu mobilisieren und ihnen Chancen aufzuzeigen, selbst eine Bewegung in ihren Stadtteil zu bringen, für die Zukunft wichtig ist.

Zum Schluß kann ich schreiben, daß ich in der „Sozialen Stadt“ gerade ankomme und nun zunächst meinen Stadtplan hervorhole, denn Wegweiser allein reichen manchmal noch nicht aus, um sich zu orientieren.

ALEXANDER HORNBURG: WIDERSPRUCH ZUM SCHULTERKLOPFEN

Der Gesamtblick auf die Tagung und die dort vorgestellten Ideen und Projekte, verleitet dazu anzunehmen, man müsse bloß die vielen Vorschläge aufnehmen und befände sich dann unmittelbar auf dem richtigen Weg (zur sozialen Stadt). Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich jedoch die ein oder andere Idee als relativ einfallslos, wenn man sie mit folgenden Prämissen, die ich als einzelne Punkte kurz durchgehen will, vergleicht. Ich maße mir nicht an, alles besser zu wissen, jedoch erscheint mir ein Widerspruch zum allgemeinen Schulterklopfen durchaus als gewinnbringend für diese Dokumentation.

ZIELGENAUIGKEIT

Nehmen wir als Ziel entweder die Beseitigung eines Problems oder die Herstellung eines Ideals, so wird in jedem Fall die Zieldefinition davon abhängen, wer über sie bestimmt. Problemanalysen gehen vorrangig von den Initiatoren folgender Projekte aus. Die Betroffenen sind meist Objekt. Grundlage einer Intervention wird das Problem, was man mit bestimmten Gruppen oder Quartieren hat. Durchbräche man dieses Prinzip, kämen unweigerlich neue Problemfaktoren, die nicht in die Perspektive der Planenden passen, hinzu. Eine Übereinstimmung wäre eher selten.

KOMPROMISS

Ziel einer Reform sollte zuerst einmal kein Kompromiss sein. Die Genauigkeit der Zielvorstellung dient eher der Überprüfung von Kompromissen. Utopien geben zwar wenig Handlungsansatz, weichen aber auf jedem Fall von dem ab, was ohnehin auf der politischen Tagesordnung steht. Ziel ist also nicht der Konsens, sondern die eigene Vorstellung des zu erreichenden Ziels. Ein Kompromiss ist demnach auch nicht die auf das Maß der gegnerischen Zielvorstellung zurechtgestutzte eigene Zielvorstellung, sondern der Versuch eine möglichst breite Unterstützung für die eigenen Belange zu erreichen.

BETEILIGUNG

Das Aushandeln eines so gearteten Kompromisses setzt allerdings eine Gleichrangigkeit der Parteien voraus. Beide brauchen eine ähnliche Machtposition innerhalb des Prozesses. Bei den meisten vorgestellten Projekten wird die Beteiligung an solchen Prozessen allerdings seitens der Initiatoren vergeben, und zwar in dem Maße, wie sie ihnen im Sinne ihrer Zielvorstellung sinnvoll erscheint. Echte Beteiligung muß also über die Zustimmung oder Ablehnung eines einseitig vorgefertigten Vorschlags hinausgehen.

PROJEKT / PROZESS

Hierbei ist ein Prozeß der Beteiligung gefragt, der weit vor der Beteiligung an vorgefertigten Projekten beginnt. Beteiligung beginnt schon bei der Zieldefinition. An einem Punkt also, wo die meisten Projekte noch gänzlich inoffiziell in den Köpfen weniger ‚Experten‘ lauern. Projekte ohne einen gleichzeitigen so gearteten Prozeß ergeben für die Umverteilung von Entscheidungsbefugnissen meines Erachtens nur wenig Sinn.

DEMOKRATIE / MACHT

Es geht also bei Beteiligung um eine Redistribution gesellschaftlicher Machtverteilung nach urdemokratischen Idealen.

STRUKTURELLE VERÄNDERUNG

Der Kern meiner Überlegung wäre also zu schauen, inwiefern einzelne Ansätze auf dem Weg zur sozialen Stadt die strukturellen Mechanismen der Partizipation des einzelnen reformieren. Fraglich ist, ob Bundesprogramme sich überhaupt ihrer zeitweiligen sprachlichen Radikalität bewußt sind, wenn sie über Partizipation berichten.

EIGENSTÄNDIGER PROZESS ERFORDERT EIGENSTÄNDIGEN ANSATZ

Strukturelle Veränderungen zugunsten benachteiligter Gruppen müssen also von ‚unten‘ kommen, um nicht die Lenkung ihres Einflusses auch gleich wieder ‚oben‘ zu monopolisieren. Ich bin mir auch nicht sicher, ob derartige Ansätze durch fachübergreifende Zusammenarbeit aller Akteure in der Stadtentwicklung größere Chancen erhalten. Es handelt sich um einen eigenständigen Ansatz, der halbherzig, konsensual durchgeführt, zuviel von seinen Zielvorstellungen aufgeben müßte.

Soziale Arbeit, bzw. Gemeinwesenarbeit, sollte daher nicht schauen, wo sie sich und ihre Vorstellungen in den bestehenden Strukturen unterbringen kann, sondern eigenständige Ansätze auch eigenständig vertreten, was nicht bedeutet sich dem Dialog und der Auseinandersetzung mit anderen Interessen zu verschließen. Eine Überprüfung der vorgestellten ‚Wege‘ auf der Tagung im Hinblick auf diese Punkte soll also nicht ihrer Demontage sondern ihrer ‚Verbesserung‘ dienen.

MARIA KLUG: WAS
BÜRGERINNEN BRAUCHEN, UM
SELBST ZU BESTIMMEN

TRANSPARENZ

Die Vertreter aus Politik und Verwaltung einer Stadt beschäftigen sich mit vielen Dingen, die direkten Einfluss auf das alltägliche Leben in dieser Stadt haben.

Betroffen sind irgendwann einmal alle Menschen die hier leben –mal mehr , mal weniger. Für BürgerInnen ist es oft nicht möglich über alle Planungen informiert zu sein.

Zwar erfährt sie oder er einiges aus der Zeitung... , aber welche Durchschnittsbürger waren schon einmal bei einer Ratssitzung dabei? oder sind es gar regelmäßig?

Wer versteht alle Zusammenhänge von Planungen im eigenen Wohngebiet?

BEISPIEL

Es wurde bekannt, dass die Marienburger Straße (Hauptstraße im Stadtteil) ausgebaut werden soll.

Um an Informationen zu gelangen versuchte ich im Rathaus anzufragen, ob wir die Pläne einsehen könnten. Nach mehrmaligem Weiterleiten an verschiedene Personen sagte mir schließlich ein Mitarbeiter, die Pläne hingen doch im Rathaus (1. Etage) öffentlich aus !

(Anfangs wurden uns von einer freundlichen Mitarbeiterin sogar ein Teil der Pläne kopiert, was später nach Gründung einer Bürgerinitiative gegen den Ausbau sehr schwierig wurde.)

Fazit : Als BürgerInnen war uns nicht klar, was im Rathaus an Informationen zu bekommen war...

Um wiederum vielen MitbürgerInnen diese Informationen weiterzugeben, haben wir uns als Bürgerinitiative z.B. an Markttagen mit den ausführlichen Plänen auf unseren zentralen Platz gestellt und detailgenau erklärt und informiert. Das Interesse war sehr groß – im Rathaus hingegen war niemand gewesen...

VISION

Alle Informationen, die das Leben im Stadtteil betreffen werden, auch ohne Anfrage seitens der BürgerInnen, in den Stadtteil hineingetragen z.B. durch eine öffentliche Infoveranstaltung, eine Veröffentlichung in den örtlichen Medien und auch „Vor-Ort“ Termine. Das weckt die Neugier der Bewohner.

Und da bin ich schon beim zweiten Punkt...

BETEILIGUNG

In der breiten Bevölkerung herrscht offensichtlich der Eindruck, die „da oben“ werden das schon machen. Da habe ich als einzelne/r BürgerIn sowieso keine Chance.

BEISPIEL

Bei verschiedenen Aktionen (Bürgerinitiative gegen den Ausbau der Straße) wurde uns häufig von Passanten signalisiert, es sei ja so toll, dass wir uns so einsetzen würden, aber wir hätten keine Chance. Wenn die Verwaltung, dass geplant hat wird es auch so gemacht...

Aber:

Zu Bürgerversammlungen, zu denen unsere BI eingeladen hatte kamen geladene Politiker usw. und **dadurch** auch viele Bürger.

VISION

Regelmäßig veranstalten BürgerInnen, Vertreter aller Parteien und Entscheidungsträger aus der Verwaltung eine „Stadtteilkonferenz“.

Hier werden aktuelle Entwicklungen und Neuigkeiten im Stadtteil, Ideen aller Beteiligten, Umsetzung gemeinsamer Pläne und langfristige Ziele für den Stadtteil behandelt.

Bürger beteiligen bringt hohe Zufriedenheit. Daraus ergibt sich ein größeres Engagement.

WERTSCHÄTZUNG

Für die Entscheidungsträger scheinen Initiativen der Bürger eine Gefahr darzustellen.

Wenn ich mir die Reaktionen einiger „Verantwortlichen“ ansehe, fällt auf, dass sie sich meistens in Verteidigungsposition befinden.

Haben sie einen Status der Unfehlbarkeit?

Sind sie die einzigen Experten? Oder sind nicht alle Menschen Experten für ihr eigenes Leben und Zusammenleben?

Können sie wichtige Entscheidungen wirklich **verantworten**?

BEISPIEL:

Frau Prof. Mattern äußerte sich in ihrem Referat am Rande über den Hildesheimer Abend: Sie war erstaunt, wie abweisend die Stadtverwaltung gegenüber den BürgerInnen auftrat und erklärte, dass sie als Baudezernentin (dieses Amt besetzte sie früher in Hannover) froh gewesen wäre um solch aktive Bürgerinnen...

VISION:

Die Menschen, die ihre Aufgabe in Rat und Verwaltung erfüllen, freuen sich über aktive BürgerInnen. In der Hoffnung von den eigentlichen Experten, die täglich vor Ort leben wertvolle Anregungen für ihre Arbeit zu bekommen, informieren sie sich über deren Wünsche und Sorgen. Dadurch nutzen sie das ganze Potential, welches jeder Stadtteil besitzt.

BürgerInnen, die ihr Lebensumfeld mitgestalten können und ihren Einfluss auf Veränderungen spüren, fühlen sich ernst genommen. Lösungen, an denen viele mitgearbeitet haben, bekommen eine viel größere Akzeptanz und schaffen eine Identifikation mit dem eigenen Umfeld. Die Menschen gehen selbstbewusst an die Probleme ihres Stadtteils und entwickeln eigene Ideen zu deren Lösungen. Die BürgerInnen fühlen sich stärker verantwortlich für die Entwicklungen im Stadtteil und damit auch in der ganzen Stadt.

ANHANG:

MICHAEL ROTHSCHUH: ÜBERBLICK ZUM
PROGRAMM „SOZIALE STADT“

Das Programm wird in seinen verschiedenen Facetten in www.sozialestadt.de beschrieben und dokumentiert.

Hier soll es in knappen Stichworten vorgestellt werden:

PROBLEM: SOZIALRÄUMLICHE SPALTUNG IN
DEN STÄDTEN

GRÜNDE

- fehlende Erwerbsmöglichkeiten für gering qualifizierte ArbeiterInnen
- Einfrieren sozialer Leistungen
- Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung

FOLGEN

- ⇒ Spaltung der Stadt
- ⇒ geringe Stadtteil-Identität
- ⇒ hohe Folgekosten
- ⇒ Leerstand → Kosten

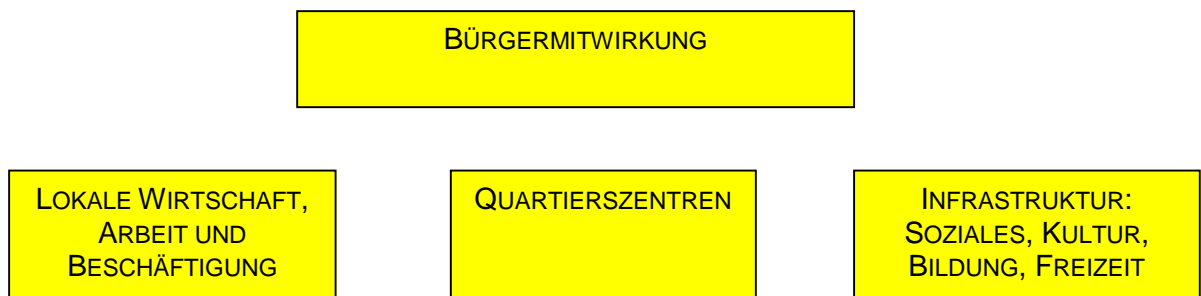
GENERELLES ZIEL:

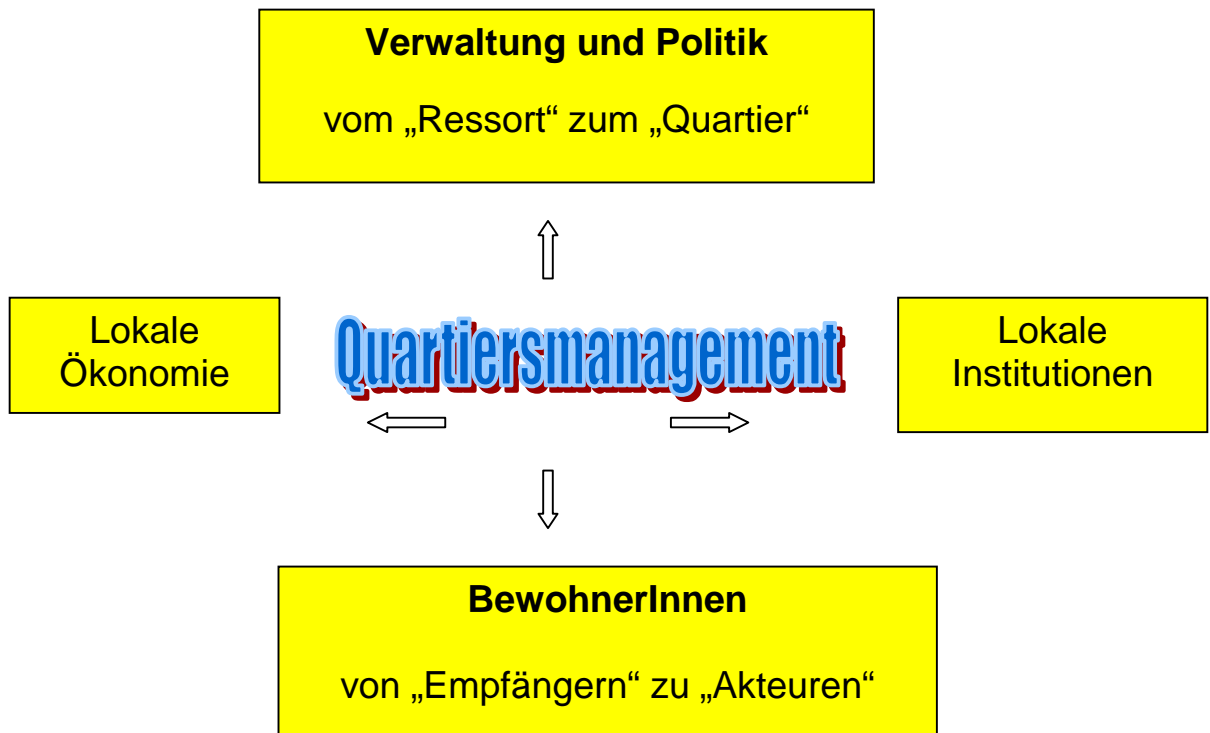
"Der drohenden sozialen Polarisierung in den Städten Einhalt gebieten"

ZIELGEBBIETE

- Innerstädtische Quartiere mit nicht modernisierter Bausubstanz
- Großsiedlungen aus der Nachkriegszeit
- Bei der Realisierung des Programms zunehmend auch kleinere Städte und Wohngebiete

BEREICHE DES PROGRAMMS





VERFAHREN

Ergänzung der Städtebauförderung nach dem Bundesbaugesetz

- ◆ jährlich 100 Mio. DM als Finanzhilfen des Bundes, ab 2001 erhöht
- ◆ Land und die Kommunen tragen 2/3 der Kosten

VORAUSSETZUNG:

- auf Fortschreibung ausgelegtes
- gebietsbezogenes
- integriertes
- stadtentwicklungspolitisches Handlungskonzept
- ◆ Anstoß für öffentliches und privates Kapital
- (1 Mio. DM schiebt 8 Mio. DM an)

QUELLEN:

- ◆ www.sozialestadt.de
- ◆ Kurzfassung: Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2000, 3. März 2000

REFERENTINNEN

Behrendt, Thomas,
Diplomsozialarbeiter, Gemeinwesenarbeiter in Köln und Berlin
Mieterberatung Prenzlauer Berg
Schönfließerstr. 1, 10439 Berlin
Tel.: 030 / 4471280

Bluhm, Heinz-Bernd,
Senatsrat für Bau und Umwelt
Ansgaritorstr. 2, Block A, 28195 Bremen
Tel.: 0421 / 361-4050

Bunge, Andreas,
Diplom-Sozialarbeiter, Gemeinwesenarbeiter in Wuppertal
Brückenstr. 26, 40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 304335

Deufel, Konrad, Dr.,
Oberstadtdirektor
Rathaus, 31134 Hildesheim
Tel.: 05121 / 301221

Ebert, Jürgen
Dipl. Päd., Dipl. Sozialpädagoge (FH)
Geschäftsführer des Praxisinstituts
Fachhochschule Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen, Fachbereich
Sozialpädagogik
Tappenstr. 55, 31134 Hildesheim
05121 / 881469
juergen.ebert@fh-hildesheim.de

Finkeldey, Lutz, Prof. Dr.
Fachhochschule Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen, Fachbereich
Sozialpädagogik
Brühl 20, 31134 Hildesheim
Tel.: 05121 / 881-447
Lutz.Finkeldey@fh-hildesheim.de

Geiss, Stefan, Dipl. Ing.
empirica

Kurfürstendamm 234, 10719 Berlin
Tel.: 030 / 884795-15
stefan.geiss@empirica-institut.de

Habermann-Nieße, Klaus, Dipl.Ing.
Planerwerkstatt 1
Stephanusstr. 23, 30445 Hannover
Tel.: 0511 / 708757

Joppke, Manfred, Dipl. Ing.
Anwaltsplaner
Brehmstr. 38, 30173 Hannover
Tel.: 0511 / 855953
Kleine Arndt, Heinrich, Assessor
vdw Niedersachsen
Leibnitzufer 19, 30169 Hannover
Tel. 0511 / 1265-01
kleine-arndt@vdw-online.de

Kolb, Johannes, Prof. Dr.
Präsident
Fachhochschule Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen
Hohnsen 4, 31134 Hildesheim
Tel. 05121 / 881100
johannes.kolb@fh-hildesheim.de

Kolibay, Ingo, Architekt
Katharinenstr. 32b, Hildesheim
Tel. 05121 / 31294

Mattern, Gisela, Prof. Dipl. Ing,
Architektin, Stadtplanerin
Fachhochschule Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen, Fachbereich
Architektur
Am Papehof 15, 30459 Hannover
Tel. 0511 / 414838
mattern@infokomm.de

Rothschuh, Michael, Prof.
Fachhochschule Hildesheim/ Holzminden/ Göttingen, Fachbereich
Sozialpädagogik
Brühl 20, 31134 Hildesheim
Tel.: 05121 / 881-417

michael.rothschuh@fh-hildesheim.de

Tietje, Thomas, Dipl. Kaufmann
gbg-Hildesheim
Kardinal-Bertram-Str. 36-38, 31134 Hildesheim
Tel.: 05121 / 967202

sowie

Dirk Begemann, Student
Tel.: 05152-52370

Dorthe Carls, Studentin
Tel.: 05121 / 134215

Alexander Hornburg, Student
Tel.: 05121 / 270768

Nadine Vennekohl, Studentin
Tel. 05121 / 208179

Maria Klug
Tel. 05121 / 84995